

**Bochumer  
Masterarbeiten  
2014**

**MASTER**

**KRIMINOLOGIE UND  
POLIZEIWISSENSCHAFT**

**Jan Gladbach**

**Verbotene  
Vernehmungsmethoden.  
Aussageerzwingung durch  
Folter**

**Ist die Würde des Menschen unantastbar?**

**E-Book  
[www.felix-verlag.de](http://www.felix-verlag.de)**



**ISBN 978-3-86293-085-2**

Masterarbeit  
im Masterstudiengang „Kriminologie und Polizeiwissenschaft“  
Ruhr-Universität Bochum  
Juristische Fakultät  
MaKrim VIII



---

## **Verbotene Vernehmungsmethoden - Aussageerzwingung durch Folter - Ist die Würde des Menschen unantastbar?**

Jan Gladbach  
Email: JanGladbach@aol.com  
Matrikelnummer: 108111202599  
Neunkirchen, im Januar 2014

Erstgutachterin: Jutta Dinca  
Zweitgutachter: Dr. Marco Mona

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung.....</b>	<b>6</b>
<b>1. Die Würde des Menschen.....</b>	<b>14</b>
1.1 Wie definiert sich die Menschenwürde? .....	14
1.2 Kritik an der Definition.....	17
1.3 Eingriff in die Menschenwürde.....	18
1.3.1 Gesetzesvorbehalt .....	18
1.3.2 Kollidierendes Verfassungsrecht.....	19
1.3.2.1 Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben.....	20
1.3.2.2 Das Recht auf Erhalt und Schutz der menschlichen Würde.....	21
<b>2. Die Folter.....</b>	<b>23</b>
2.1 Begriffsdefinition .....	24
2.2 Geschichtliche Einordnung .....	25
2.2.1 Antikes Griechenland .....	26
2.2.2 Römisches Reich .....	27
2.2.3 Das Mittelalter .....	29
2.2.4 Reformation und Aufklärung bringen die Wende .....	32
2.2.5 Folter im 20. Jahrhundert .....	35
2.2.6 Historischer Wandel .....	36
<b>3. Folter im deutschen Rechtssystem .....</b>	<b>38</b>
3.1 Die Vernehmung.....	39
3.2 Verbotene Vernehmungsmethoden .....	41
3.3 Aussageerzwingung durch Folter .....	44
3.3.1 „Folter“ – ein schrecklicher Begriff .....	45
3.3.2 Das „ <i>ticking bomb</i> “-Szenario .....	48

3.4 Der „ <i>Fall Daschner</i> “ .....	50
3.4.1 Rückblick.....	51
3.4.2 Strafrechtliche Konsequenzen .....	52
3.4.2.1 Stimmen zum Urteil.....	53
3.4.2.2 Stellungnahme des Verfassers .....	55
<b>4. Abschaffung des absoluten Folterverbots .....</b>	<b>57</b>
4.1 Legalisierung der präventiven Folter .....	58
4.1.1 Qualität und Intensität der Präventivfolter .....	59
4.1.2 Befürworter einer Ausnahmeregelung.....	60
4.1.3 Kritik an der Aufweichung des Folterverbots.....	62
4.2 Rettungsschuss „ja“-Rettungsfolter „nein“!? .....	64
4.3 Folgen und Auswirkungen für den Rechtsstaat .....	67
<b>5. Die Verhütung von Folter .....</b>	<b>71</b>
5.1 Organisationen im Kampf gegen die Folter .....	72
5.1.1 <i>APT</i> .....	72
5.1.2 <i>CPT</i> .....	73
5.1.3 <i>SPT</i> und <i>NPM</i> .....	76
5.2 Präventionsmechanismen und ihre Wirkung .....	78
<b>6. Fazit.....</b>	<b>82</b>
<b>7. Literaturverzeichnis .....</b>	<b>88</b>
<b>Eidesstattliche Erklärung .....</b>	<b>105</b>

## Abkürzungsverzeichnis

AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APT	Association for the prevention of torture
BayPAG	Bayerisches Polizeiaufgabengesetz
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidung
CAT	Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment
CPT	Committee for the prevention of torture
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
ECPT	European Convention for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	European Union (Europäische Union)
FS	Festschrift
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GSS	General Security Services
GV.NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KJ	Kritische Justiz
KrimJ	Kriminologisches Journal
MERS	(Verein) Menschenrechte Schweiz
MschrKrim	Monatsschrift Kriminologie
Nds.SOG	Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung

NGO	Non-governmental organization (Nichtregierungsorganisation)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NPM	Nationaler Präventionsmechanismus
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OHCHR	Office of the High Commissioner of Human Rights
OPCAT	Optional Protocol to the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment
PolG NRW	Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
SPT	Subcommittee for the prevention on torture
SRB	Selbstverschuldete Rettungsbefragung
SRS	Selbstverschuldeter Rettungsschuß [sic!]
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
ThürPAG	Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
WRV	Weimarer Reichsverfassung

## Einleitung

„Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“ (Art. 5 AEMR)

So heißt es in Artikel 5 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR)*<sup>1</sup> der Vereinten Nationen, welche am 10. Dezember 1948 verabschiedet wurde, um eine Wiederkehr der menschenverachtenden Gräueltaten des vergangenen Krieges durch eine Manifestierung fundamentaler Freiheits- und Schutzrechte zu verhindern.<sup>2</sup> Und obwohl die Folter in Deutschland vor fast nunmehr 200 Jahren abgeschafft wurde<sup>3</sup>, ist die Diskussion um eine durch Drohung oder Zufügung von Schmerzen erzwungene Aussage in den letzten Jahren wieder kräftig angeheizt worden. Laut *Amnesty International* sollen bis zum heutigen Tage noch in über 150 Nationen auf dem Globus Menschen von Seiten staatlicher Institutionen misshandelt oder gefoltert werden.<sup>4</sup>

Es ist vollkommen unbedeutend, ob es sich um „verschärfte Vernehmungsmethoden“ („*harsh interrogations*“) beim Kampf gegen den Terror im Gefangenenlager von *Guantanamo Bay*<sup>5</sup> und die damit einhergehenden exterritorialen Haftbedingungen unter kubanischer Souveränität<sup>6</sup> oder die unmenschliche Behandlung irakischer Inhaftierter im *Abu Ghureib*<sup>7</sup>-Gefängnis

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK).

<sup>2</sup> Vgl. *Prosenjak*, Der Folterbegriff nach Art. 3 EMRK, S. 17; *Grayling*, Freiheit, die wir meinen, S. 327 ff.

<sup>3</sup> Vgl. *Zagolla*, in: Lexikon zur Geschichte der Hexenverfolgung.

<sup>4</sup> Vgl. *Amnesty International*, Für eine Welt ohne Folter!; *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S. 14; *Breuer*, in: Rückkehr der Folter, S. 11 (16); *Fiechtner*, Folter: Angriff auf die Menschenwürde, S. 59 f.

<sup>5</sup> Vgl. *Spiegel Online* – N.N., Guantanamo.

<sup>6</sup> Ein externes Militärtribunal wie auf *Guantanamo Bay*, welches ohne Geschworene und unter Ausschluss der Öffentlichkeit arbeitet, widerspricht einem rechtsstaatlichen Justizsystem. Vgl. *Grayling*, Freiheit, die wir meinen, S. 356 f.

<sup>7</sup> In der Literatur auch oft in der Schreibweise „*Abu-Ghraib*“ vertreten. Vgl. *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 74, 122; *Heinz*, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, S. 138 ff.

handelt<sup>8</sup>; potenzielle Glaubenskrieger der radikal-islamistischen *Al-Kaida*-Gruppe unter der *Bush*-Regierung vom US-Geheimdienst *CIA* gefoltert werden<sup>9</sup> oder ein Frankfurter Polizeivizepräsident in der Beschuldigtenvernehmung dem Entführer mit der Anwendung von Folter droht, wenn dieser den Aufenthaltsort des entführten Kindes nicht preisgeben würde.<sup>10</sup> Auch der Umstand, dass eine demokratische Regierung wie Israel ihrem innerstaatlichen Geheimdienst *GSS*<sup>11</sup> vor gar nicht allzu langer Zeit die Ermächtigung verliehen hatte, im Zuge einer Vernehmung Gewalt sowie andere menschenverachtende Methoden anzuwenden, um einer konkreten (terroristischen) Gefahr für das Allgemeinwohl entgegenzuwirken<sup>12</sup>, spiegelt angesichts einer jahrhundertelangen Geschichte die Brisanz und Aktualität der hitzigen Folterdiskussion wider.

All diese Fälle sind lediglich Beispiele für die Präsenz von Folterhandlungen und Menschenrechtsverletzungen. Insbesondere die Weltmacht der Vereinigten Staaten von Amerika, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, rund um den Globus für Recht und Ordnung zu sorgen, muss angesichts der aufgezeigten Fälle zugeben, dass sie international geltende völkerrechtliche Abkommen durch den Einsatz von Folter missachtet hat.<sup>13</sup> Obgleich die Folter jahrelang als totgeschwiegen und tabuisiert galt, so ist sie derzeit präsenter denn je. Auch wenn es im Vergleich zu früheren Jahrhunderten heutzutage eine Vielzahl von Erklärungen und rechtlichen Niederschriften gibt, die gemäß ihrem Wesensgehalt ein absolutes Folterverbot postulieren und fordern, gibt es etliche Staaten, die trotz Ratifizierung des entsprechenden Abkommens ein solches Verbot eindeutig missachten.<sup>14</sup>

---

<sup>8</sup> Vgl. *Heinz*, in: *Jahrbuch Menschenrechte* 2006, S. 138 ff.; *Wittrock*, Abu-Ghureib-Folterskandal: Archiv des Grauens geöffnet.

<sup>9</sup> Vgl. *Focus Online* – N.N., Anti-Terror-Folter in den USA.

<sup>10</sup> Vgl. *Spiegel Online* – N.N., Daschner-Prozess – Ehrenwerte Motive, mildes Urteil.

<sup>11</sup> *GSS* - *General Security Services*. Nicht zu verwechseln mit dem israelischen Auslandsgeheimdienst *Mossad*. Vgl. *Schlenzka*, Die Rettungsfolter in Deutschland und Israel – ein Rechtsvergleich, S. 146; *Evans /Morgan*, Preventing Torture, S. 42.

<sup>12</sup> Diese Ermächtigung wurde 1999 vom Obersten Gericht (Supreme Court) in Israel aufgehoben. Jedoch wurde im neuen sog. *GSS*-Gesetz von 2002 festgehalten, dass ein strafrechtliches Vorgehen seitens der Staatsanwaltschaft entfällt, wenn sich die grundsätzlichlich verbotenen Vernehmungsmethoden der *GSS*-Mitarbeiter in außerordentlichen Fällen doch als „angemessen“ und notwendig erweisen würden. Vgl. *Schlenzka*, Die Rettungsfolter in Deutschland und Israel – ein Rechtsvergleich, S. 305 ff., S. 324 f.

<sup>13</sup> Vgl. *Breuer*, in: *Rückkehr der Folter*, S. 11.

<sup>14</sup> Vgl. *Breuer*, in: *Rückkehr der Folter*, S. 11, (12).



Die Folter lebt weiter, hält sich im Verborgenen und wird vornehmlich unter Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit praktiziert.<sup>15</sup> Niemand möchte aus Angst vor möglichen Repressalien offen darüber sprechen und die Missstände aufzeigen. Die Folter wird regelrecht totgeschwiegen.<sup>16</sup> Ist dies das Verständnis eines modernen Rechtsstaates? Wo bin ich überhaupt noch sicher vor staatlicher Willkür und was nutzen mir die umfangreichsten Gesetze, wenn diese seitens der Regierungen nicht beachtet, sondern wohlwissend verletzt und übergangen werden?

Im Verlauf dieser Arbeit sollen neben der historischen Entwicklung und Einordnung der Folter die Grundzüge verbotener Vernehmungsmethoden und die damit einhergehende enge Verknüpfung mit der verfassungsrechtlich geschützten Menschenwürde näher erläutert werden. § 136a der deutschen Strafprozessordnung (StPO) besagt, dass der Beschuldigte weder durch Misshandlung, Ermüdung, körperliche Eingriffe oder sonstige vergleichbare Maßnahmen in seiner freien Willensentschließung und Willensbetätigung beeinträchtigt werden darf. Selbst die Androhung einer solchen Pein im Rahmen einer amtlichen Vernehmung ist nach aktuellem deutschem Recht strikt untersagt.<sup>17</sup>

Untermauert werden diese sogenannten „verbotenen Vernehmungsmethoden“ durch das fundamentalste Grundrecht unserer Verfassung. Art. 1 I Grundgesetz (GG) stellt den Schutz und die Achtung der Menschenwürde als das wichtigste und allumfassendste Prinzip unseres demokratischen Rechtsstaates dar, so dass dieser Artikel bei Verabschiedung des Grundgesetzes im Jahre 1949 bewusst am Anfang platziert wurde, „[...] um den ganzen Geist des neuen Staatswesens in seinem Gegensatz zu der im Mai 1945 vernichteten Staatsordnung darzutun“<sup>18</sup>, und sich bewusst von historisch-politisch Überwundenem abzugrenzen.<sup>19</sup> Während die Menschenwürde in der Weimarer Reichsverfassung (WRV) noch eine eher untergeordnete Rolle einnahm (§ 151 I S. 1 WRV),

---

<sup>15</sup> Vgl. Gebauer, NVwZ 2004, S. 1405, (1409).

<sup>16</sup> Vgl. Fiechter, Folter: Angriff auf die Menschenwürde, S. 59, 98.

<sup>17</sup> Vgl. Lübke, Strafrecht – Strafverfahrensrecht – Ordnungswidrigkeitenrecht, S. 549.

<sup>18</sup> Dreier, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 22.

<sup>19</sup> Vgl. Kunig, in: Münch/Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 7.

wurde diese im Grundgesetz nun bereits unmittelbar in Artikel 1 erwähnt. Dies war enorm wichtig, um der nationalsozialistischen Denkweise („*Du bist nichts, Dein Volk ist alles.*“) entgegenzuwirken und zu verdeutlichen, dass der Mensch nun eindeutig im Vordergrund steht und der Staat erst im Anschluss daran zum Zuge kommen soll.<sup>20</sup>

Das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein sowie das Recht auf eine menschenwürdige Behandlung seitens des Staates stehen ausnahmslos jeder Person zu, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer ethnischen Herkunft oder etwa dem sozialen Status.<sup>21</sup> Demnach ist konsequenterweise auch die Würde des zu vernehmenden Schwerverbrechers unantastbar und laut Gesetz im Konkurrenzfall mit anderen Grundrechten nicht abwägungsfähig.<sup>22</sup> In vielen Werken der zu diesem Thema publizierten Literatur heißt es, dass eine beim Täter erzwungene Aussage durch Folter absolut indiskutabel und schlichtweg rechtswidrig sei, auch wenn diese von gefahrenabwehrenden Zielen geleitet und beherrscht würde.<sup>23</sup> Aber wer fällt nun die Entscheidung, wenn zwei nahezu gleichwertige Grundrechte in Kollision zueinander stehen? Thront die Würde des Einzelnen in der Hierarchie der Menschenrechte zwangsläufig über dem Recht auf das Leben anderer? Was kann daran falsch sein, wenn man „lediglich“ die Würde eines Menschen verletzt, damit jedoch unter Umständen das Leben eines Dritten retten kann? Die in Deutschland bislang verbotene sog. „*Rettungsfolter*“ basiert nicht auf den Grundzügen der deutschen Verfassung, ist jedoch aus ethischer Sicht durchaus verständlich und nachvollziehbar. Somit kommt es notgedrungen zum Konflikt zwischen Recht und Moral.<sup>24</sup> Auch wenn die Rechtsprechung sich stets für einen Weg entscheiden muss und dies im Endeffekt auch tut, so heißt dies nicht zwangsläufig, dass es sich hierbei um die richtige Entscheidung handelt. In manchen Fällen gibt es kein „richtig“ oder

---

<sup>20</sup> Vgl. Jarass, in: Jarass /Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 1; Kunig, in: Münch /Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 6.

<sup>21</sup> Vgl. BVerfGE 87, 209, 228; Jarass, in: Jarass /Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 8; Hofmann, in: Schmidt-Bleibtreu /Hofmann /Hopfauf, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 7; Dohr, Staat – Verfassung – Politik, S. 124.

<sup>22</sup> Vgl. BVerfGE 64, 261, 284; 72, 105, 115; Jarass, in: Jarass /Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 8, Dohr, Staat – Verfassung – Politik, S. 125.

<sup>23</sup> Vgl. Günther, in: Rückkehr der Folter, S. 101 (102); Reemtsma, Folter im Rechtsstaat?, S. 125 f.; Gebauer, NVwZ 2004, S. 1405; Hofmann, in: Schmidt-Bleibtreu /Hofmann /Hopfauf, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 18.

<sup>24</sup> Vgl. Lamprecht, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S. 10.

„falsch“, was *Kiesow* unweigerlich als die *Tragik des Rechts* umschreibt.<sup>25</sup>

Was wäre, wenn die präventiv ausgerichtete Folter in speziellen Ausnahmefällen eine polizeiliche Ermächtigung als Grundlage innehätte? Eine legale Stütze für die mögliche Rettung potentieller Opfer? Auch in Zukunft wird es Gemeingelagen wie jene im „*Fall Daschner*“ geben, wo die obersten Entscheidungsträger binnen kürzester Zeit vor die Wahl gestellt werden, das Leben des Opfers auf Kosten der Menschenwürde des Täters zu retten oder aber die Grenzen des rechtlich Zulässigen einzuhalten, dafür jedoch das Leben eines Unschuldigen zu gefährden oder gar zu opfern, und aus moralischer Sicht mit dieser Entscheidung sowie dem Unverständnis und der Trauer der Angehörigen leben zu müssen. Über eine Aufhebung des absoluten Folterverbots und die damit einhergehende Legalisierung ausgewählter „verbotener Vernehmungsmethoden“ in außergewöhnlichen Gefährdungslagen wird in Fachkreisen seit einigen Jahren kontrovers diskutiert. Wo die einen lediglich eine gesetzliche Grundlage für die Anwendung der Rettungsfolter fordern, befürchten die anderen, durch die Lockerung des Folterverbots und das Tangieren des „Unantastbaren“ aus Art. 1 I GG die Schwelle des Zumutbaren zu überschreiten, und sehen die Verfassung in ihren Grundzügen und Prinzipien gefährdet. Wenn der „absolut geschützte Kernbereich privater Lebensgestaltung“<sup>26</sup> erst einmal berührt wurde, könnten nach Einschätzung des Autors weitere „Ausnahmen von der Ausnahme“ unkontrolliert folgen. Eine nahezu nicht kalkulierbare Kettenreaktion von Sonderermächtigungen wäre unter Umständen die logische Folge, welche unserem Rechtsstaat in seinem Bestehen ein absolut vermeidbares Risiko bescheren würde.

Ein weiterer Teil dieser Arbeit beschäftigt sich mit der Divergenz zwischen der legalen polizeilichen Tötung und der verbotenen (Androhung von) Gewaltanwendung zum Zwecke der Aussagegewinnung.

Droht beispielsweise ein Geiselnnehmer der Polizei damit, sein Opfer zu erschießen und hält diesem eine Waffe an den Kopf, so darf der Täter in Abwägung der Verhältnismäßigkeit und nach Abschätzung der Gesamtlage von

---

<sup>25</sup> Vgl. *Kiesow*, in: *Rechtsgeschichte* (Rg) 3, S. 98 (110).

<sup>26</sup> BVerfGE 109, 279, 313.

den Beamten erschossen werden. Hat der Geiselnehmer jedoch eine tickende und mit einem Zeitzünder versehene Bombe am Körper der Geisel befestigt, so darf gegenüber dem Festgenommenen unter keinen Umständen Zwang angewendet werden, um ihn zur Preisgabe des Entschärfungs-Codes und der damit verbundenen Rettung der Geisel zu bewegen. Dies ist nach Ansicht von *Brugger* „ein Wertungswiderspruch im Sinne einer nicht einleuchtenden Ungleichbehandlung“<sup>27</sup>. Warum darf man aus polizeirechtlicher Sicht dem Straftäter in einer akuten Gefährdungslage einerseits das Leben nehmen, ihm andererseits aber nicht einmal „ein Haar krümmen“, um ihn zur Abgabe einer für die Abwendung der konkreten und gegenwärtigen Gefahr gebotenen Erklärung zu zwingen? Wird der Staat durch eine solche Differenzierung seiner im Grundgesetz verankerten Schutzfunktion gegenüber dem Bürger wirklich gerecht? Wo ist sie hin, die zu erwartende Gerechtigkeit des Rechtsstaates?

Die Achtung der Menschenwürde und die Ächtung des Folterns sind nationenübergreifend hoch angesehene Prinzipien, die bei Zuwiderhandlung beträchtliche Sanktionen nach sich ziehen können. Als Beispiel für solch sanktionierende Institutionen seien an dieser Stelle der in der Mitte des 20. Jahrhunderts gegründete Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mit Sitz in Straßburg sowie der 1998 ins Leben gerufene internationale Strafgerichtshof in Den Haag genannt. Diese Gerichte sowie viele weitere gleichgelagerte judikative Einrichtungen haben das Bestreben, jene Vergehen gegen völkerrechtliche Abkommen, welche speziell den Menschen als Person in seinen grundlegenden Rechten verletzen, konsequent zu verfolgen und letztendlich zu sanktionieren.<sup>28</sup>

Neben dem repressiven Gedanken haben es sich etliche Menschenrechtskonventionen sowie die internationale Staatengemeinschaft zum Ziel gemacht, auch präventiv gegen Akte des Folterns und der menschenunwürdigen Behandlung festgehaltener und inhaftierter Personen vorzugehen, um solch grauenvolle und traumatisierende Ereignisse gar nicht erst entstehen zu lassen. Somit wurde eines der Kapitel dieser Arbeit der Vorbeugung menschenverletzender Folteranwendungen gewidmet, um nachhaltig aufzuzeigen, von welch

---

<sup>27</sup> *Brugger*, JZ 2000, S. 165 (168); *Breuer*, in: Rückkehr der Folter, S. 11 (20).

<sup>28</sup> Vgl. *Humanrights.ch /MERS*, Internationale Instrumente des Menschenrechtsschutzes: Übersicht.

hoher Bedeutung es ist, Folter und unmenschliche Behandlung bereits an der Wurzel zu bekämpfen.

Die UN-Antifolterkonvention aus dem Jahre 1984<sup>29</sup> sowie das 2002 verabschiedete und ergänzende Zusatzprotokoll<sup>30</sup> wurden von etlichen Staaten weltweit angenommen und ratifiziert. Mit diesem Übereinkommen haben die Mitgliedsstaaten gemeinsam festgelegt, wie Folter definiert wird und welche Maßnahmen zur Verhinderung von Folterhandlungen gegen festgehaltene und inhaftierte Personen wirksam erscheinen. Aber auch auf europäischer<sup>31</sup> und nationaler<sup>32</sup> Ebene sind entsprechende Institutionen gegründet worden, die vornehmlich erniedrigender, menschenunwürdiger und grausamer Behandlung von Inhaftierten entgegenwirken wollen.

Am Beispiel des unabhängigen europäischen Komitees zur Verhinderung von Folter, kurz *CPT*<sup>33</sup> genannt, geschieht dies vornehmlich durch ein System regelmäßiger (und zum Teil auch unangemeldeter „Ad-hoc“<sup>34</sup>-) Besuche, in deren Verlauf Orte aufgesucht werden, an denen Personen die Freiheit entzogen wurde. Im Anschluss werden den inspizierten Institutionen (Polizeiwache, Justizvollzugsanstalt, psychiatrische Einrichtung etc.) Kritikpunkte, Anregungen, Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge im Bereich der menschenwürdigen und angemessenen Behandlung von im amtlichen Gewahrsam befindlichen Personen mit der Hoffnung unterbreitet, dass die aufgeführten Missstände in

---

<sup>29</sup> „Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment“ (*CAT*) – Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984; BGBl. 1990 II S. 247.

<sup>30</sup> „Optional Protocol to the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment“ (*OPCAT*) – Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 18. Dezember 2002; BGBl. 2008 II S. 845.

<sup>31</sup> „European Convention for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment“ (*ECPT*) – Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe vom 26. November 1987; BGBl. 1996 II S. 1114.

<sup>32</sup> Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 25. Juni 2009.

<sup>33</sup> „Committee for the prevention of torture“ (*CPT*) – Komitee zur Verhütung von Folter. Nowak, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 71 (73).

<sup>34</sup> Zimmermann, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 9 (11).

nächster Zeit weitestgehend behoben werden.<sup>35</sup> Angesichts der Vielzahl an Vertragsparteien und der damit verbundenen großen Menge an Haftorten sowie der angespannten finanziellen und personellen Lage der nationalen und internationalen Antifolter-Institutionen scheinen die Überwachung und Folterprävention jedoch ein schwieriges und mühseliges Unterfangen zu sein.<sup>36</sup>

Trotz alledem scheint es unerlässlich, solche Einrichtungen ins Leben zu rufen und die Arbeit auf dem Sektor der Folterprävention konsequent fortzuführen. Lediglich im Nachgang gegen die Verantwortlichen der praktizierten Folter und unmenschlichen Behandlung Sanktionen auszusprechen, wird den Opfern ihr traumatisierendes und schmerzvolles Leid mit Sicherheit nicht mehr nehmen können. Folter muss bereits bei ihrer Entstehung im Keim erstickt werden, um eine Auswucherung ihrer Anwendungsbreite gar nicht erst entstehen zu lassen, denn im Vergleich zu einer jahrhundertelangen Geschichte des Folterns scheint die Prävention jener Folter erst am Anfang ihrer Arbeit zu stehen.

Im Rahmen dieser Masterarbeit gilt es, folgende forschungsleitende Frage zu beantworten:

Kann die unter Anwendung von Folter oder ähnlichen unmenschlichen Behandlungen erzwungene Aussage unter Umständen als ein geeignetes und vor allem verhältnismäßiges Mittel im Rahmen der polizeilichen Vernehmung angesehen werden oder ist die Würde des Menschen selbst im Konkurrenzfall zu anderen eminent bedeutsamen Grundrechten keineswegs abwägungsfähig?

Die vorliegende Arbeit soll als Denkanstoß dienen und den Leser dazu anregen, sich seine eigene Meinung über eine mögliche Legalisierung der Rettungsfolter zu bilden, und ihn darüber hinaus vor die Frage stellen, ob er sich im Falle einer Aufhebung des absoluten Folterverbots weiterhin mit den Prinzipien und Wertvorstellungen des Rechtsstaates der Bundesrepublik Deutschland identifizieren kann.

---

<sup>35</sup> Vgl. *Feest /Wolters*, Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, S. 11 ff.; *Alleweldt*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 17 (20 f.).

<sup>36</sup> Vgl. *Zimmermann*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 9 (13).

# 1. Die Würde des Menschen

Artikel 1 GG weist indirekt auf die Staatsziele der Bundesrepublik Deutschland hin<sup>37</sup> und verkörpert drei grundlegende Verfassungsprinzipien, wobei die Unantastbarkeit der menschlichen Würde deren Kernbereich darstellt. Sie inkorporiert die Pfeiler unserer Verfassung, ist „tragendes Konstitutionsprinzip“<sup>38</sup> und zugleich „oberster Wert“ bzw. „höchster Rechtswert“ des Grundgesetzes.<sup>39</sup> Der Staat verpflichtet sich zudem dazu, die Würde zu jeder Zeit mit all seiner zur Verfügung stehenden Macht zu achten und zu schützen.<sup>40</sup> Neben dem Bekenntnis zur Menschenwürde verdeutlicht Art. 1 GG ebenfalls, dass Legislative, Exekutive und Judikative an die nachfolgenden Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht gebunden sind.<sup>41</sup>

Dem ersten Eindruck nach handelt es sich bei der Würde des Menschen um ein Rechtsgut mit herausragendem Charakter und einer gewissen Sonderstellung innerhalb der Verfassung. Was bedeutet dies? Wo fängt der Schutzbereich der Menschenwürde an und unter welchen Voraussetzungen mag ein Eingriff möglicherweise gerechtfertigt sein?

## 1.1 Wie definiert sich die Menschenwürde?

Art. 1 GG ist ein sog. Menschenrecht<sup>42</sup>, sodass dieses Recht jeder Person zuteil wird, ungeachtet ihrer individuellen Staatsbürgerschaft. Im Gegensatz zu allen natürlichen Personen genießen juristische Personen und Personenvereinigungen (ausgenommen einzelne Mitglieder innerhalb der Gruppe) keinen Schutz

---

<sup>37</sup> Vgl. *Kunig*, in: Münch /Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 3.

<sup>38</sup> BVerfGE 87, 209, 228; 72, 105, 115; vgl. *Kunig*, in: Münch /Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 3; *Hofmann*, in: Schmidt-Bleibtreu /Hofmann /Hopfauf, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 7.

<sup>39</sup> Vgl. BVerfGE 6, 32, 41; 12, 45, 53.

<sup>40</sup> Vgl. BVerfGE 39, 1, 42; 107, 275, 284; *Kunig*, in: Münch /Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 1.

<sup>41</sup> Vgl. *Hofmann*, in: Schmidt-Bleibtreu /Hofmann /Hopfauf, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 3; *Kunig*, in: Münch /Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 1.

<sup>42</sup> Vgl. BVerfGE 74, 102, 124; *Jarass*, in: Jarass /Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 8; *Dohr*, Staat – Verfassung – Politik, S. 122.



durch Art. 1 I GG.<sup>43</sup> Allein mit dem Fakt des „Mensch-Seins“ und ihrer Geburt, erwirbt eine jede Person die Menschenwürde, unabhängig ihrer ethnischen Herkunft, ihres Status sowie ihrer Fähigkeiten, Fertigkeiten oder Besitzgüter.<sup>44</sup> Mit Beginn des Lebens kann einem Menschen die angeborene Würde fortan nicht mehr genommen werden.<sup>45</sup> Selbst derjenige, der sich seiner Würde weder bewusst ist und sie selbst zu wahren weiß<sup>46</sup> noch die Fähigkeit zum selbstständigen Handeln besitzt, ist ebenso wie das ungeborene bzw. bereits erloschene Leben Grundrechtsträger einer Menschenwürde.<sup>47</sup> Auch die Fähigkeit, sich selbst zu bestimmen und nach eigenständigem Denken zu entscheiden und zu handeln sowie sich in der Umwelt und Gesellschaft auszudrücken, spricht für den aktiven Status der Menschenwürde.<sup>48</sup>

Eine genaue Definition der Menschenwürde findet man im Gesetz vergebens. Somit bedient man sich zur Begriffserklärung vorrangig der Rechtsprechung. Da sich das gesprochene Recht mit der Zeit verändert und wandelbar ist, ändern sich von Zeit zu Zeit auch die Ansichten über die Menschenwürde und deren etwaige Verletzungen. Als Beispiel seien hier die Diskussion um die in den letzten Jahren aufkommenden Erneuerungen der modernen Kommunikationsformen und deren Technik sowie der Diskurs über die Genmanipulation am menschlichen Körper und der Eingriff in das Erbgut einer Person in Bezug auf mögliche Beschneidungen der Menschenwürde genannt.<sup>49</sup> Somit kann bereits vorweggenommen werden, dass sich die Menschenwürde größtenteils durch solche Fälle definiert, in denen die Würde des Menschen im negativen Sinne tangiert und verletzt wird, anstatt ihre Tatbestandsmerkmale positiv erläutert und umschrieben werden.<sup>50</sup> Nach Auffassung des Autors ist die Würde des

---

<sup>43</sup> Vgl. *Jarass*, in: *Jarass /Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 8; *Hofmann*, in: *Schmidt-Bleibtreu /Hofmann /Hopfauf*, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 10.

<sup>44</sup> Vgl. BVerfGE 87, 209, 228; *Jarass*, in: *Jarass /Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 8; *Dohr*, Staat – Verfassung – Politik, S. 124.

<sup>45</sup> Vgl. BVerfGE 87, 209, 228; *Hofmann*, in: *Schmidt-Bleibtreu /Hofmann /Hopfauf*, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 1, 7.

<sup>46</sup> Vgl. *Jarass*, in: *Jarass /Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 8; *Hofmann*, in: *Schmidt-Bleibtreu /Hofmann /Hopfauf*, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 10.

<sup>47</sup> Vgl. BVerfGE 39,1, 42; *Jarass*, in: *Jarass /Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 9 f.

<sup>48</sup> Vgl. BVerfGE 27, 1, 6.

<sup>49</sup> Vgl. *Kunig*, in: *Münch /Kunig*, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 7.

<sup>50</sup> Vgl. *Dohr*, Staat – Verfassung – Politik, S. 124.



Menschen innerhalb jeglicher Gesellschaftsformen als grundsätzlich anerkannt und gegeben zu betrachten. Ein wirklicher Gesprächsbedarf besteht demzufolge erst dann, wenn das bedeutendste Grundrecht unserer Verfassung als verletzt oder gefährdet anzusehen ist.

Eine Verletzung der Menschenwürde kann beispielsweise dann angenommen werden, wenn die freie Willensentscheidung des Betroffenen nicht mehr möglich erscheint (z. B. Aussageerzwingung durch Folter) oder die Ehre des Opfers in beleidigender, diskriminierender oder schamverletzender Weise betroffen ist.<sup>51</sup>

Um dies zu verhindern, ist der Staat in zweifacher Form gefordert, sein Handeln nach dem Kernbereich des Art. 1 I GG zu lenken. Einerseits stehen die staatlichen Stellen in der Pflicht, die Menschenwürde zu *achten* und jedwede Handlung zu unterlassen, die eine Verletzung der Menschenwürde zur Folge haben könnte. Andererseits hat der Staat auch die Aufgabe, die Würde des Einzelnen zu *schützen* und Sorge dafür zu tragen, dass sie von Seiten Dritter nicht verletzt wird.<sup>52</sup>

Allgemein sprechen die herrschende Literatur und die obersten Gerichte immer dann von einer Verletzung der Menschenwürde, wenn im Sinne von *Dürigs Objektformel* eine Person ihren subjektiven Charakter verliert<sup>53</sup> und zum reinen „Objekt des Staates“<sup>54</sup> degradiert sowie zur „vertretbaren Größe herabgewürdigt“<sup>55</sup> wird. Als Beispiele seien hier jegliche Formen des Menschenhandels sowie der Zwang zur Teilnahme an medizinischen Untersuchungen /Experimenten oder aber der in der Geschichte beim zuschauenden Volk recht beliebte „Zwergen-Weitwurf“ genannt.<sup>56</sup> An dieser Stelle sei anzufügen, dass dem Individuum gerade in solchen Fällen der subjektive Eigenwille genommen wird, es insbesondere das verliert, was es von anderen Lebewesen unterschei-

---

<sup>51</sup> Vgl. *Dohr*, Staat – Verfassung – Politik, S. 126.

<sup>52</sup> Vgl. *Dohr*, Staat – Verfassung – Politik, S. 126; *Kunig*, in: Münch /Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 1; *Hofmann*, in: Schmidt-Bleibtreu /Hofmann /Hopfauf, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 3; vgl. S. 14.

<sup>53</sup> Vgl. BVerfGE 87, 209, 228.

<sup>54</sup> BVerfGE 87, 209, 228; 27, 1, 6.

<sup>55</sup> *Dürig*, in: AöR 1956, S. 125 (127); vgl. *Hofmann*, in: Schmidt-Bleibtreu /Hofmann /Hopfauf, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 7; *Jarass*, in: Jarass /Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 6; *Merten*, JR 2003, S. 404 (406).

<sup>56</sup> Vgl. *Dohr*, Staat – Verfassung – Politik, S. 126.

det, und es im Zuge staatlicher Gewaltanwendung regelrecht instrumentalisiert wird.

## 1.2 Kritik an der Definition

Auch wenn die *Dürigsche Objektformel* in der Literatur weitestgehend verbreitet und anerkannt ist, so hat diese zwangsläufig auch ihre Kritiker. Die Formel kann, gemessen an dem reinen Verletzungsvorgang der Würde, ihre Anwendbarkeit nicht immer vollständig entfalten. Vielmehr bedarf es einer zusätzlichen Wertung darüber, ob es im konkreten Fall im Sinne des herrschenden Menschenbildes überhaupt zu einer dementsprechenden Menschenwürdeverletzung gekommen ist.<sup>57</sup>

Als einer der Hauptkritiker von *Dürig* führt *Hilgendorf* das Beispiel an, dass für viele Nationalsozialisten die Folterung und Vernichtung der Juden im *Dritten Reich* in Bezug auf die Objektformel eben nicht nur „bloße Mittel“ gewesen seien, sondern ihre angestrebte „Ausrottung“ geradezu den Endzweck und „Zweck an sich“ darstellte. Streng genommen, wäre demnach die Menschenwürde im Hinblick auf den Holocaust eben *nicht* angetastet; was *Hilgendorf* als eine Farce beschreibt, da gerade die Verbrechen des *Dritten Reiches* der Grund für die im Grundgesetz neuverankerte Sonderstellung des Artikel 1 waren.<sup>58</sup>

Der vorangegangenen Meinung von *Hilgendorf* schließt sich der Verfasser der vorliegenden Arbeit an, da es nahezu grotesk klingt, die grausame Vernichtung der Juden nicht als schwere Verletzung der menschlichen Würde zu deklarieren. Folgt man dennoch der Objektformel, so hat eine solch stringente Auslegung unter allen Umständen zu unterbleiben, um zu verhindern, dass die Verbrechen der Vergangenheit weder entschuldigt noch in ihrer Interpretation beschönigt werden können.

Auch wenn *Dürig* sich der Problematik, Schwächen und Ausnahmen seiner

---

<sup>57</sup> Vgl. *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 141 ff.

<sup>58</sup> Vgl. *Hilgendorf*, in: Jahrbuch für Recht und Ethik 7, S. 137 (143).

Objektformel bereits bewusst war, so kann diese trotz alledem als grober Anhalt und zur Überprüfung hinsichtlich etwaiger Verletzungen der Menschenwürde angesehen werden.<sup>59</sup>

### 1.3 Eingriff in die Menschenwürde

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland regelt mit ihrem im Jahre 1949 in Kraft getretenen Grundgesetz u. a. das Machtverhältnis und die Rechtsansprüche zwischen Staat und individuellem Bürger. Wenn von staatlicher Seite aus (meist durch die Exekutive /Polizei) in die Grundrechte des Einzelnen eingegriffen wird, muss dies nicht zwangsläufig eine verfassungswidrige Maßnahme zur Folge haben.<sup>60</sup> Die Grundrechte des Bürgers können nicht immer folgenlos und in vollem Umfang durch den Staat gewährt werden. Von Zeit zu Zeit muss der Einzelne in speziellen Ausnahmefällen und unter gewissen Voraussetzungen auch in seine „Schranken“ gewiesen werden. Die Ermächtigung zum staatlichen Handeln ergibt sich dabei entweder aus einem sog. *Gesetzesvorbehalt* oder infolge des sog. *kollidierenden Verfassungsrechts*.<sup>61</sup>

#### 1.3.1 Gesetzesvorbehalt

Angenommen, ein Polizist würde den Beschuldigten unter Folter oder deren Androhung zu einer Aussage bzw. einem Geständnis bewegen wollen, so verbietet dem staatlichen Organwalter zunächst einmal die Schranke aus Art. 104 I S. 2 GG jede seelische oder körperliche Misshandlung des Festgenommenen. Da für diesen Fall kein verfassungsrechtlicher Gesetzesvorbehalt existiert, sind die Missachtung der genannten Schutzvorschrift und die damit verbundene Menschenwürdeverletzung nach Ansicht von *Lamprecht*

---

<sup>59</sup> Vgl. *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 142 f.

<sup>60</sup> Vgl. *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S.107.

<sup>61</sup> Vgl. *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S.107.

auch unter keinen Umständen zu rechtfertigen.<sup>62</sup>

Da bei Folteranwendungen unweigerlich auch die körperliche Unversehrtheit aus Art. 2 II S. 1 GG betroffen ist, bleibt zu prüfen, ob diese evtl. als gerechtfertigt angesehen werden kann. Obwohl Art. 2 II S. 3 GG einen vermeintlichen Gesetzesvorbehalt zitiert, so fungiert die aus Art. 104 I S. 2 GG bereits beschriebene Schranke hier als sog. *Schranken-Schranke* und stellt den Festgehaltenen (bzw. Beschuldigten) unter einen besonderen Schutz.<sup>63</sup> Auch wenn die Menschenwürde oft im Zusammenhang mit anderen Grundrechten steht<sup>64</sup> und Beeinträchtigungen des geschützten Rechtsgutes isoliert und für sich betrachtet zunächst als zulässig erscheinen, so kann durch die enge Verknüpfung mit Art. 1 I GG eine Verletzung des jeweiligen anderen Grundrechts nicht gerechtfertigt werden, solange die Würde selbst als betroffen gilt.<sup>65</sup> Bei der Würde des Menschen spricht man daher auch von einem „polizeifesten“ Grundrecht, da die Verfassung keine Einschränkungen vorsieht, durch die Exekutive in dieses Grundrecht einzugreifen.<sup>66</sup>

Untermauert wird die Unantastbarkeit des Art. 1 I GG durch den in Art. 79 III GG niedergeschriebenen Passus, dass selbst bei einer Verfassungsänderung die im Grundgesetz verankerten Grundsätze weiterhin Bestand haben, sodass in die Würde des Menschen nicht einmal bei einer Änderung der Konstitution eingegriffen werden darf.<sup>67</sup> Dies verstärkt noch einmal die Unabänderlichkeit und Hervorhebung des Art. 1 I GG und verdeutlicht erneut die Sonderstellung der menschlichen Würde im Gefüge der Verfassung.

### 1.3.2 Kollidierendes Verfassungsrecht

Wie weiter oben bereits erläutert, ist ein Eingriff in die Würde des Menschen durch oder aufgrund eines Gesetzes nicht zu legitimieren. Somit bleibt zu

---

<sup>62</sup> Vgl. *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S.108.

<sup>63</sup> Vgl. *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S.108.

<sup>64</sup> Beispielsweise in Verbindung mit der *Allgemeinen Handlungsfreiheit* gemäß Art. 2 I GG.

<sup>65</sup> Vgl. BVerfGE 107, 275, 284; *Jarass*, in: *Jarass /Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 5.

<sup>66</sup> Vgl. *Dohr*, Staat – Verfassung – Politik, S. 122.

<sup>67</sup> Vgl. *Jarass*, in: *Jarass /Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 2; *Kunig*, in: *Münch /Kunig*, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 1.

prüfen, ob im Falle einer Grundrechtskollision zwischen der Unantastbarkeit aus Art. 1 I GG und etwaiger Grundrechte Dritter die Würde unter Umständen subsidiären Charakter haben könnte.<sup>68</sup> In den Augen vieler Rechtswissenschaftler und der urteilenden Gerichte stellt sich die hier dargelegte Frage erst gar nicht, da die Menschenwürde als „oberstes Gut der Verfassung“<sup>69</sup> und „Wurzel aller Grundrechte“<sup>70</sup> zu bewerten sei und auch durch Kollision mit anderen Rechtsgütern abwägungsfest bleibe. Der Zusatz des „absoluten“ Folterverbots lässt somit vom Sinngehalt her erst gar keine Ausnahmen zu, sodass Art. 1 I GG eine Notstandsfestigkeit besitzt und schlichtweg jeder Eingriff als verfassungswidrig zu werten ist.<sup>71</sup>

### 1.3.2.1 Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben

Als Beispiel sei nun zunächst der Fall angenommen, dass im Rahmen einer polizeilichen Vernehmung dem Täter Gewalt angedroht wird, wenn er als mutmaßlicher Entführer das Versteck seines Opfers nicht preisgeben will. Hier prallen die Grundrechte zweier Parteien aufeinander, da einerseits das Recht des Beschuldigten auf körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 II S. 1 GG tangiert wird und andererseits beim Opfer selbst die Unverletzlichkeit der körperlichen Integrität bzw. das Recht auf Leben verletzt sein könnte. Demnach käme es in einem solchen Fall zu einer Kollision der Grundrechte zweier Lager, die es aus polizeilicher Sicht abzuwägen gilt.<sup>72</sup>

Werden die Menschenwürde des Täters und das Recht auf Unverletzlichkeit /Leben des Opfers in einem hierarchischen Rangordnungsverhältnis miteinander verglichen, so würde nach *Wittreck* die Menschenwürde aufgrund ihrer übergeordneten Stellung in der Verfassung als Sieger dieses Duells hervorge-

---

<sup>68</sup> Vgl. *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S. 110.

<sup>69</sup> *Kunig*, in: Münch /Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 1.

<sup>70</sup> BVerfGE 93, 266, 293, *Jarass*, in: Jarass /Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 1 Rn. 5.

<sup>71</sup> Vgl. *Hong*, in: Rückkehr der Folter, S. 24 (34); *Kunig*, in: Münch /Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 4.

<sup>72</sup> Vgl. *Wilhelm*, Folter – verboten, erlaubt oder gar geboten?, S. 12 f.

hen.<sup>73</sup> Untermauert wird dies durch die Ansicht des Bundesverfassungsgerichts, wonach die beiden angesprochenen Grundrechte keineswegs gleichwertig miteinander verglichen werden dürfen, da das Recht auf Leben lediglich die Voraussetzung und die „vitale Basis“ für jene Menschenwürdegarantie sowie für alle anderen Grundrechte darstellt.<sup>74</sup> Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen wurde in Bezug auf die Pflichten des Staates nicht ohne Grund am Anfang der Verfassung platziert. Mag die Verletzung der körperlichen Integrität auf den ersten Blick vielleicht sogar schmerzhafter und einschneidender sein als das Tangieren der menschlichen Würde, so stellt Art. 1 I GG doch das Fundament für die Verwirklichung weiterer Grundrechte dar, und verkörpert die Grundidee eines demokratischen Rechtsstaates.

### 1.3.2.2 Das Recht auf Erhalt und Schutz der menschlichen Würde

Neben der Abwägung von Menschenwürde und Recht auf Leben wäre nach *Wittreck* zudem eine Abwägung zwischen der Würde des Täters und der Würde des Opfers denkbar. Hier stünden sich auf den ersten Blick zwei gleichwertige Grundrechte gegenüber, deren Gewichtigkeit es im Rahmen einer Güterabwägung zu bewerten gilt. In Bezug auf den oben beschriebenen Entführungsfall, müssten die Verfolgungsbehörden sich entweder für den Erhalt der Würde des Entführers entscheiden oder Partei für die Würde des Opfers ergreifen.<sup>75</sup>

Nach *Wittreck* käme es im Falle einer Menschenwürdeverletzung des Opfers sogar zu einer zweifachen Missachtung des Art. 1 GG. Zunächst wird die Würde des Opfers dadurch verletzt, dass es durch den Täter rein als Mittel zum Zweck und zur Durchsetzung seiner Ziele deklassiert wird und sich den widrigen Bedingungen seiner Entführung hingeben muss.<sup>76</sup> Darüber hinaus könne nach *Wilhelm* die Würde des Opfers von staatlicher Seite selbst verletzt werden. Wie bereits in Kapitel 1.1 beschrieben, hat der Staat nach Art. 1 I S. 2 GG die

---

<sup>73</sup> Vgl. *Wittreck*, in: Folter – zulässiges Instrument im Strafrecht?, S. 37 (46 f.); *Kunig*, in: Münch/Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 5.

<sup>74</sup> Vgl. BVerfGE 39, 1, 42; *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S. 113; *Wittreck*, DÖV 2003, S. 873 (877 f.).

<sup>75</sup> Vgl. *Wittreck*, in: Folter – zulässiges Instrument im Strafrecht?, S. 37 (56 f.).

<sup>76</sup> Vgl. *Wittreck*, in: Folter – zulässiges Instrument im Strafrecht?, S. 37 (50).

Verpflichtung, die Würde jedes Einzelnen zu schützen. Entscheidet sich die staatliche Gewalt nun gegen ein aktives Handeln im Rahmen einer Entführung, so wird das Opfer erneut degradiert; in diesem Fall zum Gegenstand staatlicher Entscheidungsgewalt.<sup>77</sup> Hinzufügend plädiert *Gebauer* in diesem Kontext dafür, im hypothetischen Verlauf genannter Konstellation unter gleichwertiger Betrachtung beider Würdegarantien sich doch zumindest *gegen* die des „Rechtsbrechers“ zu entscheiden.<sup>78</sup>

Auch wenn der Staat nach dem Gesetz dazu verpflichtet ist, die Würde des Menschen aktiv zu schützen, so darf dies nicht auf Kosten anderer Grundrechte geschehen. Würde der Staat durch Androhung oder Anwendung von Gewalt im Rahmen einer polizeilichen Vernehmung versuchen, die Würde des Entführungsofers aktiv zu schützen, so würde dies nach Auffassung von *Merten* wiederum eine Grundrechtsverletzung auf Seiten des Entführers zur Folge haben und mit der Verfassung fortan nicht mehr im Einklang stehen.<sup>79</sup> Fordert man eine aktive Handlungspflicht des Staates, wird gleichzeitig die Achtungspflicht aus Art. 1 I S. 2 GG in Form einer passiven Unterlassung ausgehebelt. Da nach Ansicht von *Hong* die Schutzpflicht des Staates ohnehin nur Gültigkeit innerhalb der Grenzen jener Achtungspflicht hat, verbietet sich in dem oben aufgeführten Beispiel die Erzwingung der durch Gewalt (oder deren Androhung) herbeigeführten Aussage des Beschuldigten zugunsten des Erhaltes der Würde des Opfers.<sup>80</sup>

---

<sup>77</sup> Vgl. *Wilhelm*, Folter – verboten, erlaubt oder gar geboten?, S. 13.

<sup>78</sup> Vgl. *Gebauer*, NVwZ 2004, S. 1405 (1407).

<sup>79</sup> Vgl. *Merten*, JR 2003, S. 404 (407).

<sup>80</sup> Vgl. *Hong*, in: Rückkehr der Folter, S. 24 (30 f.).

## 2. Die Folter

Der Begriff der Folter umfasst eine Vielzahl verschiedener Handlungen, welche meist in schmerzlicher und erniedrigender Weise im Rahmen eines Strafverfahrens gegen den Beschuldigten Anwendung finden, um ihm die erhoffte Wahrheit zu entlocken. Aber auch im Bereich der Gefahrenabwehr wurde vor nicht allzu langer Vergangenheit die Folter angewandt, um präventiv in die Rechte des Betroffenen einzugreifen und eine drohende Gefahr für Leib oder Leben anderer abzuwenden.<sup>81</sup>

Ausschlaggebend für die Folter sind nach *Kramer* zunächst einmal zwei Elemente: Das Zufügen großer Schmerzen und Leiden sowie die „Täterschaft der Obrigkeit“, wodurch sich die Folter zu rein privaten Gräueltaten eindeutig unterscheidet, bei denen Täter und Opfer im Hierarchiegefüge quasi auf ein und derselben Stufe stehen.<sup>82</sup> *Breuer* spricht an dieser Stelle sogar von drei wesentlichen Elementen, die eine Folterhandlung auszeichnen. Neben dem räumlichen und körperlichen Herrschaftsverhältnis zwischen Täter und Opfer sowie der Zufügung physischen oder seelischen Leids bedarf die Folter auch eines bestimmten Zweckes.<sup>83</sup> Angesichts dieses Zusatzes stellt sich an diesem Punkt jedoch die Frage, ob der nach *Breuer* geforderte Zweck, insbesondere aus historischer Sicht, tatsächlich und unmittelbar ein Kernelement der ursprünglichen Folterdefinition darstellt, sich erst Mitte des letzten Jahrhunderts herausgebildet und entwickelt hat oder gar in manchen Systemen als völliges Neuland bezeichnet werden muss.

In früheren Zeiten war die Folter fast ausnahmslos physischer Natur und bereitete dem Betroffenen meist enorme Schmerzen bis hin zu gravierenden Verletzungen. Während es in Zeiten des Mittelalters etwa das Strecken, Auspeitschen, Einsperren, aber auch das Anbringen von Bein- und Daumen-

---

<sup>81</sup> Vgl. hierzu den „Fall Daschner“. *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 31 ff; *Gebauer*, NVwZ 2004, S. 1405 ff.

<sup>82</sup> Vgl. *Kramer*, Die Folter in der Literatur, S. 15.

<sup>83</sup> Vgl. *Breuer*, in: Rückkehr der Folter, S. 11 (13).



schrauben sowie das Zufügen von Verbrennungen war<sup>84</sup>, erstreckt sich die Folter der Neuzeit, auch angesichts der aktuellen Ereignisse und Vorfälle im Zusammenhang mit einer menschenunwürdigen Behandlung, zunehmend auf psychische Terrorisierungen wie beispielsweise den zielgerichteten Schlafentzug oder die Erniedrigung und Entwürdigung sowie die reine Androhung von diversem körperlichem und seelischem Unbehagen.<sup>85</sup>

Insbesondere der letztgenannte Punkt in Bezug auf die Drohung mit Folter wurde in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit immer wieder kontrovers und intensiv diskutiert. Inwieweit mag die simple Androhung einer in Aussicht gestellten Folteranwendung den Betroffenen so stark belasten, dass er sich zu einer, ob nun wahrheitsgemäß oder aufgrund der steigenden Angst vor möglichen Qualen doch nur frei erfundenen, Aussage hingezogen und genötigt fühlt? Um dies zu untersuchen, bedarf es zunächst jedoch einer Begriffsbestimmung und ausführlichen Definition des Untersuchungsgegenstandes.

## 2.1 Begriffsdefinition

Die etymologische Herkunft des Begriffes der Folter lässt sich auf das griechische Wort „polos“<sup>86</sup> und das lateinische Wort „poledrus“<sup>87</sup> zurückführen, was beides so viel wie „Fohlen“ bedeutet. Einer der Erklärungsansätze begründet seine Theorie damit, dass es im 5. Jahrhundert n. Chr. ein Folterwerkzeug gegeben habe, dass einem Pferd bzw. Fohlen sehr ähnlich gesehen und die Intention verfolgt habe, den Gepeinigten unter Schmerzzufügung zu einer Aussage zu bewegen.<sup>88</sup>

Eine andere Deutung über den Ursprung des Folterbegriffes rührt von dem englischen Wort „torture“ und dem deutschen Wort „Tortur“ her. Dies wiederum ist vom lateinischen Wort „tortura“ bzw. „torquere“ (= ver- /drehen, martern schleudern, winden) abzuleiten. Der Begriff der „tortura“ hatte zunächst eine

---

<sup>84</sup> Vgl. *Schnieders*, Die Foltermethoden des Mittelalters – Auflistung der Foltermethoden.

<sup>85</sup> Vgl. *Folter.org – N.N.*, Traurige Realität – Foltermethoden heute.

<sup>86</sup> *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 47.

<sup>87</sup> *Thomasius*, Über die Folter, S. 13.

<sup>88</sup> Vgl. *Thomasius*, Über die Folter, S. 13; *Baldauf*, Die Folter, S. 56.

doppelte Bedeutung. Neben der im Strafprozess angewandten Tortur /Folter wurde das Wort „tortura“ ebenso in der Medizin gebraucht, wenn die Gelehrten von Schmerzen und Qualen gesprochen hatten. Das Wort „torquere“ ist wiederum das Verb zum Substantiv „tormentum“ (= Geschütz), was der Erklärung nach ein Begriff für alle nach dem Torsionsprinzip arbeitenden Geschütze /Kriegsmaschinen war.<sup>89</sup>

In diesem Zusammenhang sei zu erwähnen, dass der römische Rechtsgelehrte und -praktiker *Ulpian* im 3. Jahrhundert n. Chr. den Begriff der „*quaestio*“ („peinliche Frage“ /Folter) mit der „[...] Marter und Peinigung des Leibes, um so die Wahrheit rauszubekommen“<sup>90</sup>, umschrieben hatte. Dies erklärt, dass der Begriff der Folter sehr stark auf den Akt der Informationsgewinnung und Geständniserlangung ausgerichtet war, obgleich er unweigerlich mit den als unerlässlich zu betrachtenden Schmerzen und Qualen jenes Folterns verbunden war.

Zusammenfassend ist die Folter jegliche Art physischer bzw. psychischer Gewalt durch einen Hoheitsträger mit dem primären Ziel der Informationsgewinnung.<sup>91</sup> Dies soll andersartige Folterintentionen (z. B. Einschüchterung /Strafe)<sup>92</sup> zwar nicht ausschließen, stellt diese jedoch zunächst in den Hintergrund.

## 2.2 Geschichtliche Einordnung

Der Umstand, dass Personen einer Folter unterzogen wurden, ist kein historisches und ausgestorbenes Relikt. Ebenso wenig ist es jedoch nur ein aktuell auftretendes und unter Umständen rein episodenhaftes Phänomen. Die Präsenz der Folter zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Menschheit und spielte jederzeit eine entscheidende Rolle.<sup>93</sup>

---

<sup>89</sup> Vgl. *Thomasius*, Über die Folter, S. 14 ff.

<sup>90</sup> *Peters*, Folter, S. 21.

<sup>91</sup> Vgl. *Schlenzka*, Die Rettungsfolter in Deutschland und Israel – ein Rechtsvergleich, S. 37.

<sup>92</sup> Vgl. *Feest /Wolters*, Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, S. 16.

<sup>93</sup> Vgl. *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S. 14.

Was früher als legitimes Mittel im Strafverfahren galt, stellt in der heutigen Zeit in den meisten Ländern eine erhebliche Menschenrechtsverletzung dar. Während die Folter in Zeiten der Aufklärung bereits als überholt und abgeschafft angesehen wurde, kehrte sie in späterer Zeit immer wieder zurück und ist auch heutzutage noch in vielfältiger Form in allen Teilen der Erde verbreitet.<sup>94</sup>

### 2.2.1 Antikes Griechenland

Bereits im antiken Griechenland war die Folter ein beliebtes und zugleich legitimes staatliches Mittel, um an wichtige Informationen zu gelangen und herauszufinden, ob jemand gelogen oder die Wahrheit gesagt hatte. Wegbereiter für ein solches Phänomen waren die zwischen dem 8. und 5. Jahrhundert v. Chr. eintretenden gesellschaftlichen Veränderungen im griechischen Staat. Demzufolge wichen das bis dato übliche Familienrecht und die dazugehörigen häuslichen Fehden einem mehr oder minder gesetzlich festgehaltenen und gerichtlichen Strafprozess.<sup>95</sup> Dieser Prozess wurde nach *Aristoteles* durch fünf Arten von äußeren Beweismitteln begleitet. Neben Gesetzen, Bräuchen, Eiden und Zeugen war demnach auch die Folter ein Instrument der gerichtlichen Untersuchung.<sup>96</sup>

Nach damaligem griechischem Verständnis über die Gesellschaftsordnung wurden vornehmlich Sklaven im gerichtlichen Verfahren gefoltert. Im hellenischen Herrschaftssystem wurden die Sklaven dem Rest der Gesellschaft untergeordnet, waren ehrlos und besaßen ohnehin keine Würde derer man sie hätte berauben können. Eine Geldstrafe gegen den regelrecht zum Objekt degradierten Sklaven zu verhängen, war aufgrund seiner Besitzlosigkeit ebenso irrsinnig wie erfolglos. Da der Sklave jedoch Eigentum seines Herrn war, konnte das Gericht auf indirektem Wege durch Folterung des Sklaven mittelbar an die Wahrheit seines Gebieters gelangen.<sup>97</sup>

---

<sup>94</sup> Vgl. S. 6.

<sup>95</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 34 f.; *Kramer*, Die Folter in der Literatur, S. 42.

<sup>96</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 36 f.

<sup>97</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 38.

In den seltensten Fällen kam es im damaligen Griechenland dazu, dass auch „Freie“ gefoltert wurden. Dies geschah nach Anmerkung von *Trapp* demnach nur dann, wenn es sich um Angriffe oder Verschwörungen gegen die Führung des Staates handelte und man zum Schutz vor weiteren Taten oder aus Gründen der Vergeltung Informationen über etwaige Hintermänner und Tathelfer erzwingen wollte.<sup>98</sup> Demnach war man als freier Bürger Griechenlands weitestgehend von der Folter verschont, solange man den Staat und dessen Herrschaftsorgane respektierte und schützte.

### 2.2.2 Römisches Reich

Im Gegensatz zur Folter im alten Griechenland wurden die Sklaven nach römischem Recht lediglich innerhalb eines strafrechtlichen Prozesses gefoltert. Zu späterer Zeit (ca. 2. Jahrhundert n. Chr.) waren es dann nicht mehr nur die Sklaven, welche einer gerichtlichen Pein unterworfen wurden. Aufgrund einer Veränderung des römischen Ständesystems wurde nun neben den Senatoren beispielsweise auch der Reiterstand in die Gruppe der sog. „honestiores“ (Edelmänner) erhoben. Die restliche Gesellschaft wurde demzufolge den „humiliores“ (Bürger) zugeordnet.<sup>99</sup> Somit distanzierten sich beide Stände fortlaufend voneinander, wohingegen sich Bürger und Sklaven immer näher kamen. Dem einfachen Bürger wurde die sog. „dignitas“ (Würde) entzogen, womit ihm gleichzeitig die Möglichkeit genommen wurde, eine Frage aus freien Stücken wahrheitsgemäß zu beantworten. Demnach wurde in solchen Fällen gleich die Folter angewandt, um herauszufinden, ob derjenige die Wahrheit sagte oder sich in Lügen verstrickte.<sup>100</sup>

Eine Garantie für Wahrheit oder Lüge bestand jedoch nicht, sodass sich die Gelehrten im alten Rom bereits zur damaligen Zeit einig darüber waren, dass die unter Folter erpressten Aussagen nicht immer dem tatsächlich Geschehen entsprachen. So sagte der römische Mimen-Autor und frühere Sklave

---

<sup>98</sup> Vgl. *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 18; *Peters*, Folter, S. 41.

<sup>99</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 42; *Kramer*, Die Folter in der Literatur, S. 44.

<sup>100</sup> Vgl. *Prosenjak*, Der Folterbegriff nach Art. 3 EMRK, S. 174.

*Publilius Syrus*, dass selbst der Unschuldige durch den Schmerz gezwungen wird zu gestehen.<sup>101</sup> Man sah es damals eher als eine Art Kompromiss zwischen den streitenden Parteien an. Der Prozess sollte ein Ende finden, sodass allzu oft der Gepeinigte aus Angst vor weiteren Qualen das sagte, was sich in den Ohren des Folterers wie ein Geständnis anhörte.<sup>102</sup> Die Suche nach der Wahrheit war demzufolge nur sekundäres Beiwerk.

Immer dann, wenn es sich um einen verräterischen und die kaiserliche Sicherheit gefährdenden Tatbestand („*crimen laesae maiestatis*“)<sup>103</sup> gehandelt hatte, wurde dies als direkter Angriff gegen die uneingeschränkte Macht des Kaisers gewertet, sodass die Folter demnach sogar gegen die normalerweise von diesem Akt verschonten „*honestiores*“ ausgesprochen werden konnte. Doch der Kaiser nutze seine Machtstellung oftmals aus und ließ unter der weit gefassten Auslegung der genannten Tatbestände, getrieben von einer Lust sowie vereinzelt auch seinem Hang zum Sadismus, immer mehr seiner Untergebenen foltern. Für den Kaiser war die Folter zudem eine Form der Rache, wenn dieser sich in seiner Funktion als Majestät beleidigt gefühlt hatte.<sup>104</sup>

Ein solcher Umgang mit der sich aufbäumenden Bevölkerung kann auch heute noch in vielen Diktaturen der Welt beobachtet werden. Geht ein Volk auf die Straße und demonstriert gegen sein Oberhaupt, so antwortet dessen Regime unter Umständen mit Massenverhaftungen und der unkontrollierten Anwendung illegitimer Folterexzesse.<sup>105</sup> Nach Ansicht des Autors geht es dem jeweiligen Herrscher hier in erster Linie nicht um die Herbeiführung eines Geständnisses im Rahmen einer ordnungsgemäßen Verhandlung. Nein, es dreht sich einzig und allein um die Wiederherstellung der verloren geglaubten Reputation.<sup>106</sup> An dieser Stelle wird auch deutlich, dass der zuvor angesprochene und von *Breuer* geforderte „Zweck“ des Folterns, gerade anhand der geschichtlichen Betrachtungsweise, nicht zwangsläufig gegeben sein muss.<sup>107</sup> Die Beweggründe für die Anwendung der Folterhandlungen können demnach völlig unterschiedlicher

---

<sup>101</sup> Vgl. *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 46.

<sup>102</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 61; *Beccaria*, Über Verbrechen und Strafen, S. 85.

<sup>103</sup> Vgl. *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 19; *Kramer*, Die Folter in der Literatur, S. 44.

<sup>104</sup> Vgl. *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 19.

<sup>105</sup> Vgl. *Süddeutsche – N.N.*, Unruhen in Syrien – Amnesty befürchtet Einsatz von Folter.

<sup>106</sup> Vgl. *Fiechtner*, Folter: Angriff auf die Menschenwürde, S. 51.

<sup>107</sup> Vgl. S. 23.

Natur sein und spiegeln sich nicht ausschließlich in den geläufigen Definitionen der Folter wider.

Gemäß einer Verordnung des im 6. Jahrhundert n. Chr. lebenden *Papstes Gregor der Große*, durften die im Strafprozess unter Folter erlangten Geständnisse in Zukunft nicht mehr verwertet werden und wurden somit als nichtig und überflüssig angesehen. Aus diesem Grund schien die Folter für die weiteren Jahrhunderte aus dem europäischen Raum zunächst einmal verbannt zu sein.<sup>108</sup> Auch wenn die strafgerichtliche Folter im Römischen Reich ihrer Zweckgebundenheit beraubt wurde, sollte der zwischenzeitliche Rückzug der Aussageerzwingung dennoch nicht von langer Dauer sein.

### 2.2.3 Das Mittelalter

Im 12. Jahrhundert n. Chr. erlebte die Folter eine erneute Renaissance. Die Gesellschaft ging davon aus, dass derjenige, welcher die Qualen einer Folter überlebt hatte, von Gott begnadigt wurde und sich somit in keiner Weise hätte schuldig machen können. Die Folter hatte demnach eine gewisse Ähnlichkeit mit dem sog. „Gottesurteil“, bei dem sich der Angeklagte durch eine vom Gericht ausgewählte und meist mit starken Schmerzen verbundene Probe (z. B. glühendes Eisen mit bloßer Hand tragen) von seiner Schuld befreien bzw. „bereinigen“ konnte. Ob ihm Gott nun bei seiner Probe geholfen und für unschuldig befunden hatte, spielte in diesem Fall eine eher untergeordnete Rolle. Mit den durch die Probe erfahrenen Qualen gaben sich die streitenden Parteien in der Regel zufrieden, sodass bei Anwendung des Gottesurteils die Herbeiführung eines tatsächlichen Geständnisses sowie einer anschließenden Tatrekonstruktion in den Hintergrund trat.<sup>109</sup>

Diese Art der „Reinigung“ sah *Beccaria* einige Jahrhunderte später jedoch geradezu als lachhaft an und konnte es nicht nachvollziehen, wie der zuvor als ehrlos deklarierte Angeklagte mit der „Verrenkung seiner Glieder“<sup>110</sup> die gefor-

---

<sup>108</sup> Vgl. *Maio*, in: *Maltreatment and Torture*, S. 31 (38); *Prosenjak*, *Der Folterbegriff nach Art. 3 EMRK*, S. 175.

<sup>109</sup> Vgl. *Baldauf*, *Die Folter*, S. 49 f.; *Peters*, *Folter*, S. 70.

<sup>110</sup> *Beccaria*, *Über Verbrechen und Strafen*, S. 83.

derte Aussage bekräftigen soll. Die verlorene Ehre durch das Ertragen der auferlegten Qualen wiederherzustellen, gleiche einem Paradoxon. Die Ehre würde der Betroffene auf diese Weise nicht wiedererlangen, sondern vielmehr seines ehrhaften Daseins durch die menschenverachtende Pein der Folter regelrecht beraubt werden.<sup>111</sup> Somit erkannte *Beccaria* bereits in frühen Jahren die Unmenschlichkeit und Sinnlosigkeit einer auf die Erlangung der Wahrheit abzielenden Folteranwendung, die weder die Ehre des Beschuldigten rehabilitieren noch die Loyalen und Wahrhaftigen von den Lügnern unterscheiden konnte.

Im weiteren Verlauf der Epoche wurde die Folter wieder fester Bestandteil des Strafverfahrens. Das Inquisitionsverfahren ersetzte nun das veraltete Anklageverfahren und den zuvor als beweisträchtig angesehenen Bürgereid.<sup>112</sup> Von jetzt an galt das Geständnis wieder als Hauptbeweismittel und wurde zugleich zur „Königin der Beweise“ (*regina probationum*) deklariert. Durch das Geständnis wurden alle Zweifel an der Schuld des Angeklagten beseitigt, welche üblicherweise durch Unsicherheiten bezüglich des Beweismaterials oder des launischen Gemüts und der fehlenden Berechenbarkeit von Richtern und Geschworenen im Laufe des Prozesses auftraten.<sup>113</sup>

Die Folter, welche gerade im Mittelalter oftmals auch unter dem Begriff der „Marter“ geläufig war<sup>114</sup>, wurde jedoch nur bei den „geringsten unter den Menschen“, den *vilissimi homines* angewandt. Zu dieser Gruppe gehörten vornehmlich Sklaven, Diebe und Räuber, die sich im Gegensatz zu den „ehrenhaften Männern“ nicht durch Schwören eines Eides der Folter entziehen konnten.<sup>115</sup> Bis in das 13. Jahrhundert hinein gab es lediglich zwei Beweise, die für eine Verurteilung ausgereicht hätten. Entweder gab es zwei präsente Augenzeugen für die Tat oder der Angeklagte legte ein Geständnis ab. Konnte jedoch lediglich ein einziger Zeuge ausfindig gemacht werden, so war es Usus, dem Angeklagten ein Geständnis zu „entlocken“ bzw. dieses durch Hinzu-

---

<sup>111</sup> Vgl. *Beccaria*, Über Verbrechen und Strafen, S. 84.

<sup>112</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 69; *Evans /Morgan*, Preventing Torture, S. 4.

<sup>113</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 69, 73.

<sup>114</sup> Vgl. *Thomasius*, Über die Folter, S. 18.

<sup>115</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 77 f.

ziehung der Folter zu erzwingen.<sup>116</sup> Um den Gepeinigten schneller zum Reden zu bewegen wurden diesem zunächst die Folterinstrumente eingehend demonstriert, was vornehmlich bei ängstlichen Personen eine beachtliche Wirkung zeigte.<sup>117</sup>

Die wohl beliebteste Form der mittelalterlichen Folter war die sog. „Wippe“ (*corda /cola*), bei der dem Angeklagten die Hände auf dem Rücken gefesselt, der Körper an einem Seil befestigt und dieses wiederum über einen Deckenbalken geworfen wurde. Nun konnte der Betroffene an dem Seil hinaufgezogen werden, sodass Muskeln, Sehnen und Bänder einer enormen Belastung ausgesetzt wurden, was folglich massive Schmerzen nach sich zog und den Gepeinigten „zum Reden“ bringen sollte.<sup>118</sup> Andere Foltermethoden waren das Anlegen von Beinschrauben, der Schlafentzug (ca. 40 Stunden), das Herbeiführen von Verbrennungen sowie das zusätzlich im 17. Jahrhundert aufkommende Anbringen von Daumenschrauben. Im Verlauf dieser Tortur war maßgeblich der Richter derjenige, welcher über Art, Dauer und Intensität der Folter entscheiden durfte.<sup>119</sup>

Das in weiten Teilen aus dem römischen Gesetz übernommene Folterrecht des Mittelalters beschränkte sich nicht nur auf Deutschland, sondern fand in ganz Europa regen Anklang<sup>120</sup> und wurde als römisch-kanonisches Kirchenrecht bis in das 19. Jahrhundert hinein flächendeckend angewandt.<sup>121</sup> Inwieweit das römische Recht nun als Ursprung deutscher Foltergeschichte zu betrachten ist, kann abschließend nicht geklärt werden.<sup>122</sup> Fest steht nur, dass die europäischen Staaten zu jener Zeit eine Überarbeitung des Rechtssystems forderten und in der Folterdoktrin des römischen Rechts eine ausreichende Basis fanden.<sup>123</sup>

Zum Ende des Mittelalters wurden Aberglaube und Gottesurteil von einer durch

---

<sup>116</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 76, 95; *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 22; *Kramer*, Die Folter in der Literatur, S. 47; *Evans /Morgan*, Preventing Torture, S. 4.

<sup>117</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 101.

<sup>118</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 101 f.; auch als „Hebezug“ bekannt, *Grayling*, Freiheit, die wir meinen, S. 51.

<sup>119</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 101 f.

<sup>120</sup> Vgl. *Baldauf*, Die Folter, S. 57.

<sup>121</sup> Vgl. *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 22.

<sup>122</sup> Vgl. *Thomasius*, Über die Folter, S. 85.

<sup>123</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 77.



Tatsachen begründeten Urteilsfindung abgelöst. Die Inquisitionsprozesse des Spätmittelalters ließen keine Sachbeweise mehr zu und forderten von nun an ausschließlich den Zeugenbeweis oder bestenfalls das Geständnis zur Überführung der Täterschaft.<sup>124</sup> Niedergeschrieben in der „Peinlichen Gerichtsordnung“<sup>125</sup> („*Constitutio Criminalis Carolina*“ - „CCC“) von Kaiser Karl dem V. im Jahre 1532 sollte der Strafprozess nun stärker reglementiert und die Folter zum Schutze des Missbrauchs strenger Regeln unterzogen werden. Ergebnis dieser Reform war jedoch ein auf das Geständnis des Angeklagten fixiertes Gericht, welches die Anordnung der Folter in außergewöhnlich hohem Maße praktizierte, und was letzten Endes auch zu besagten Hexenprozessen führte.<sup>126</sup>

#### 2.2.4 Reformation und Aufklärung bringen die Wende

Nach der regelrechten Auswucherung der Folter im späten Mittelalter wurde diese im Laufe der Jahre immer weiter zurückgedrängt. Dies war zum einen dem Umdenken in der Gesellschaft, zum anderen jedoch auch entscheidenden Änderungen in der Rechtsordnung zu verdanken. Das heutzutage über allen anderen Grundrechten thronende Recht zum Besitz, Erhalt sowie zum Schutz der Menschenwürde hat sich zwar erst im Verlauf der Aufklärung herausgebildet, von diesem Zeitpunkt an jedoch einen hohen Stellenwert im System eingenommen.<sup>127</sup> In der zahlreichen wissenschaftlichen Literatur der Aufklärung wurde die Folter fortan beispielsweise als „rechtliche und moralische Barbarei aus einer früheren europäischen Welt empfunden“<sup>128</sup>. Ein weiterer wichtiger Aspekt bestand darin, dass die Folter de facto nun als menschenunwürdig und verachtend angesehen wurde, da dem Beschuldigten einerseits das Recht verwehrt wurde, sich nicht selbst belasten zu müssen, ihm jedoch andererseits

---

<sup>124</sup> Vgl. Trapp, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 23.

<sup>125</sup> Das Wort „Pein“ entspringt dem lateinischen Wort „poena“, was so viel wie „Strafe“ bedeutet, sodass die „Peinliche Gerichtsordnung“ mit einer Strafgerichtsordnung gleichzusetzen war. Vgl. Baldauf, Die Folter, S. 12.

<sup>126</sup> Vgl. Trapp, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 23; Breuer, in: Rückkehr der Folter, S. 11 (14 f.); Kramer, Die Folter in der Literatur, S. 49 ff.

<sup>127</sup> Vgl. Baldauf, Die Folter, S. 44.

<sup>128</sup> Prosenjak, Der Folterbegriff nach Art. 3 EMRK, S. 177.

das Rechtzustand, sich selbst zu verteidigen.<sup>129</sup>

Im 16. /17. Jahrhundert fand darüber hinaus eine Reformation der strafprozessualen Sanktionen statt, die außer der Todesstrafe jetzt auch nicht letale und weniger einschneidende Strafen als rechtliche Mittel ansah. Der Dienst auf der Galeere, die Deportation, der Frondienst im Arbeits- oder Zuchthaus sowie die später eingeführte Haftstrafe waren einige von vielen neuen Sanktionsvarianten.<sup>130</sup> Mit der Erweiterung des Strafenkataloges ging auch eine Änderung der Beweisführung einher. Von diesem Zeitpunkt an reichte dem Gericht bei leichten bis mittelschweren Delikten bereits eine Reihe von Indizien, um die Schuld zu beweisen, sodass das zuvor noch als essentiell angesehene Geständnis für die Sanktionierung des Betroffenen entbehrlich wurde. Lediglich die Verhängung der Todesstrafe sollte nicht auf einem reinen Indizienprozess beruhen und wurde von dieser neuen Regelung ausgeklammert.<sup>131</sup> Demnach waren in solchen Fällen das Geständnis sowie der Personalbeweis in Form zweier Augenzeugen weiterhin und unweigerlich für die Überführung des Täters gefordert.

Im 18. Jahrhundert verlor die Folter immer weiter an Bedeutung, sodass der damalige König von Preußen, *Friedrich der II. (der „Große“)*, im Jahre 1740 den Anfang machte und die Folter für rechtswidrig erklärte.<sup>132</sup> An dieser Stelle sei jedoch erwähnt, dass der König drei Ausnahmen von dem allgemeinen Folterverbot aussprach. Wer beispielsweise des Hochverrates („*crimen laesae majestatis*“), des Landesverrates oder „großer Mordtaten mit vielen Opfern oder Täuern“ beschuldigt war, konnte weiterhin der Folter unterworfen werden.<sup>133</sup> Das Folterverbot für alle restlichen und weniger gravierenden Straftaten sollte zunächst jedoch geheim gehalten und der Bevölkerung verschwiegen werden. Dadurch erhoffte sich der König eine abschreckende Wirkung potentieller Delinquenten, die aus Furcht vor der Folter von ihrer Tat ablassen würden.<sup>134</sup> Im Jahre 1754 wurde die Folter im preußischen Königsreich schließlich vollständig aufgehoben. Somit war Preußen das erste Land Europas, welches von

---

<sup>129</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 123.

<sup>130</sup> Vgl. *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 26.

<sup>131</sup> Vgl. *Baldauf*, Die Folter, S. 211 f.

<sup>132</sup> Vgl. *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 47.

<sup>133</sup> Vgl. *Baldauf*, Die Folter, S. 179 f.

<sup>134</sup> Vgl. *Baldauf*, Die Folter, S. 180.

der Folter offiziell keinen Gebrauch mehr machte.<sup>135</sup>

Der generellen Linie des neu geschaffenen Verbots folgten nun auch weitere Staaten, sodass die Folter sukzessive abgebaut wurde und letzten Endes Mitte des 19. Jahrhunderts aus dem europäischen Raum fast vollständig verschwand.<sup>136</sup> Die zwei wesentlichen Aspekte, warum jene Folter abgeschafft und verboten wurde, lagen nach Ansicht von *Herbst* einerseits in der Untauglichkeit ihrer Wahrheitsfindung, sowie andererseits in ihrer verachtenden Unmenschlichkeit.<sup>137</sup>

So sprach der italienische Rechtsgelehrte *Beccaria* in Zeiten der Aufklärung beispielsweise davon, dass die damalige Folter nicht eindeutig zwischen Unschuldigen und Schuldigen unterscheiden konnte. Von zwei gleichermaßen schuldigen oder aber unschuldigen Personen erlag meist der Schwache und Gebrechliche der Folter. Dieser wurde folglich schuldig gesprochen, wobei der tapfere, starke und leidensfähige Gepeinigte die Qualen nicht selten zu ertragen vermochte und als Unschuldiger dem Prozess „entfliehen“ konnte.<sup>138</sup> Demnach sei nach Ansicht von *Beccaria* die Folter zwar nicht die tauglichste Methode zur Wahrheitsfindung, ausgedrückt mit einem sarkastischen Unterton jedoch ein verlässliches Mittel, um die starken Verbrecher freizusprechen und im Gegenzug die labilen und kümmerlichen Unschuldigen zu verurteilen.<sup>139</sup>

Die Erkenntnis der Unmenschlichkeit jener Folter sowie deren Ungerechtigkeit und Untauglichkeit im Strafprozess ist, wie bereits angesprochen, dem in Zeiten der Aufklärung entstandenen Umbruch des Menschenrechtsbewusstseins in Rechnung zu stellen und hält vom Kerngedanken her, trotz zahlreicher Folterverstöße bis heute in vielen Teilen der Erde an.

---

<sup>135</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 126.

<sup>136</sup> Vgl. *Breuer*, in: Rückkehr der Folter, S. 11 (15).

<sup>137</sup> Vgl. *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 45.

<sup>138</sup> Vgl. *Beccaria*, Über Verbrechen und Strafen, S. 87.

<sup>139</sup> Vgl. *Beccaria*, Über Verbrechen und Strafen, S. 82.

### 2.2.5 Folter im 20. Jahrhundert

Im Anschluss an die russische Revolution Anfang des 20. Jahrhunderts wurden Kommissionen eingerichtet, die sich zum Ziel gesetzt hatten, jegliche gegenrevolutionären Handlungen im Keim zu ersticken. Diese Kommission, welche mit einer Art der politischen Polizei gleichzusetzen war, wurde im Volksmund auch *Tscheka*<sup>140</sup> genannt und peinigte alle politischen Feinde mit der Folter.<sup>141</sup> Die methodische Anwendung erstreckte sich hierbei vom gewaltsamen Zusammenschlagen über Scheinexekutionen und Auspeitschen bis hin zum Skalpieren der Betroffenen. Darüber hinaus wurden Beschuldigte im Gesicht gebrandmarkt, mit Kronen aus Stacheldraht „geschmückt“ und im Falle der Hortung von Gold standardmäßig mit Salzheringen vollgestopft.<sup>142</sup> Unter der sich anschließenden Herrschaft *Stalins* wurde die Folter im Rahmen der „Säuberungen“ durch den *KGB* fast schon routinemäßig und im großen Maße eingesetzt.<sup>143</sup>

Im italienischen Raum wurde durch den aufkommenden Faschismus unter der Diktatur *Mussolinis* und die um das Jahr 1930 agierende Geheimpolizei *OVRA* (*Organization for Vigilance and Repression of Anti-Facism*) jede Aktivität gegen den Staat, das Volk oder die Partei mit der Folter bestraft.<sup>144</sup>

Aber auch in Deutschland war die Folter durch den allgegenwärtigen Nationalsozialismus wieder auf dem Vormarsch und wurde vornehmlich gegen Partisanen, Spione, Saboteure und andere (auch innerdeutsche) Staatsfeinde angewandt.<sup>145</sup> Während die Folter zunächst nur inoffiziell praktiziert wurde, hatte die *Gestapo* (*Geheime Staatspolizei*) seit dem Jahr 1937 die vom Justizministerium vergebene Vollmacht, sog. „verschärfte Vernehmungen“ durchzuführen. Diese Vernehmungen bestanden zunächst aus Stockhieben, wurden dann jedoch mit Beginn des Krieges gegen weitaus härtere und grauenvollere Formen der Folter ausgetauscht. Gesetzliche Grundlagen für solch intensive Sanktionen waren die sog. „Sonderinstanzen“ wie beispielsweise die

---

<sup>140</sup> Von ihrem Gründer *Dscherschinski* als Instrument des „organisierten Terrors“ bezeichnet. Vgl. *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 27.

<sup>141</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 169.

<sup>142</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 169 f.

<sup>143</sup> Vgl. *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 27.

<sup>144</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 162.

<sup>145</sup> *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 27 f.

1942 von Heinrich Himmler per Erlass verordnete Vernehmung „3. Grades“, bei der man sich durch verschiedenste Methoden (Isolationshaft, Zufügung körperlicher Qualen, Haft bei Wasser und Brot etc.) die Erpressung nützlicher Information (z. B. bzgl. möglicher Widerstandshandlungen, Sabotagen) von den Gefangenen erhoffte.<sup>146</sup>

Den Grund für das Wiederaufleben der Folter im 20. Jahrhundert sieht *Peters* im aufstrebenden Nationalismus und dem damit einhergehenden Umdenken von Staat und Gesellschaft. Der Einzelne konnte sich nun mit einem ethnischen und nationalen Verbund identifizieren, grenzte alles Fremde in seinem Umfeld und seinem Denken aus und leistete seinen Beitrag im Gefüge des großen Ganzen. Zuwiderhandlungen gegen den Staat wurden demnach auch als Angriff auf den Willen und die Persönlichkeit des Volkes gesehen. Um dem entgegenzuwirken, musste der Staat konterrevolutionäre politisch forcierte Aktivitäten konsequent ahnden, um seine Stärke zu demonstrieren und den *Status quo* zu wahren. Das neu geschaffene Gefüge schien nun sehr verletzlich und forderte von Zeit zu Zeit ein Exempel seiner Macht, sodass viele Querdenker, Individualisten und andere nationale sowie internationale Staatsfeinde Opfer der wiederbelebten Folter wurden.<sup>147</sup>

### 2.2.6 Historischer Wandel

Die Folter wurde in allen zurückliegenden Epochen keineswegs ausschließlich als Mittel der Wahrheitsfindung sowie zur züchtigenden Sanktion oder reinen Quälerei gebraucht.<sup>148</sup> Vielmehr war sie eine Art Machtsicherungsinstrument, das für alle potentiellen Angreifer auf den Souverän des totalitären Staates eine abschreckende Wirkung entfalten sollte. Auf diese Weise konnte die Autorität des Staates gewahrt bleiben. Zudem galt die Folter als Buße vor Gott, da durch die irdische Strafe der Angeklagte vor weitaus härteren Strafen im Jenseits bewahrt wurde. *Herbst* spricht hier auch von einer durch das Geständnis

---

<sup>146</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 165.

<sup>147</sup> Vgl. *Peters*, Folter, S. 142, 160 f.

<sup>148</sup> Vgl. *Breuer*, in: *Rückkehr der Folter*, S. 11 (13).

herbeigeführten Versöhnung mit Gott.<sup>149</sup> Darüber hinaus hatte, nach kritischer Betrachtungsweise der vorliegenden Arbeit, die Folter eine breit angelegte Diskriminierung all jener Bürger zur Folge, die im Sinne der Systemverantwortlichen nicht in die Gemeinschaft des ideologischen Staates hinein passten. Aus diesem Grund kann resümiert werden, dass die eigentliche und primäre Idee der Folter im Verlauf der Epochen einer politischen und machtfixierten Maxime gewichen ist.

Eine von *Breuer* angeführte Bemerkung fasst nach Ansicht des Autors die Geschichte und den Wandel des Folterns in treffender Weise überzeugend zusammen. Demnach kann die Abschaffung der Folter nicht als geradlinige historische Entwicklung gesehen werden, sondern ist vielmehr durch bedeutungsvolle Fortschritte, Umbrüche, aber auch eklatante Rückschläge charakterisiert.<sup>150</sup>

Die Geschichte der Folter sollte keineswegs als historisch abgeschlossen und vergessen betrachtet werden. Aus den Fehlern von damals kann heute und in Zukunft durchaus gelernt werden. Was wäre der Mensch nur für ein Wesen, wenn er auch in 100 Jahren das Anlegen von Daumenschrauben zur Erzwingung eines Geständnisses noch für tauglich und richtig halten würde? Hätte sich der Mensch dann in seinem Denken und Handeln trotz globalem Gigantismus und fortschreitendem Entwicklungsdrang tatsächlich und unweigerlich gewandelt?

---

<sup>149</sup> Vgl. *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 48.

<sup>150</sup> Vgl. *Breuer*, in: Rückkehr der Folter, S. 11 (16).

### 3. Folter im deutschen Rechtssystem

Auch wenn der Kampf gegen die Folter bereits seit über 200 Jahren ausgekämpft zu sein scheint, so wurde ihr explizites Verbot erst im Jahre 1950 in die deutsche Strafprozessordnung (StPO) eingepflegt und dient seither als legales Mittel der Strafrechtspflege zur Verhinderung einer Aussageerzwingung durch Folter.<sup>151</sup>

§ 136a I StPO besagt:

*„Die Freiheit der Willensentschließung und der Willensbetätigung des Beschuldigten darf nicht beeinträchtigt werden durch **Misshandlung**, durch **Ermüdung**, durch **körperlichen Eingriff**, durch **Verabreichung von Mitteln**, durch **Quälerei**, durch **Täuschung** oder durch **Hypnose** (1). Zwang darf nur angewandt werden, soweit das Strafverfahrensrecht dies zulässt (2). Die **Drohung** mit einer nach seinen Vorschriften unzulässigen Maßnahme und das **Versprechen eines gesetzlich nicht vorgesehenen Vorteils** sind verboten (3).“*

Der Grat zwischen kriminalistischer List im Zuge einer Vernehmung und dem Abgleiten in mögliche verbotene Methoden zur Aussagegewinnung ist sehr schmal. Von staatlicher Seite ist dieses sensible Thema mit Vorsicht zu genießen und eine „Aussage um jeden Preis“ ist nach wie vor mit dem Gesetz unter keinen Umständen vereinbar. Inwieweit sich die Polizei und andere staatliche Einrichtungen an dieses Verbot halten, bleibt noch zu klären. Fest steht jedoch, dass selbst in jüngster Vergangenheit, wie im „Fall Daschner“ erlebt, gegen die Schutzvorschrift aus § 136a StPO eindeutig verstoßen wurde, auch wenn es sich im besagten Fall um eine polizeilich-präventive sog. „*Rettungsfolter*“ in einer Ausnahmesituation gehandelt hat.<sup>152</sup> Somit hat der Gesetzgeber mit

---

<sup>151</sup> Vgl. Baldauf, Die Folter, S. 218.

<sup>152</sup> Vgl. Lamprecht, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S. 9 ff.

Bedacht die Vernehmung besonders strengen Richtlinien unterzogen. Schließlich will der Staat seiner Verfassungsdoktrin ausnahmslos nachkommen und dem Gedanken eines demokratischen Rechtsstaates vollends entsprechen.

### 3.1 Die Vernehmung

Nach § 163 I S. 1 StPO i. V. m. § 152 II StPO haben Polizei und Staatsanwaltschaft beim Vorliegen zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat diese zu erforschen und alle Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhindern. Diese Norm stellt nicht bloß eine reine Aufgabenzuweisung dar, sondern verpflichtet die staatlichen Organe zum aktiven Handeln, sprich eine ihnen zugetragene Straftat auch im Sinne der Strafprozessordnung konsequent zu verfolgen. Man spricht hier auch vom sog. „Legalitätsprinzip“<sup>153</sup>.

Neben der Durchsetzung des entstandenen staatlichen Strafanspruches muss das Verfahren fair und gerecht durchgeführt und der Betroffene vor unverhältnismäßigen Eingriffen des Staates geschützt werden.<sup>154</sup> Im Folgenden befasst sich die vorliegende Arbeit mit dem im 10. Abschnitt der Strafprozessordnung niedergeschriebenen Teil der Vernehmung. Die §§ 133 - 136a StPO regeln die Rechte und Pflichten eines zu vernehmenden Beschuldigten. Auch wenn sich dieser Part dem Wortlaut her vorerst nur auf die richterliche Vernehmung bezieht, so sind diese Vorschriften auf eine Vernehmung durch Polizei oder Staatsanwaltschaft gemäß § 163a III StPO analog anzuwenden.<sup>155</sup>

Zunächst muss es sich bei der zu vernehmenden Person um einen Beschuldigten handeln. Beschuldigter ist derjenige, gegen den tatsächliche Anhaltspunkte (vgl. § 152 II StPO „zureichende tatsächliche Anhaltspunkte“) für eine verfolgbare Straftat vorliegen (sog. „Anfangsverdacht“).<sup>156</sup> Bloße Vermutungen in Bezug auf eine mögliche Straftat sind demnach nicht ausreichend.<sup>157</sup> Darüber hinaus

---

<sup>153</sup> Hartmann /Schmidt, Strafprozessrecht, Rn. 86 ff.

<sup>154</sup> Vgl. Schlenzka, Die Rettungsfolter in Deutschland und Israel - ein Rechtsvergleich, S. 31.

<sup>155</sup> Vgl. Schlenzka, Die Rettungsfolter in Deutschland und Israel - ein Rechtsvergleich, S. 31.

<sup>156</sup> Vgl. Hartmann /Schmidt, Strafprozessrecht, Rn. 727.

<sup>157</sup> Vgl. Beulke, Strafprozessrecht, Rn. 311.



müssen die Strafverfolgungsbehörden durch einen Willensakt erklären, dass sie gegen den von der Maßnahme Betroffenen (hier also den Beschuldigten) ein Strafverfahren betreiben wollen (sog. „Inkulpationsakt“).<sup>158</sup> Angenommen, es würde noch keine verfolgbare Straftat vorliegen, so würde eine Vernehmungsbefugnis im Sinne der StPO entfallen und die „Befragung“ würde sich nach dem jeweiligen Polizeirecht richten und demnach eindeutig gefahrenabwehrend, sprich präventiv verlaufen.<sup>159</sup> Dies sei jedoch zunächst nur am Rande erwähnt, um hier eine klare Abgrenzung zur strafverfolgenden Vernehmung zu schaffen, welche im Folgenden vorerst im Fokus stehen soll.

Der Beschuldigte hat nach § 136 I S. 2 StPO ein Aussageverweigerungsrecht, so dass es ihm freisteht, ob er sich im Rahmen der Vernehmung zur Sache, also zu seiner Beschuldigung und deren Begleitumstände, äußern möchte oder nicht. Auf dieses Recht ist der Beschuldigte zu Beginn seiner Vernehmung ausdrücklich hinzuweisen und diesbezüglich zu belehren.<sup>160</sup> Zudem darf ihm sein Schweigen in einer späteren Urteilsfindung nicht zum Nachteil ausgelegt werden und er ist ebenso nicht in der Pflicht, seine eigene Überführung zu unterstützen, indem er sich selbst belastet (lat. „*nemo tenetur se ipsum accusare*“, sog. „*nemo-tenetur-Grundsatz*“).<sup>161</sup>

Das Recht zu schweigen lässt sich bereits aus dem in Art. 1 I S. 1 GG verankerten Verfassungsprinzip ableiten, wonach der Beschuldigte nicht nur Objekt zur Informationsgewinnung, sondern als Beteiligter im Strafverfahren im übertragene Sinne auch ein zu schützender Bürger und „gleichberechtigtes Glied mit Eigenwert“<sup>162</sup> ist. Diesem Grundsatz folgend, gelangen *Hartmann /Schmidt* zwangsläufig zu der Erkenntnis, dass jegliche Manipulation über die Entscheidung des freien Willens des Beschuldigten durch Täuschung, Drohung, Zwang oder sonstige Misshandlung einem absoluten Verbot unterliegen muss. Auch wenn sich dieses Verbot bereits aus der Verfassung herleiten lässt, so manifes-

---

<sup>158</sup> Vgl. *Hartmann /Schmidt*, Strafprozessrecht, Rn. 216 ff.

<sup>159</sup> Am Beispiel Nordrhein-Westfalens wäre dies im Falle einer vorliegenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung über die *Generalklausel* nach § 8 PolG NRW bzw. über die Spezialbefugnis der *Befragung* nach § 9 PolG NRW geregelt.

<sup>160</sup> Vgl. *Beulke*, Strafprozessrecht, Rn. 116 f.

<sup>161</sup> Vgl. *Beulke*, Strafprozessrecht, Rn. 125, *Hartmann /Schmidt*, Strafprozessrecht, Rn. 121 f., 231.

<sup>162</sup> BVerfGE 45, 187, 228.

tiert sich diese Regelung noch einmal ausdrücklich in § 136a StPO.<sup>163</sup>

### 3.2 Verbotene Vernehmungsmethoden

Eine Vernehmung ist die im Rahmen eines Strafverfahrens amtliche Befragung des Beschuldigten, Zeugen oder Sachverständigen in Bezug auf seine ihm zur Last gelegte *Beschuldigung* (§ 136 I S. 2 StPO) bzw. den *Gegenstand der Untersuchung* (§§ 69 I S. 2, 72 StPO).<sup>164</sup>

Die Adressaten des § 136a StPO sind grundsätzlich nur die amtlichen Strafverfolgungsbehörden. Somit sind eine analoge Anwendung der Schutzvorschrift und eine damit verbundene Drittwirkung auf andere Behörden oder Private ausgeschlossen.<sup>165</sup> Angenommen, eine Privatperson würde durch einen anderen Dritten (z. B. Opfer bzw. dessen Angehörige etc.) in Auftrag gesetzt, dem Beschuldigten unter Anwendung verbotener Vernehmungsmethoden ein Geständnis zu entlocken, so kann dieses mittelbar durch eine im Anschluss durchzuführende amtliche Vernehmung der Privatperson verwertet werden.<sup>166</sup> Wenn Privatpersonen aber durch amtliche Strafverfolgungsbehörden in Bezug auf eine (verbotene) Vernehmung bewusst beauftragt werden, um das Folterverbot gezielt auszuhebeln, oder der bestellte und in Auftrag gesetzte Dritte massiv gegen die Menschenwürde verstoßen würde (Folter!), werden die unter diesen Bedingungen erlangten Aussagen dennoch einem Verwertungsverbot unterliegen.<sup>167</sup> Sollte es trotzdem zu einem Verstoß gegen § 136a StPO kommen, so kann dieser im Nachhinein mit dem Rechtsmittel der Revision nach § 337 I StPO gerügt werden, wenn zwischen der unter Zwang erlangten Aussage und dem daraus resultierenden Urteil ein kausaler Zusammenhang besteht.<sup>168</sup>

§ 136a I S. 1 StPO schützt primär die Freiheit der Willensentschließung und

---

<sup>163</sup> Vgl. *Hartmann /Schmidt*, Strafprozessrecht, Rn. 748 f.

<sup>164</sup> Vgl. *Hartmann /Schmidt*, Strafprozessrecht, Rn. 222, 750.

<sup>165</sup> Vgl. *Hartmann /Schmidt*, Strafprozessrecht, Rn. 751.

<sup>166</sup> Vgl. *Beulke*, Strafprozessrecht, Rn. 131.

<sup>167</sup> Vgl. *Hartmann /Schmidt*, Strafprozessrecht, Rn. 751 ff., 1099.

<sup>168</sup> Vgl. *Beulke*, Strafprozessrecht, Rn. 142.

Willensbetätigung während der Vernehmung, sodass der Beschuldigte von Rechts wegen frei darüber entscheiden kann, „ob“ und wenn ja, „wie“ er eine Aussage tätigen möchte. Da der Beschuldigte jedoch permanent von äußeren Einflüssen durch den vernehmenden Beamten, die außergewöhnliche Situation der Vernehmung an sich und das fremde Umfeld einer behördlichen Einrichtung in seiner Willensfreiheit zumindest teilweise eingeschränkt zu sein scheint, bleibt die Frage, in welchem Maße dies dem Beschuldigten noch zuzumuten sei und von welchem Zeitpunkt an die Grenze zur verbotenen Vernehmungsmethodik überschritten ist.

§ 136a I S. 1 StPO nennt eine nicht abschließende Anzahl von möglichen Vernehmungsverboten<sup>169</sup>, die in ihrer Gesamtheit oft der Folter gleichgesetzt werden. Die strafprozessualen verbotenen Vernehmungsmethoden unterscheiden hier aber noch einmal explizit zwischen solchen Eingriffen, die vorwiegend primär die Physis betreffen, und jenen, die eher auf eine Schwächung der Psyche hinarbeiten. Beide Fälle verfolgen jedoch das gleiche Ziel, indem sie vehement versuchen, den Willen des Betroffenen zu brechen. Ob dieser im Folgenden zu einem Geständnis oder einer Aussage bereit ist, sei dahingestellt und vorerst nicht von weitergehender Bedeutung.

-----

Unter einer **Misshandlung** versteht man jede Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefindens sowie der körperlichen Integrität. Voraussetzung hierfür ist, dass die Beeinträchtigung wie in den Straftatbeständen der Körperverletzung (im Amt) nach §§ 223, 343 StGB nicht nur unerheblich ist. Als Beispiel seien hier jegliche unmittelbare Angriffe auf die Physis des Betroffenen zu nennen sowie Misshandlungen durch lang anhaltende und starke Lichtquellen, andauerndes Stören im Schlaf oder der zeitweise Nahrungsentzug.<sup>170</sup>

Die **Ermüdung** charakterisiert sich dadurch, dass dem Befragten durch die Entziehung von Ruhephasen und ausreichendem Schlaf die nötige Kraft zur eigenständigen Willensbetätigung genommen wird. Ob die Herbeiführung einer Ermüdung des Betroffenen durch den /die vernehmenden Beamten absichtlich vollzogen wird oder lediglich die unbeabsichtigte Folge einer lange andauern-

---

<sup>169</sup> Vgl. Roxin /Schünemann, Strafverfahrensrecht, § 25 Rn. 18.

<sup>170</sup> Vgl. Schlenzka, Die Rettungsfolter in Deutschland und Israel - ein Rechtsvergleich, S. 35.

den Befragung ist, spielt in einem solchen Fall keine entscheidende Rolle. Der Zustand per se ist ausschlaggebend.<sup>171</sup>

Das Verbot eines **körperlichen Eingriffs** zum Nachteil des Beschuldigten findet sich in der Alternative der bereits erläuterten Misshandlung wieder und bezeichnet jede Art von unmittelbarem Eingriff in die Unversehrtheit des Körpers.<sup>172</sup>

Werden dem Vernommenen feste, flüssige oder gasförmige Stoffe in den Körper eingeführt (z. B. Spritzen, Tabletten, Speisen, Alkohol, Rauschgift etc.), so handelt es sich um eine **Verabreichung von Mitteln**. Die Vernehmung ist auch dann verboten, wenn der Beschuldigte die besagten Mittel selbst zu sich genommen hat. Die Verabreichung muss sich jedoch, genau wie die Ermüdung, final auf die Willensfreiheit des Beschuldigten auswirken, um vom § 136a StPO erfasst zu werden.<sup>173</sup>

Eine **Quälerei** wird definiert als die sich wiederholende oder über einen längeren Zeitraum anhaltende Zufügung körperlicher oder seelischer Schmerzen (z. B. Dunkelhaft, Scheinhinrichtungen).<sup>174</sup>

Nicht jede Art einer täuschungsähnlichen Handlung gegenüber dem Beschuldigten kann unter den Begriff der **Täuschung** subsumiert werden. In diesem Fall ist unter allen Umständen zwischen einer gezielten Täuschung und der gebräuchlichen kriminalistischen List (z. B. Fangfragen) zu unterscheiden. Eine bewusste Täuschung wäre beispielsweise das bewusste Vorspiegeln falscher Tatsachen („[...] der Mittäter hat alles gestanden“) sowie die falsche Darstellung der momentanen Rechtslage („[...] wenn Du schweigst, wird dies als Schuldbekennnis gewertet“).<sup>175</sup>

Bei der **Hypnose** wird durch den Zugriff auf das Unterbewusstsein des Betroffenen gezielt auf dessen eigenen und bewussten Willen so stark eingewirkt, dass dieser in seinem Denken in die Vorstellungsbahnen des Hypnotiseurs

---

<sup>171</sup> Vgl. Roxin /Schünemann, Strafverfahrensrecht, § 25 Rn. 21.

<sup>172</sup> Vgl. Schlenzka, Die Rettungsfolter in Deutschland und Israel - ein Rechtsvergleich, S. 35.

<sup>173</sup> Vgl. Beulke, Strafprozessrecht, Rn. 133.

<sup>174</sup> Vgl. Beulke, Strafprozessrecht, Rn. 134.

<sup>175</sup> Vgl. Beulke, Strafprozessrecht, Rn. 135 f.

gelenkt wird und nach dessen Zielvorgaben denkt, entscheidet und handelt.<sup>176</sup>

-----

Auch die reine **Drohung** mit einer in Absatz 1 aufgeführten Maßnahme sowie das **Versprechen von gesetzlich nicht vorgesehenen Vorteilen** sind unzulässig und fallen unter das absolute Folterverbot. Sollte der Vernommene seine Aussage unter den soeben aufgeführten Bedingungen bewusst oder unbewusst getätigt haben, so darf der Vernehmungsbeamte diese Aussage, selbst mit Einwilligung des Beschuldigten, nach § 136a III StPO nicht verwerten.<sup>177</sup>

### 3.3 Aussageerzwingung durch Folter

Wenn in der Literatur von „*Rettungsfolter*“<sup>178</sup> oder „*lebensrettender Aussageerzwingung*“<sup>179</sup> gesprochen wird, umfassen diese Begriffe jegliche Zwangsmaßnahmen gegen Personen, welche sich in polizeilichem /staatlichem Gewahrsam befinden und im Gegensatz zu der jeweiligen Behörde /Einrichtung über die zwingend notwendigen und unter Umständen auch lebensrettenden Informationen bezüglich des Aufenthaltsortes und Zustandes des /der jeweiligen Opfer verfügen. In diesen Fällen dient der Einsatz von Gewalt oder deren Androhung gegen den Inhaftierten lediglich und ausnahmslos der Rettung des Opfers.<sup>180</sup> Hier gilt es eindeutig zwischen dem strafprozessual ausgerichteten Zwang zur Herbeiführung eines Geständnisses, und dem Einsatz von Zwang zur Rettung eines Lebens zu unterscheiden. Da die Aussageerzwingung im Fall der „*Rettungsfolter*“ rein der Gefahrenabwehr dient, spricht man hier auch von der sog. „*Präventivfolter*“<sup>181</sup>.

---

<sup>176</sup> Vgl. Hartmann /Schmidt, Strafprozessrecht, Rn. 771.

<sup>177</sup> Vgl. Lübkeermann, Strafrecht – Strafverfahrensrecht – Ordnungswidrigkeitenrecht, S. 548.

<sup>178</sup> Hilgendorf, JZ 2004, S. 331 (335).

<sup>179</sup> Brugger, Freiheit und Sicherheit, S. 56.

<sup>180</sup> Vgl. Herbst, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 119.

<sup>181</sup> Jerouschek /Kölbel, JZ 2003, S. 613 (614); Jerouschek, JuS 2005, S. 296 f.

### 3.3.1 „Folter“ – ein schrecklicher Begriff

Das niedergeschriebene deutsche Recht bedient sich streng genommen an keiner Stelle des Wortes der „Folter“. Die Länder verwenden dementsprechend in den Polizeigesetzen vorzugsweise den Begriff des „Anwendungsverbotes unmittelbaren Zwanges zur Abgabe einer Erklärung“<sup>182</sup> und auch die bundeseinheitliche Strafnorm der Aussageerpressung nach § 343 I StGB spricht im Tatbestand lieber von „körperlicher Misshandlung“, „Gewaltanwendung und -androhung“ sowie vom „Quälen“ und „Nötigen“. Selbst das Grundgesetz äußert sich zwar in Art. 104 I S. 2 GG dazu, dass festgehaltene Personen unter keinen Umständen körperlich oder seelisch misshandelt werden dürfen, scheut sich jedoch davor, den Begriff der „Folter“ explizit zu nennen, obwohl es im Prinzip um nichts anderes als die im deutschen Sprachgebrauch manifestierte verfassungsrechtliche Begrifflichkeit des „Folterverbots“ geht.<sup>183</sup>

Nach Einschätzung des Autors sitzt an dieser Stelle der „Stachel der Kriegsgeschichte“ äußerst tief, sodass der Gesetzgeber in Anbetracht der damaligen NS-Folterverbrechen den Begriff der „Folter“ als unglücklich und auf internationaler Ebene als durchaus kritikwürdig erachtete und somit konsequent vermieden hat. Mit dem Problem der Folter wird in Deutschland aufgrund der geschichtlichen Vergangenheit äußerst sensibel umgegangen. Darum wird das Thema oft verschwiegen und selten diskutiert.<sup>184</sup> Diese stringente Tabuisierung ist jedoch nicht mehr als eine reine Augenwischerei und birgt die Gefahr des Vergessens und Verdrängens jener Gräueltaten umso mehr. Handlungen, die einem Folterakt entsprechen, sollten demnach auch eindeutig als „Folter“ beschrieben werden. Insbesondere *weil* die Folter ein solch menschenverachtendes Machtinstrument ist, muss jeglicher Verstoß wörtlich mit ihr in Verbindung gebracht werden, damit die Grausamkeit und Abartigkeit solcher Normverletzungen sich konsequent und fortwährend im Gedächtnis potentieller Rechtsbrecher festsetzen.

Das Wort der „*Rettungsfolter*“ habe in den Augen vieler Kritiker hingegen eine

---

<sup>182</sup> § 55 II PolG NRW (Nordrhein-Westfalen).

<sup>183</sup> Vgl. *Wagenländer*, Zur strafrechtlichen Beurteilung der Rettungsfolter, S. 26.

<sup>184</sup> Vgl. *Krasmann*, KrimJ 2008, S. 67 (68).

positive Bewertung und verzerre den Fakt, dass es sich trotz der möglichen *Rettung* eines Lebens immer noch um einen Akt des Folterns handelt. *Kiesow* zitiert in diesem Zusammenhang *Jean-Paul Sartre*, der die Rettungsfolter als „Heuchelei“<sup>185</sup> bezeichnet, und *Schild* ersetzt die euphemistische Beschreibung der Rettungsfolter wohlwissend mit dem Begriff der „*Polizeifolter*“<sup>186</sup>. Darüber hinaus sieht *Hetzer* Begrifflichkeiten wie die Rettungsfolter als sehr „verführerisch“ und verharmlosend an, gerade weil derartige Begriffsbestimmungen bereits vor dem Aufkommen der terroristischen Welle des neuen Jahrtausends ins Leben gerufen wurden<sup>187</sup> und angesichts der jüngeren Geschichte des in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorherrschenden Gewaltmonopols des Staates mit äußerster Vorsicht und angemessener Sensibilität zu genießen sind.<sup>188</sup> Zudem können nach Ansicht von *Günther* die UN-Antifolterkonvention sowie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) nicht zwischen einer gefahrenabwehrenden Folter und einer Folter zur Aufklärung vergangener Taten (Geständniserzwingung) unterscheiden, sodass selbst eine „*Rettungsfolter*“ unter das absolute Folterverbot fallen würde.<sup>189</sup>

Die Stimmen, die sich für eine Rettungsfolter aussprechen, begründen ihre Position damit, dass bereits der Begriff per se das Wort der „Rettung“ beinhalte und der einzige Sinn des Folterns darin bestünde, ein gefährdetes Leben zu retten.<sup>190</sup> Deutlich wird diese Haltung durch das Argument von *Trapp*, dass der Täter durch die polizeiliche Anwendung der Rettungsfolter eben *nicht* zum bloßen Objekt degradiert werde und reines Mittel zum Zweck sei. Durch die Drohung mit Gewalt wird der Festgehaltene keineswegs seiner Autonomie beraubt, sondern kann im Falle seiner tatsächlichen Täterschaft /Beteiligung aufgrund der ihm verliehenen speziellen Machtposition und des Wissensvorsprunges gegenüber den Strafverfolgungsbehörden durch ein Geständnis oder die Option einer (Falsch-)Aussage weiterhin frei über den Fortgang des Verfah-

<sup>185</sup> Vgl. *Kiesow*, in: Rechtsgeschichte (Rg) 3, S. 98; *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 121.

<sup>186</sup> *Schild*, in: Rettungsfolter im modernen Rechtsstaat?, S. 69 (78).

<sup>187</sup> *Brugger* sprach schon im Jahr 2000 (in Anfängen bereits 1996: „*Darf der Staat ausnahmsweise foltern?*“, in: *Der Staat* 1 /35, S. 67 ff.) von einer Art „*Rettungsfolter*“ zur Gefahrenabwehr, vgl. *Brugger*, JZ 2000, S. 165 f.

<sup>188</sup> Vgl. *Hetzer*, Kriminalistik 2006, S. 148 (157).

<sup>189</sup> Vgl. *Günther*, in: Rückkehr der Folter, S. 101 (102).

<sup>190</sup> Vgl. *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 122.



rens und demzufolge auch über sein eigenes Wohl bestimmen.<sup>191</sup>

*Trapp*, der die Rettungsfolter gleichwohl als „*selbstverschuldete Rettungsbefragung (SRB)*“ bezeichnet, sieht in der Androhung /Anwendung körperlichen Zwanges keine vollkommene Instrumentalisierung des Festgehaltenen, da die Folter nicht auf die Schädigung der Psyche des Täters fokussiert sei, sondern die vernehmenden Beamten sich ausschließlich dafür interessieren würden, „wo die Bombe oder die Geisel versteckt sei“<sup>192</sup>. Natürlich sei nach Ansicht von *Trapp* die „Befragung“ eindeutig *selbstverschuldet*, da sich der Täter, wie bereits erwähnt, jederzeit selbst aus der belastenden Lage befreien könnte und demzufolge diese Situation selbst zu verschulden hat. *Trapp* ersetzt in diesem Zusammenhang bewusst den Begriff der „Folter“ durch den der „Befragung“. Für ihn gibt es sog. „Schreckenswörter“, die durch ihre historische Vergangenheit der Bedeutung jener Wörter fortlaufend einen negativen Beigeschmack verleihen<sup>193</sup> und bei dem Leser bzw. Zuhörer ein Gefühl der Beklommenheit hervorrufen können. Auch wenn es sich bei dem Akt der Aussageerzwingung de facto um die Anwendung von Folter handelt, so verzichtet *Trapp* auf diese Begrifflichkeit und benutzt den weitaus positiveren Terminus der „Rettungsbefragung“<sup>194</sup>.

Demnach wird deutlich, dass von vielen Seiten der Begriff der „Folter“ entweder gänzlich vermieden oder aber in gewisser Weise präzisiert bzw. beschönigend umschrieben wird. Ob es sich nun um eine „*Rettungs-*“, bzw. „*Präventivfolter*“ oder aber um die sog. „*selbstverschuldete Rettungsbefragung*“ handelt, so dürfen all jene Begrifflichkeiten unter dem Wort der „Folter“ subsumiert werden. Die Folter kann und darf man nicht schönreden. Sie ist und bleibt eine nicht zu verharmlosende Menschenrechtsverletzung ersten Grades.

---

<sup>191</sup> Vgl. *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 130.

<sup>192</sup> *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 134.

<sup>193</sup> *Trapp* wählt an dieser Stelle als Vergleich für die sog. „Schreckenswörter“ im Zusammenhang mit der Folter, dass beispielsweise „Pneumologische Inhalationskammern“ aufgrund der NS-Geschichte gerade *nicht* als „Gaskammern“ bezeichnet werden, auch wenn dieser Begriff weitaus verständlicher und ebenso zutreffend wäre; *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 225.

<sup>194</sup> *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 225f.



### 3.3.2 Das „ticking bomb“-Szenario

Bei dem sog. „ticking bomb“-Szenario<sup>195</sup>, handelt es sich um eine von *Brugger* erdachte Situation, in der ein in erpresserischer Absicht handelnder Terrorist eine zerstörerische Bombe in der Stadt versteckt hält. Bei der Geldübergabe kann der Täter schließlich festgenommen werden, verrät den vernehmenden Beamten jedoch nicht, wo er die mit einem Zeitzünder versehene und bereits aktivierte Bombe deponiert hat. Der Terrorist ist somit die einzige Person, welche über die essentiellen Informationen verfügt, die zur Abwendung der gegenwärtigen Gefahr vonnöten wären.

Da es sich hier um einen gefahrenabwehrenden Sachverhalt handelt, würde an dieser Stelle das jeweilige Polizeigesetz Anwendung finden. Auch wenn der Terrorist zur gefahrenabwehrenden Aussage verpflichtet wäre, so müsste er keine Angaben machen, wenn er sich dadurch in strafrechtlicher Weise selbst belasten würde.<sup>196</sup> Dies wäre im Falle des von *Brugger* erdachten Terroristen durchaus möglich, da er sich durch eine Aussage selbst bezichtigen würde (u. a. wegen räuberischer Erpressung oder Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion i. S. d. StGB). Obwohl es beispielsweise im hessischen Polizeigesetz nach § 12 II S. 3 HSOG eine Einschränkung des Auskunftsverweigerungsrechts bei Selbstbezichtigung gibt<sup>197</sup>, die dem Adressaten bei Vorliegen einer Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit gerade doch eine Informationspflicht gegenüber den Beamten auferlegt<sup>198</sup>, so bleibt die Anwendung unmittelbaren Zwanges zur Abgabe einer Erklärung gemäß den Polizeigesetzen der Länder eindeutig und unmissverständlich untersagt.<sup>199</sup>

Als Beispiel sei hier das nordrhein-westfälische Polizeigesetz (PolG NRW) zu

---

<sup>195</sup> Vgl. *Brugger*, JZ 2000, S. 165 f.

<sup>196</sup> *Trapp* fordert im Sinne des Allgemeininteresse, das Recht des Täters auf Aussageverweigerung einzuschränken, da er jederzeit selbst imstande wäre seine missliche Lage durch eine Aussage zu beenden; vgl. *Trapp*, in: *Ethische und politische Freiheit*, S. 447 (463).

<sup>197</sup> Die erlangte Aussage darf jedoch nach § 12 II S. 4 HSOG nur für Zwecke der Gefahrenabwehr benutzt werden und unterliegt strafprozessual einem Beweisverwertungsverbot. Vgl. *Wagenländer*, Zur strafrechtlichen Beurteilung der Rettungsfolter, S. 65.

<sup>198</sup> Vgl. *Brugger*, JZ 2000, S. 165 (166); *Hübner*, Zulässigkeit des finalen Rettungsschusses und des „finalen Rettungsfolterns“, S. 26; *Wagenländer*, Zur strafrechtlichen Beurteilung der Rettungsfolter, S. 61 f.

<sup>199</sup> Vgl. § 52 II HSOG (Hessen); § 55 II PolG NRW (Nordrhein-Westfalen).

nennen, wo gemäß § 55 II PolG NRW selbst zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr die Abgabe einer Erklärung unter Zwang verboten ist. In § 10 IV PolG NRW verdeutlicht der Verweis auf § 136a StPO nochmals, dass ein solch präventiv ausgelegter Zwang unter die verbotenen Vernehmungsmethoden fällt, somit der Folter gleichzusetzen ist und folglich einen Verstoß gegen die Menschenwürde nach Art. 1 I GG darstellt. Einziges legales Mittel, um die Abgabe einer Erklärung per Zwang durchzusetzen, wäre nach § 53 PolG NRW das Zwangsgeld, welches aufgrund der dringlichen Eile im Gefahrenabwehrrecht jedoch meist als untauglich einzustufen ist.<sup>200</sup>

Im Hinblick auf den oben beschriebenen fiktiven Fall der „*ticking bomb*“ wären nach Ansicht von *Brugger* die vernehmenden Beamten dazu ermächtigt gewesen, die Folter anzuwenden, um das Leben Dritter möglicherweise zu retten. *Brugger* spricht sich klar und deutlich *für* eine solche Alternative in Grenzsituationen aus und fordert, dass der Staat seine Befugnisse dahingehend ausdehnt, um sein Handeln durch die vollziehenden Organe zu legitimieren.<sup>201</sup>

Für die rechtlich saubere Abarbeitung einer derartigen Ausnahmesituation wie der des „*ticking bomb*“-Szenarios, wäre eine grundlegende Änderung der jeweiligen Landespolizeigesetze erforderlich. Gewiss ist die Abwehr einer gemeinschädlichen Gefahr zum Nachteil der Bevölkerung eine der Hauptaufgaben einer vertretbaren Polizei- und Verteidigungspolitik. Da die Folteranwendung jedoch unweigerlich mit den Verfassungsprinzipien konkurrieren würde, wäre eine einfach-gesetzliche Ermächtigung zur Ausnahme des absoluten Folterverbots nicht ohne Weiteres zu realisieren. Solange die überwiegende Mehrheit der Rechtsgelehrten ein derartiges polizeiliches Vorgehen als Folterhandlung definiert, bleibt die Überlegung möglicher Ausnahmeregelungen ein müßiges und erfolgloses Unterfangen.

---

<sup>200</sup> Vgl. *Tetsch /Baldarelli*, Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 900.

<sup>201</sup> Vgl. *Brugger*, JZ 2000, S. 165 (168 ff.); *Bielefeldt*, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, S. 59 (61 f.).

### 3.4 Der „Fall Daschner“

Der Entführungsfall des Bankierssohnes *Jakob von Metzler* im September 2002 erschütterte wie so viele andere Kindesentführungen die ganze Welt. Doch in diesem Fall gab es einen entscheidenden Unterschied zu gleichgelagerten Fällen dieser Art. Der damalige Polizeivizepräsident von Frankfurt, *Wolfgang Daschner*, ordnete gegenüber dem festgenommenen Entführer *Magnus Gäfgen* an, ihm Gewalt anzudrohen, wenn dieser das Versteck des Entführungsopfers nicht preisgeben werde.<sup>202</sup> Auch wenn es sich hier lediglich um eine Androhung der Gewaltanwendung gehandelt hat, so ist diese nach § 136a I S. 3 StPO eindeutig verboten und wird juristisch gesehen als menschenverletzende Folter deklariert.

Der Polizeivizepräsident *Daschner* hatte sich zu jener Zeit in einem Dilemma zwischen ethisch moralischer Vernunftsentscheidung und den rechtlich klar formulierten Grenzen der deutschen Strafprozessordnung und Verfassung befunden. Rechtfertigt man in einer solchen Extremsituation sein verfassungswidriges Verhalten mit einer vermeintlichen Notstandssituation und schützt dadurch unter Umständen das Leben eines Kindes? Oder aber hält man sich in der Rolle *Daschners* als rechte Hand des Staates strikt an die gesetzlichen Vorgaben, wird demzufolge nach *Herbst* zu einer Art „Mordgehilfen“<sup>203</sup>, und verfällt im Sinne *Bruggers* zurück in den „Naturzustand“<sup>204</sup>, in dem der Staat nicht in der Lage ist (und dies auch bewusst nicht beabsichtigt), dem Bürger Schutz zu gewähren? Welchen Weg man als Entscheidungsträger auch geht, eine hundertprozentige Musterlösung wird dieser schwierige Sachverhalt nicht hergeben. Polizeiliche Führungskräfte sind jedoch insbesondere auf derartige Gemengelagen geschult worden, sodass diese innerhalb kürzester Zeit unter Berücksichtigung der Recht- und Verhältnismäßigkeit schwerwiegende Entscheidungen treffen können, ja regelrecht müssen. Dass der gewählte Weg nicht immer der richtige sein kann, bleibt aus menschlicher Sicht und nach Ansicht des Verfassers der vorliegenden Arbeit absolut nachvollziehbar.

---

<sup>202</sup> Vgl. *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S. 21 f.; *Götz*, NJW 2005, S. 953 ff.

<sup>203</sup> *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 40.

<sup>204</sup> *Brugger*, Freiheit und Sicherheit, S. 70.

Andererseits wohnt dem Polizeiführer in einer solch prekären Lage wie jener im „*Fall Daschner*“ eine gewisse Verantwortung gegenüber den von seiner angeordneten /ausgeführten Maßnahme betroffenen Personen inne, sodass er neben polizeitaktischen Aspekten auch die Rechte des einzelnen Bürgers wahren und respektieren sollte. Schließlich wird zwischen rechtschaffendem Bürger und Straftäter im Sinne der Verfassung nicht unterscheiden. Vor dem Gesetz sind in der Regel alle Menschen gleich.<sup>205</sup>

### 3.4.1 Rückblick<sup>206</sup>

Der Jurastudent *Magnus Gäfgen* entführte am 29.09.2002 den 11-jährigen Bankierssohn *Jakob von Metzler*, um von der wohlhabenden Familie *Metzler* ein Lösegeld in Höhe von 1 Million Euro zu erpressen. Der introvertierte *Gäfgen* versprach sich von dem Lösegeld ein Leben in Luxus und erhoffte sich dadurch die gleichzeitige Anerkennung von seinen Freunden und Kommilitonen.

Bereits kurz nach der Entführung erstickte *Gäfgen* sein Opfer und versteckte die Leiche des Jungen unter einem Steg an einem dem Tatort nahegelegenen Waldsee. In einem Erpresserbrief an die Familie des Opfers forderte er das beschriebene Lösegeld, dessen Übergabe im Anschluss zeitnah durch die Polizei forciert wurde. Im Zuge der Geldübergabe wurde der Entführer als der beschriebene *Magnus Gäfgen* identifiziert und kurz darauf festgenommen.

Nachdem *Gäfgen* zunächst den falschen Aufenthaltsort des Opfers angegeben hatte und auch im Nachgang das Versteck des entführten Jungen nicht preisgeben wollte, ordnete der Polizeivizepräsident *Daschner* an, dem Entführer Gewalt anzudrohen, wenn dieser den Ermittlern weiterhin nicht die Wahrheit sagen würde. Zu diesem Zeitpunkt wussten die vernehmenden Beamten nicht, dass der Junge bereits tot war. Sie mussten von einer andauernden Gefahr für Leib und Leben des entführten *Jakob von Metzler* ausgehen, was ein zeitnahes, rasches und konsequentes Handeln forderte.

Der ebenfalls in die Ermittlungen eingebundene Kriminalhauptkommissar *Ortwin*

---

<sup>205</sup> Vgl. S. 14 f.

<sup>206</sup> Vgl. *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S. 21 ff.

*Ennigkeit* drohte auf Anordnung *Daschners* damit, dass man *Gäfigen* Schmerzen zufügen werde, die er in einem solchen Umfang noch nie zuvor erlebt habe. Dazu habe man eigens einen „Spezialisten“ mit dem Hubschrauber einfliegen lassen, der sich intensiv um *Gäfigen* kümmern werde. Auch über die Verabreichung eines „Wahrheitsserums“ wurde seitens der Ermittler nachgedacht, um den Entführer zu beeindrucken und ihn „zum Reden“ zu bewegen. Im späteren Prozess gab *Gäfigen* zusätzlich an, dass man ihm gedroht habe, ihn mit zwei „großen Negern“, welche sexuelles Interesse an ihm haben würden, in eine Zelle einzusperren.

Sichtlich eingeschüchtert von den Gewaltandrohungen gab *Gäfigen* das Versteck des Jungen preis, welcher kurz darauf tot an dem besagten See aufgefunden wurde. Für ihn kam jegliche Hilfe zu spät.

### 3.4.2 Strafrechtliche Konsequenzen

Während *Gäfigen* am 28. Juli 2003 wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt wurde<sup>207</sup>, blieb die Folterandrohung von *Daschner* und *Ennigkeit* ebenfalls nicht folgenlos. Auf der Grundlage eines durch *Daschner* selbst gefertigten Aktenvermerks über die besagte Folterandrohung leitete die Staatsanwaltschaft Frankfurt gegen beide Beamten ein Verfahren ein. Ende 2004 urteilte das Landgericht Frankfurt und erklärte den Angeklagten *Daschner* der Verleitung eines Untergebenen zu einer Nötigung im Amt (§ 357 I i. V. m. § 240 I StGB) sowie den Mitangeklagten *Ennigkeit* der Nötigung im Amt (§ 240 I StGB) für schuldig.<sup>208</sup> Die beiden Verurteilten wurden durch die Strafkammer vergleichsweise milde bestraft, sodass sie verwahrt und die Geldstrafen nach § 59 StGB unter Vorbehalt ausgesetzt wurden.<sup>209</sup>

---

<sup>207</sup> Vgl. *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S. 22.

<sup>208</sup> Vgl. *LG Frankfurt*, Urt. v. 20.12.2004, Az. 5/27 KIs - 7570 Js 203 814/03.

<sup>209</sup> Vgl. *Lamprecht*, Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?, S. 23; *Götz*, NJW 2005, S. 953.

### 3.4.2.1 Stimmen zum Urteil

Der Großteil der Bevölkerung sowie einzelne Politiker und namhafte Vertreter der Justiz sahen das Vorgehen *Daschners* als richtig an und zeigten Verständnis für das Handeln der Frankfurter Polizei.<sup>210</sup> Laut einer Umfrage des Fernsehsenders ZDF hätten sich beispielsweise rund zwei Drittel (68 %) der Befragten sogar für einen Freispruch *Daschners* ausgesprochen.<sup>211</sup> Obwohl sich *Daschner* sehr wohl des Missbrauchs seiner staatlichen Macht bewusst war und der überwiegende Teil der Gesellschaft auch für die *freiheitlich demokratische Grundordnung* (fdGO) und den Glauben an die deutsche Verfassung einsteht, so zeigt diese Brisanzlage offen auf, dass man selbst als rechtschaffender Polizist in eine menschliche Konfliktsituation geraten kann, in der man unter Umständen ethische Wertvorstellungen den rechtlichen Grenzen und Hürden vorzieht.

Auf der anderen Seite ist die Verurteilung *Daschners* eine Manifestierung des Rechtsstaates und gibt jedem Inhaftierten die Sicherheit, dass selbst die *Drohung* mit Folter in einem Staat wie Deutschland nicht toleriert wird. Durch die konsequente Verfolgung des Folterverbots wird dem Verlust staatlicher Legitimation entgegengewirkt und das Vertrauen in das Recht gestärkt.<sup>212</sup> Bei dem Folterverbot handelt es sich schließlich um ein *absolutes* und *notstandsfestes* Gebot, das selbst in außergewöhnlichen Extremsituationen seine Gültigkeit beibehält.<sup>213</sup> Auch auf internationaler Ebene besitzt das absolute Folterverbot nach Art. 3 EMRK seine in Art. 15 EMRK manifestierte Notstandsfestigkeit, die selbst im Kriegsfall ihre Gültigkeit beibehalten würde.<sup>214</sup>

Auch wenn sich viele Befürworter *Daschners* aus moralischer Sicht einen Freispruch erhofft haben, so sind sie aus juristischer Sicht froh, dass es zu einer (milden) Verurteilung gekommen ist, um den Rechtsstaat mit seinen grundlegenden Prinzipien nicht zu gefährden, sondern vielmehr in seiner vorbildhaften Funktion zu bestätigen. Der derzeitige Fraktionsvorsitzende im hessischen

---

<sup>210</sup> Vgl. *Bielefeldt*, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, S. 59; *Hecker*, KJ 2003, S. 210.

<sup>211</sup> Vgl. *Vestring*, Der Vize-Polizeichef Daschner ist verurteilt, aber nicht bestraft worden.

<sup>212</sup> Vgl. *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 39.

<sup>213</sup> Vgl. *Bielefeldt*, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, S. 59.

<sup>214</sup> Vgl. *Brugger*, JZ 2000, S. 165 (167).

Landtag der Partei *Bündnis 90 /Die Grünen*, *Al-Wazir*, begrüßte beispielsweise das Urteil und fügte an, dass es in Bezug auf das absolute Folterverbot keine, wenn auch moralisch noch so schwerwiegende Ausnahme geben darf.<sup>215</sup> Dem schloss sich die hessische *FDP*-Landtagsfraktion an und beurteilte die Geldstrafe auf Bewährung als eine „Strafe mit Augenmaß“<sup>216</sup>.

Demgegenüber sehen die Kritiker *Daschners* das Urteil als enttäuschend an. So zeigte sich die Generalsekretärin der deutschen Sektion von *Amnesty International*, *Lochbihler*, sichtlich pikiert darüber, dass man *Daschners* Verhalten nicht als Folter gewertet hatte. Ihrer Ansicht nach hätte es das Gericht verpasst, in einer rigorosen Weise für alle Zeiten klarzustellen, dass es sich bei dem § 136a StPO um ein absolutes Folterverbot handelt, welches keinerlei Ausnahmen zulassen würde.<sup>217</sup>

Der gleichen Auffassung war man auf einer im Dezember 2004 in Berlin veröffentlichten Presseerklärung von Vertretern der *Humanistischen Union* sowie der *Internationalen Liga für Menschenrechte*. Dort hieß es, dass man mit dem am unteren Ende des Strafrahmens sich bewegenden Urteil dem Folterverbot und dem Schutz der Menschenwürde in keiner Weise gerecht geworden sei. Obwohl die Angeklagten zwar schuldig gesprochen wurden, sei das Urteil ein Schritt in die falsche Richtung, sodass man das Gefühl haben könnte, die angedrohte Folter sei lediglich als Bagatelle zu werten und aufgrund der vom Gericht ausgesprochenen „ehrenwerten Gesinnung“ als nahezu legitim anzusehen.<sup>218</sup>

*Baumann* begrüßt in ihrem Beitrag zum „*Fall Daschner*“ zwar die Verurteilung der beiden Angeklagten, gibt jedoch zu denken, dass es sich hierbei um eine Verletzung elementarer Vorschriften unserer Verfassung sowie einen Missbrauch des internationalen Völkerrechts handelt. Vor diesem Hintergrund sei zu überlegen, ob es sich bei der Verwarnung der zwei Angeklagten nicht lediglich um eine symbolische Strafe gehandelt habe die nicht im Verhältnis zur

---

<sup>215</sup> Vgl. *Lamprecht*, *Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?*, S. 24.

<sup>216</sup> *Lamprecht*, *Darf der Staat foltern, um Leben zu retten?*, S. 24

<sup>217</sup> Vgl. *Amnesty International*, „*Daschner-Prozess*“: Es bleibt dabei: Der Staat darf nicht foltern oder misshandeln!

<sup>218</sup> Vgl. *Humanistische Union*, *Mildes Urteil im Fall Daschner ist falsches Signal*.



verletzen Norm stehen würde.<sup>219</sup>

### 3.4.2.2 Stellungnahme des Verfassers

Dass es sich bei *Daschners* Androhungs- bzw. *Ennigkeits* Ausführungshandlungen um Verstöße gegen geltendes Recht gehandelt hat, dürfte an dieser Stelle bereits eindeutig geklärt sein. Die aus rechtlicher Sicht unmissverständliche Normüberschreitung der beiden Angeklagten lässt wenig Spielraum für einen möglichen Freispruch. Strittig und durchaus diskussionswürdig ist jedoch die Qualität des Urteilspruches. In den Augen des Verfassers dieser Masterarbeit war eine Verurteilung der in den Fall überwiegend involvierten Beamten unumgänglich. Da es sich im Rahmen der Vernehmung bei der Androhung von Schmerzen und anderer verbotener Methoden i. S. v. § 136a StPO (hier: körperliche Misshandlung /Eingriff, Quälerei, Verabreichung von Mitteln) um eine verfassungsrechtlich geschützte Menschenrechtsverletzung handelte, wurden Staatsanwaltschaft und Gericht in die Pflicht genommen, diese Verstöße zu missbilligen und schließlich zu sanktionieren.

Dem Aufruf von *Amnesty International* nach einer härteren Strafe für *Daschner* und *Ennigkeit* kann jedoch nicht gefolgt werden. Die Beamten haben vermutlich nicht aus purer Machtdemonstration oder anderen niederen Beweggründen gegen das Folterverbot verstoßen, sondern ließen sich von der Hoffnung treiben, das Opfer im Anschluss an die Vernehmung noch lebend befreien zu können. Ihnen war mit Sicherheit bewusst, dass sie durch den Eingriff in den „unantastbaren Bereich“<sup>220</sup> des Vernommenen einen Verstoß gegen die Menschenwürde zugelassen haben, stritten dies zu keinem Zeitpunkt ab und scheuten durch Fertigung des besagten Aktenvermerkes über das Geschehene auch nicht vor möglichen Repressalien zurück. Das Risiko, selbst zum Angeklagten zu werden, gingen beide Polizisten einzig und allein deshalb ein, um das Leben eines Dritten, ihnen sogar keineswegs nahestehenden Menschen, zu retten. Diesen moralfesten und uneigennützigen Umstand würdigte das Gericht und wählte eine milde Bestrafung.

---

<sup>219</sup> Vgl. *Baumann*, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, S. 322 (324).

<sup>220</sup> Vgl. BVerfGE 6, 32, 41.



Auch wenn es sich nach der Definition um eine Androhung von Folter und einen Verstoß gegen die Menschenrechte gehandelt hat, so gibt es auch hier noch gravierende qualitative Unterschiede diverser Folteranwendungen. Aufgrund der Tatsache, dass es beim „*Fall Daschner*“ lediglich zur Androhung möglicher verbotener Methoden gekommen ist, die Vernehmungsbeamten unter enormem (Zeit-)Druck gestanden und sich die Entscheidung gewiss nicht leicht gemacht haben, ist das gesprochene Urteil des verhandelnden Landgerichtes nach Einschätzung und eingehender Bewertung als absolut vertretbar und angemessen zu betrachten. Somit konnte dem Strafanspruch des Staates bei derartigen Normverletzungen ausreichend entsprochen werden, die Sanktion blieb jedoch aufgrund der bereits angesprochenen „ehrenwerten Gesinnung“ gerechterweise im Rahmen des Zumutbaren. Dieser „Warnschuss“ verdeutlicht zudem, dass Menschenrechtsverletzungen seitens des Staates nicht geduldet werden und nachfolgende (polizeiliche) Führungskräfte in Zukunft ihre Entscheidungen genauestens auf etwaige Verstöße hin überprüfen sollten.

## 4. Abschaffung des absoluten Folterverbots

Die als eine schwere Menschenrechtsverletzung gewertete Anwendung staatlicher Foltermethoden mag aus juristischer Sicht im deutschen Rechtssystem weitestgehend stark gefestigt zu sein. Zuwiderhandlungen der Hoheitsträger gegen das Folterverbot können sich nach dem deutschen Strafgesetzbuch in den Tatbeständen der Nötigung (§ 240 StGB), der Körperverletzung im Amt (§ 340 I, III StGB i. V. m. §§ 223, 224, 226 StGB), der Aussageerpressung (§ 343 StGB) sowie bei Anordnung der Folter im „*Fall Daschner*“ zur Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat (§ 357 StGB) niederschlagen.<sup>221</sup>

Bis dato haben nur wenige den Mut dazu aufbringen können, ernsthafte Forderungen in Richtung einer Lockerung des absoluten Folterverbots zu stellen. Dies scheint angesichts der möglichen Beschneidung des „höchsten Rechtswertes innerhalb der Verfassung“<sup>222</sup>, und der Verletzung des prinzipiell unantastbaren Grundrechts auf Achtung und Schutz der Menschenwürde als durchaus nachvollziehbar. Wer möchte schon gerne indirekt und in Teilen die Verfassung in Frage stellen sowie sich für die Abschaffung einer Sache stark machen, für die in der Mitte des 20. Jahrhunderts so rigoros gekämpft wurde, und die Bundesrepublik Deutschland mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes einen Neuanfang starten konnte.

Neben der rechtlichen Seite muss sich der Bürger jedoch ebenfalls fragen, ob er einer Abschaffung des Folterverbots auch moralisch zustimmen würde. Wofür stehe ich ein? Wer möchte ich sein? Was wäre ich bereit zu tun und würde ich an der Stelle eines Dritten genauso handeln? Moral definiert sich unter anderem durch einen Disput zwischen mir und mir selbst.<sup>223</sup> Den Grund, warum wir uns überhaupt mit solchen Fragen auseinandersetzen, beschreibt *Reemtsma* wie folgt:

---

<sup>221</sup> Vgl. *Wagenländer*, Zur strafrechtlichen Beurteilung der Rettungsfolter, S. 29.

<sup>222</sup> BVerfGE 45, 187, 227; *Kunig*, in: Münch /Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 4.

<sup>223</sup> Vgl. *Reemtsma*, Folter im Rechtsstaat?, S. 123.

*„Weil am Ende nicht das Entscheidende ist, was wir jemandem zumuten zu leiden, sondern was wir uns zumuten zu tun.“<sup>224</sup>*

Mit dieser Überlegung trifft *Reemtsma* den „Nagel auf den Kopf“. Würde *ich* in persona die Absolutheit des Folterverbots negieren und die Verletzung der Menschenwürde in Kauf nehmen? Würde *ich* es mir selbst zumuten, einer Legalisierung der Folter zuzustimmen? Und warum sollte es im Umkehrschluss dann gerade einem Beamten zuzumuten sein, die gezielte Schmerzzufügung durchzuführen?<sup>225</sup> Auch wenn dieser behördliches Ausführungsorgan des Staates ist, so wird der Beamte in seiner Person auch immer ein individuelles Wesen bleiben. Der Beamte hat Würde. Der Beamte ist ein Mensch.

#### 4.1 Legalisierung der präventiven Folter

Mit dem durch die Medien getragenen und in der Gesellschaft stark umwobenen „Fall Daschner“ ist in Deutschland eine Diskussion über mögliche Ausnahmen vom bisherigen absoluten Folterverbot entfacht worden. Während von Befürwortern eine in Ausnahmefällen legale „Rettungsfolter“ vor einigen Jahren noch müde belächelt wurde, ist mittlerweile ein Stand erreicht worden, der zumindest Anlass für eine ernsthafte Diskussion gibt, und sogar einschlägige Kommentierungen des Grundgesetzes<sup>226</sup> über dieses Thema nach sich zieht.<sup>227</sup>

Auch wenn die omnipräsente Angst vor terroristischen Anschlägen und Übergriffen in der Bevölkerung seit Anfang des neuen Jahrtausends nicht mehr wegzudenken scheint, hätte die Lockerung des Folterverbots nach Ansicht von *Bielefeldt* weitreichendere Folgen, als man zunächst denken würde. Angenommen, die neu geschaffene Ermächtigung zur „Präventivfolter“ in einer Ausnahmesituation würde auf weitere Grenzfälle ausgedehnt werden, so würde sich der Grenzbereich der Folteranwendung ebenfalls verschieben und demzu-

---

<sup>224</sup> *Reemtsma*, Folter im Rechtsstaat?, S. 122 f.

<sup>225</sup> Vgl. *Miehe*, NJW 2003, S. 1219 (1220).

<sup>226</sup> Vgl. *Hofmann*, in: Schmidt-Bleibtreu /Hofmann /Hopfau, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 18.

<sup>227</sup> Vgl. *Bielefeldt*, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, S. 59 (60).

folge schleichend ausweiten. Der zugelassene Einzelfall würde als Präzedenzfall sowie als Vergleich für weitere Einzelfälle dienen und diesen Fällen somit einen Erfolg versprechenden Nährboden sowie eine ausreichende Diskussionsgrundlage zur Expansion der Folterverbotsaufhebung verschaffen. *Bielefeldt* spricht hier von einer sog. „Wachstumszone“, in der sich die Trennlinie zwischen legalem und (bis dato) illegalem Handeln unter dem Deckmantel der Gefahrenabwehr weiter ausdehnen würde.<sup>228</sup> Nach dem Wegfall der klaren Grenzlinie bleibt jedoch immer noch die Frage nach der Wahl der anzuwendenden Mittel und deren Intensität. Wie weit *dürfte* man im Falle der legalisierten Folter gehen, um eine Aussage zu erzwingen, und wie weit würde man selber gehen *wollen*, um sein rechtlich zulässiges Handeln vor sich selbst ethisch und moralisch noch rechtfertigen zu können?<sup>229</sup>

#### 4.1.1 Qualität und Intensität der Präventivfolter

Die Legalisierung der Folter impliziert nach Ansicht von *Reemtsma* eine öffentliche Diskussion und Reglementierung über den Grad der angewandten Foltermethoden und deren Grenzen. Wenn es in Zukunft eine rechtlich zulässige Möglichkeit zur Folteranwendung geben soll, so muss ebenfalls definiert werden, ob man dem Beschuldigten unter Umständen auch die „Arme brechen“, ihm „die Fingernägel ausreißen“ oder die „Genitalien zerquetschen“ darf.<sup>230</sup> Es nützt nichts, wenn man dem Festgehaltenen mit solch grauenvollen und menschenverachtenden Methoden droht, wenn die Beamten im Endeffekt doch nicht befugt sind, die Folter in diesem Maße anzuwenden. Kennt der Täter die Grenzen der zulässigen Folter, so wird ihm auch die Drohung mit Schlimmerem keine Angst bereiten und ihn „zum Reden“ bringen.<sup>231</sup>

Auch hier besteht nach Einschätzung des Verfassers der vorliegenden Arbeit die Gefahr der Herausbildung einer wie von *Bielefeldt* bereits beschriebenen Wachstumszone. Ohne die exakte Auflistung erlaubter und verbotener Folter-

---

<sup>228</sup> Vgl. *Bielefeldt*, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, S. 59 (61 f.).

<sup>229</sup> Vgl. *Bielefeldt*, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, S. 59 (62); *Reemtsma*, Folter im Rechtsstaat?, S. 120 ff.

<sup>230</sup> Vgl. *Reemtsma*, Folter im Rechtsstaat?, S. 120 f.

<sup>231</sup> Vgl. *Reemtsma*, Folter im Rechtsstaat?, S. 121.

methoden bestünde die konkrete Gefahr des Ausufers unkontrollierbarer Exzesse. Demzufolge wären klare und bindende Ausführungsbestimmungen unerlässlich und würden aufgrund der Vielfältigkeit aller erdenklichen Mittel den Gesetzgeber vor eine allumfassende, aber auch zwingend notwendige Aufgabe stellen.

Darüber hinaus wird derjenige Täter, bei welchem die Rettungsfolter für zulässig erklärt wurde, von vornherein eine vergleichsweise hohe kriminelle Energie besitzen und sich nach Ansicht von *Trapp* nicht durch eine nach deutschem (Un-)Recht durchgeführte Folter (bzw. „*Rettungsbefragung*“ i. S. v. *Trapp*) einschüchtern lassen. Den Grad und die Intensität der Folter an die Toleranzschwelle des Täters anzugleichen, würde wiederum dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit widersprechen, mögliche Verletzungen und Schäden für den Betroffenen so gering wie möglich zu halten. In dem Fall eines festgehaltenen und zur Aussage gezwungenen Terroristen würde diesem die Potenzierung der schmerzlichen Sanktionen unter Umständen sogar geradezu entgegenkommen, da er sein primäres Ziel der terroristischen Schadenszufügung bei Nichtaussage ohnehin erreichen würde und zugleich durch sein Martyrium dem Staat verdeutlichen könnte, dass selbst ein Abweichen von Verfassungsprinzipien und die Verletzung internationalen Rechts im Kampf gegen den Terrorismus zwecklos sind.<sup>232</sup>

#### **4.1.2 Befürworter einer Ausnahmeregelung**

Im Gegensatz zu den strengen Hütern der Anti-Folterkonventionen spricht sich *Hilgendorf* zwar nicht ausdrücklich für einen radikalen Wegfall des absoluten Folterverbots aus, fordert aber schlichtweg eine subtile Änderung der polizeigetzlichen Regelungen bei Anwendung unmittelbaren Zwanges zur Abgabe einer Erklärung. Demnach solle nach Ansicht von *Hilgendorf* das Verbot der Aussageerzwingung durch Folter immer dann gelockert werden, wenn die Durchführung unmittelbaren Zwanges zur Rettung eines Menschenlebens oder zur Verhinderung schwerer Gesundheitsschäden eines Dritten geboten er-

---

<sup>232</sup> Vgl. *Trapp*, Rettungsfolter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 208.

scheint.<sup>233</sup> Dies stellt für *Hilgendorf* lediglich eine Ergänzung zum bestehenden Folterverbot dar, welche es den Behörden in extremen Ausnahmesituationen ermöglichen soll, von dem absoluten Verbot, eine Aussage unter Anwendung von Zwang zu erlangen, zum Zwecke der Gefahrenabwehr abzuweichen. Auch wenn *Hilgendorf* es für äußerst schwierig hält, in den genannten Situationen zwischen zulässiger Schmerzzufügung unterhalb der Schwelle einer Menschenwürdeverletzung und illegitimer Folter im Sinne eines nicht hinnehmbaren Verstoßes gegen Art. 1 I GG zu unterscheiden, sieht er es trotz alledem als eine durchaus überdenkenswerte Option an, um dem Dilemma des Interessenkonfliktes bei solchen Gefahrenlagen künftig Herr zu werden.<sup>234</sup>

Auch *Brugger* macht sich unmissverständlich für die Legalisierung der Folter stark und fordert ebenso wie *Hilgendorf* die Aufhebung des absoluten Folterverbots in speziell zu prüfenden Ausnahmefällen. Bezogen auf den „ticking bomb“-Fall sieht er das absolute Folterverbot als eine Ungerechtigkeit an. Schließlich seien hunderte Menschenleben durch die tickende Bombe unmittelbar gefährdet und der terroristischen Macht hilflos ausgeliefert. Die Menschen hätten ein durch den Staat und die Verfassung gegebenes Recht auf Schutz ihres Lebens, welches ihnen auch in einem solchen Fall nicht verwehrt werden darf.<sup>235</sup> *Brugger* stellt darüber hinaus Überlegungen an, ob eine Folter in Grenzsituationen nicht schon geboten und gefordert wäre und der als wehrloses Opfer terroristischer Gewalt dastehende unbeteiligte Bürger unter Umständen sogar einen einklagbaren Rechtsanspruch auf die polizeiliche Anwendung der Folter gegen den agierenden Täter hätte.<sup>236</sup> Schließlich seien Grundrechte nicht nur starre Abwehrrechte des Bürgers, sondern hätten darüber hinaus Ausstrahlungswirkung auf das Privatrecht und seien demnach spätestens mit dem „Lüth-Urteil“<sup>237</sup> auch objektive Wertentscheidungen mit bindendem Charakter und staatlicher Orientierungsfunktion<sup>238</sup>, die den Staat dazu verpflichten, aktiv die Rechte der Bürger gegen rechtswidrige Angriffe Dritter zu verteidigen.<sup>239</sup>

---

<sup>233</sup> Vgl. *Hilgendorf*, JZ 2004, S. 331 (338); *Wagenländer*, Zur strafrechtlichen Beurteilung der Rettungsfolter, S. 76, 142, 179.

<sup>234</sup> Vgl. *Hilgendorf*, a. a. O.

<sup>235</sup> Vgl. *Brugger*, JZ 2000, S. 165 (172).

<sup>236</sup> Vgl. *Brugger*, JZ 2000, S. 165 (170 ff.).

<sup>237</sup> BVerfGE 7, 198, 204 f.

<sup>238</sup> Vgl. *Kunig*, in: Münch./Kunig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 1 Rn. 29.

<sup>239</sup> Vgl. *Brugger*, JZ 2000, S. 165 (170).

Der in dem o. g. fiktiven Fall festgenommene Terrorist könnte sich jedoch auf das verfassungsrechtliche spezielle Folterverbot aus Art. 104 I S. 2 GG berufen, welches vorwiegend in Gewahrsam befindliche und den Staatsorganen hilflos ausgelieferte Personen schützen soll. *Brugger* argumentiert, dass das besagte Folterverbot dementsprechend falsch ausgelegt wird, da der Terrorist eben *nicht* hilflos ist, sondern jederzeit durch Preisgabe der nötigen Informationen über die Bombe seine widrige Lage aus eigenen Stücken beenden kann.<sup>240</sup> Dieser Meinung folgt auch *Trapp*, indem er dem Täter in einem solchen „*ticking bomb*“-Szenario jegliches Individualrecht auf Aussageverweigerung oder körperliche Unversehrtheit abspricht und im Falle einer konkreten terroristischen Bedrohung den Schutz der Bürger und die Rettung möglicher Leben dem Recht des Täters auf Schweigen vorziehen würde.<sup>241</sup>

#### 4.1.3 Kritik an der Aufweichung des Folterverbots

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Legalisierung der „*Präventivfolter*“ schwieriger gestalten würde als vorerst angenommen. Zunächst einmal würde die Lockerung des absoluten Folterverbots gegen internationale Menschenrechtskonventionen (z. B. UN-Antifolterkonvention, EMRK, IPbPR) und die Menschenwürdegarantie aus Art. 1 I GG verstoßen. Des Weiteren ist das Folterverbot dem *zwingenden Völkergewohnheitsrecht* (*ius cogens*) zuzuordnen, sodass eine Änderung nur in Ausnahmefällen und durch eine ebenfalls im allgemeinen Völkerrecht verankerte Norm erfolgen kann.<sup>242</sup> Schlussendlich ist es äußerst fraglich, ob die Drohung oder gar Anwendung von Gewalt tatsächlich den gewünschten Erfolg der wahrheitsgemäßen Aussage beim Beschuldigten /Betroffenen hervorrufen kann. Da polizeirechtliche Maßnahmen, wie bereits angesprochen, in der Regel aus der *Ex-ante*-Sicht betrachtet und bewertet werden, wäre ein Misserfolg der beabsichtigten Aussageerzwingung pro tempore nicht weiter tragisch. Jedoch ist der Preis in Form

<sup>240</sup> Vgl. *Brugger*, JZ 2000, S. 165 (169).

<sup>241</sup> Vgl. *Trapp*, in: Ethische und politische Freiheit, S. 447 (463).

<sup>242</sup> Das *ius cogens* ist eine von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannte und respektierte Norm, welche grundsätzlich keine Ausnahmen und Änderungen zulässt. Darüber hinaus werden das „Recht auf Leben“ sowie die „Menschenwürde“ dem *ius cogens* zugeordnet. Vgl. *Herbst*, Die lebensrettende Aussageerzwingung, S. 205, 226 f.

einer Menschenwürdeverletzung als deutlich zu hoch anzusehen, als dass man im Nachhinein ohne die erhoffte und zweckdienliche Aussage des Beschuldigten mit leeren Händen dasteht.

Ein weiterer Aspekt, der gegen eine Legalisierung der verbotenen Vernehmungsmethoden spricht, ist die mögliche Ausweitung der Foltermethoden auf gleich oder minder gelagerte Fälle. Wenn der Gesetzgeber die klare Trennlinie zum absoluten Folterverbot aufhebt und der Damm erst einmal gebrochen ist, werden sich Anwender und Behörden immer wieder auf die Präzedenzfälle berufen und durch einen Vergleich mit ihrem speziellen Fall eine Rechtfertigung in ihrem Tun sehen. Die Grenzen der Anwendbarkeit zwangsweiser Vernehmungsmethoden wären kaum definierbar und würden das hohe Risiko bergen, Folter nicht nur ausnahmslos in sorgfältig geprüften Ausnahmefällen anzuwenden, sondern missbräuchlich auf alle anderen Vernehmungsfälle auszuweiten.

Auch wenn nach Ansicht von *Hecker* eine Legalisierung der Präventivfolter durch die jeweiligen Landesgesetzgeber in den nächsten Jahren als nahezu undenkbar gilt, so stellt eine „schleichende Aufweichung des Folterverbots“ sowie die „Quasi-Ermächtigungsgrundlage“ in Form der Schaffung von Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgründen bei erfolgter Folteranwendung eine durchaus ins Kalkül zu ziehende Überlegung dar.<sup>243</sup> In diesem Zusammenhang verweist *Hecker* jedoch darauf, dass bei den derzeitigen professionellen Vernehmungsmethoden und Qualitätsstandards der Polizei Überlegungen bezüglich möglicher Folteranwendungen fast schon als Reliquien und überholte „Techniken des Mittelalters“<sup>244</sup> angesehen werden müssten. Den Schmerz zum „Prüfstein der Wahrheit“<sup>245</sup> werden zu lassen und ein Geständnis „in den Muskeln und Nerven eines elenden Menschen zu finden“<sup>246</sup>, prangerte *Beccaria* bereits im 18. Jahrhundert an. Heute, gut 250 Jahre später, scheinen solche Gedanken wohl immer noch in den Köpfen mancher Folterbefürworter herumzuspuken, was angesichts der anzunehmenden Weiterentwicklung des *homo sapiens* eher als eine Art der partiellen Involution angesehen werden kann.

---

<sup>243</sup> Vgl. *Hecker*, KJ 2003, S. 210 (214).

<sup>244</sup> *Hecker*, KJ 2003, S. 210 (216).

<sup>245</sup> *Beccaria*, Über Verbrechen und Strafen, S. 82.

<sup>246</sup> *Beccaria*, Über Verbrechen und Strafen, S. 82.



## 4.2 Rettungsschuss „ja“-Rettungsfolter „nein“!?

In § 63 II S. 2 PolG NRW ist niedergeschrieben, dass ein mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirkender Schuss nur dann zulässig ist, soweit er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben ist. Dieser sog. „*finale Rettungsschuss*“, wie es ihn in ähnlicher Form auch in anderen Bundesländern gibt<sup>247</sup>, stellt in den präventiv ausgelegten Polizeigesetzen der Länder die „ultima ratio“ dar, um eine gegenwärtige Gefahr für Leib oder Leben von einem Dritten abzuwenden.

Bis vor einigen Jahren gab es mehrere Bundesländer, die keine spezielle gesetzliche Regelung für die Anwendung des finalen Rettungsschusses hatten, sodass man hier auf die jeweilige Generalklausel des Polizeigesetzes zurückgreifen musste, wollte man den tödlichen Schusswaffengebrauch strafrechtlich rechtfertigen. Mit dem Aufkommen der terroristischen Angriffe, die im Jahr 2005 durch die Anschläge in London letztendlich auch Europa erreicht hatten, entschlossen sich viele Bundesländer zur Novellierung ihres Polizeigesetzes, um somit zur Überwindung einer gewissen Hemmschwelle für das gezielte Töten (in einer Gefahrensituation) eine rechtliche Basis zu schaffen.<sup>248</sup>

In Nordrhein-Westfalen hatte man sich erst mit der Gesetzesänderung vom 09.02.2010<sup>249</sup> dazu entschieden, dem finalen Rettungsschuss eine gesetzliche Grundlage zu geben. Zuvor war diese Art der polizeilichen Lagebewältigung lediglich durch eine Verwaltungsvorschrift (VV 63.22) festgehalten und zudem in den Augen vieler Kritiker als äußerst unzureichend definiert. Die VV 63.22 sprach vornehmlich von „Angriffs- und Fluchtunfähigkeit“, was nach strikter Auslegung eine gezielte Tötung als letztes Mittel zur Abwehr einer unmittelbaren Gefahr für Leib oder Leben verbieten würde. Der Vorbehalt des Gesetzes aus Art. 20 III GG fordert jedoch eine unmissverständliche und klare Regelung, welche nun in § 63 II S. 2 PolG NRW ihre Grundlage gefunden hat.<sup>250</sup> Nach

---

<sup>247</sup> Vgl. § 66 II S. 2 BayPAG (Bayern), § 54 II PolG BW (Baden-Württemberg), § 60 II S. 2 HSOG (Hessen), § 76 II S. 2 Nds.SOG (Niedersachsen), § 64 II S. 2 ThürPAG (Thüringen) u. v. a.

<sup>248</sup> Vgl. *Hübner*, Zulässigkeit des finalen Rettungsschusses und des „finalen Rettungsfolters“, S. 4 f.

<sup>249</sup> Vgl. GV.NRW.2010, S. 132.

<sup>250</sup> Vgl. *Tetsch/Baldarelli*, Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 972.

Auffassung von *Tetsch /Baldarelli* ist es in diesem Zusammenhang durchweg unverständlich, dass sich der Gesetzgeber für die Regelung der eingriffsintensivsten polizeilichen Maßnahme so lange Zeit gelassen hat und im Gegensatz dazu einer vergleichsweise milderen Maßnahme wie der Befragung nach § 9 PolG NRW von vornherein eine bis ins kleinste Detail ausgearbeitete gesetzliche Basis gegeben hat.<sup>251</sup>

Wo ist nun der Unterschied, wenn ein Polizist dem Geiselnnehmer ins Bein schießt, damit dieser von der Geisel ablässt (*vis absoluta*), oder man dem Täter ins Bein schießt, um durch Zwang den geheimen Aufenthaltsort der entführten Geisel zu erfahren (*vis compulsiva*)<sup>252</sup>, da der Geiselnnehmer zu dieser Zeit unweigerlich die einzige Person ist, welche in jener akuten Gefährdungslage die lebensrettenden Informationen über den Verbleib des Opfers besitzt. Nach *Gebauer* gibt es in diesem Fall keinen wirklichen Unterschied zwischen absoluter und zwingender Gewalt, da der körperliche Eingriff derselbe ist und in beiden Situationen der Wille des Täters zum Schutze des Opfers gebrochen wird.<sup>253</sup> Nach Einschätzung von *Trapp* kann die Mehrheit der von der Jurisprudenz behafteten Wissenschaftler diese Meinung jedoch nicht teilen und verweist auf zwei wesentliche Unterschiede zwischen der nach *Trapp* bezeichneten „selbstverschuldeten Rettungsbefragung (SRB)“ und dem „selbstverschuldeten Rettungsschuß [sic!] (SRS)“<sup>254</sup>. Zunächst ist aus verfassungsrechtlicher Sicht die SRB im Vergleich zum SRS ein amtlicher Folterakt im Sinne des § 136a StPO, sodass die Würde des Menschen als ein höherwertiges Rechtsgut eingestuft werden muss, als der bei dem SRS mögliche Eingriff in das Recht des Täters auf Leben. Darüber hinaus kann strafrechtlich argumentiert werden, dass man als Rechtfertigung für den SRS durchaus die Notwehr /Nothilfe (§ 32 StGB) heranziehen kann, eine analoge Anwendung der Legitimierung auf die SRB in einem solchen Fall jedoch als unbrauchbar einzustufen sei, da es hier nach Meinung von *Trapp* an der nach § 32 StGB geforderten konkreten Ge-

---

<sup>251</sup> Vgl. *Tetsch /Baldarelli*, Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, S. 972.

<sup>252</sup> Vgl. *Gebauer*, NVwZ 2004, S. 1405 (1407); *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 83.

<sup>253</sup> Vgl. *Gebauer*, NVwZ 2004, S. 1405 (1407 f.).

<sup>254</sup> *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 83.

genwärtigkeit zur Abwehr eines rechtswidrigen Angriffs mangelt.<sup>255</sup>

Zudem ist es nach *Brugger* äußerst fragwürdig, ob ein strafrechtlicher Rechtfertigungsgrund wie die Nothilfe als Befugnis für ein (rechtswidriges) Amtshandeln (hier: Folteranwendung) missbraucht werden darf. Des Weiteren würde die Notwehr hinter das speziellere Verbot aus Art. 104 I S. 2 GG sowie den ebenfalls als vorrangig zu betrachtenden Normen des internationalen Rechts (Art. 5 AEMR, Art. 3, 15 EMRK, Art. 4 EU-Grundrechtecharta, Art. 7 IPbPR [Zivilpakt]<sup>256</sup> etc.) zurücktreten.<sup>257</sup> Nach Einschätzung von *Hofmann* ist der finale Rettungsschuss aus verfassungsrechtlicher Sicht als durchaus legitim anzusehen, da im Prinzip „nur“ das Recht auf Leben des Täters verletzt wird, ein Eingriff aufgrund des Gesetzesvorbehalts aus Art. 2 II S. 3 GG gerechtfertigt wäre und die Würde aus Art. 1 I GG im Vergleich zur „*Rettungsfolter*“ nicht tangiert würde.<sup>258</sup>

Nach Ansicht des Verfassers der vorliegenden Arbeit ist es moralisch zunächst unverständlich, dass der Geiselnnehmer in bestimmten Situationen zwar getötet werden darf, ihm jedoch in keiner Phase der Lage Schmerzen und Leid angedroht werden dürfen, um ihn zur Abgabe einer Erklärung zu zwingen. Aus verfassungsrechtlicher Sicht besteht jedoch kein Zweifel daran, dass eine Menschenwürdeverletzung das höchste Gut unseres Rechtsstaates darstellt und dem Recht auf Leben übergeordnet ist.

*Gebauer* geht noch einen Schritt weiter und führt an, dass eine angedrohte Folter (vgl. „*Fall Daschner*“) nicht nur gegen geltendes Recht verstoßen würde, sondern in ihrer Form auch kein geeignetes Mittel zur Erreichung des Zieles (hier: Befreiung des Opfers) sei. Wer gibt den vernehmenden Beamten die Gewissheit, dass der Täter nach erfolgter Folter(-androhung) den Aufenthaltsort des entführten Kindes preisgeben wird? Im schlimmsten Fall und bei unzu-

---

<sup>255</sup> Vgl. *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 83 f. *Wagenländer* stuft die Gegenwärtigkeit des Angriffs hingegen als erfüllt ein, da es sich bei einer solchen Geisellage um ein Dauerdelikt handeln würde, und durch Aufrechterhaltung der bedrohlichen Lage dem Opfer fortlaufend neuer Schaden zugefügt wird. Vgl. *Wagenländer*, Zur strafrechtlichen Beurteilung der Rettungsfolter, S. 117.

<sup>256</sup> „Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ (IPbPR), vgl. *Wagenländer*, Zur strafrechtlichen Beurteilung der Rettungsfolter, S. 171; *Gebauer*, NVwZ 2004, S. 1405 (1406).

<sup>257</sup> Vgl. *Brugger*, JZ 2000, S. 165 (168); *Wittreck*, DÖV 2003, S. 873 (875).

<sup>258</sup> Vgl. *Hofmann*, in: Schmidt-Bleibtreu /Hofmann /Hopfauf, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 1 Rn. 8.

reichender polizeilicher Recherchearbeit hätte die Folteranwendung demnach sogar eine unschuldige Person treffen können, die der Qual zu Unrecht ausgesetzt wurde.<sup>259</sup> Diese letzte Argumentation lässt *Trapp* jedoch so nicht stehen und argumentiert, dass sich eine *Ex-post*-Sicht der SRB immer als „verfehlte staatliche Maßnahme herausstellen kann“<sup>260</sup>, dies jedoch bei analoger Betrachtung auch jegliche Polizei- und Rettungseinsätze verbieten würde, da diese im Nachhinein alle ihr Ziel im ungünstigsten Fall verfehlen *können*.<sup>261</sup>

Einer weiterführenden Sichtweise *Gebauers* in Bezug auf die Tauglichkeit einer SRB stimmt der Autor der hiesigen Arbeit vollkommen zu. *Gebauer* merkt an, dass man in der Vergangenheit kaum Fälle finden wird, in denen durch die Anwendung von Folter tatsächlich Leben gerettet wurden, die man auf andere Weise nicht hätte retten können. Demzufolge hätte die Folter in der Geschichte vermehrt Unschuldige sowie Personen getroffen, bei denen die Folter als „sinnlos“<sup>262</sup> umschrieben werden konnte. *Trapp* führt in diesem Zusammenhang richtigerweise an, dass man die in der jüngsten Vergangenheit geschehenen Rettungsbefragungen (vgl. „*Fall Daschner*“) nicht mit historischen Folterakten vergleichen darf, die vorzugsweise erst gar nicht den Sinn und das Ziel hatten, Menschenleben zu retten.<sup>263</sup>

#### 4.3 Folgen und Auswirkungen für den Rechtsstaat

Das absolute Folterverbot aufzuheben oder zumindest zugunsten der Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben zu lockern, erscheint aus moralischer Sicht zunächst als nicht verwerflich, wenn eine gründliche Abwägung beider Interessen und Güter vorgenommen wurde. Doch wie man die Sache auch dreht, eine aktive Verletzung der Menschenwürde seitens des Staates wird bei Anwendung von Foltermethoden im Rahmen einer Aussageerzwingung zwangsläufig immer Beiwerk einer solchen Situation bleiben.

---

<sup>259</sup> Vgl. *Gebauer*, NVwZ 2004, S. 1405 (1408).

<sup>260</sup> *Trapp*, Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 97.

<sup>261</sup> Vgl. *Wagenländer*, Zur strafrechtlichen Beurteilung der Rettungsfolter, S. 42 f.

<sup>262</sup> *Gebauer*, NVwZ 2004, S. 1405 (1408).

<sup>263</sup> Vgl. *Trapp*, Rettungsfolter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, S. 98, 218.

Die Missachtung des Art. 1 I GG ist im Falle einer Folteranwendung als besonders verwerflich einzustufen, da sie nach *Bielefeldt* darauf abzielt, den freien Willen des Beschuldigten zu brechen und ihm durch die Verdinglichung seinen Subjektcharakter nimmt. Der Mensch wird hier auf ein „*hilfloses Bündel von Schmerz, Angst und Scham reduziert*“<sup>264</sup> und „*als Mittel zur Informationsgewinnung, Einschüchterung oder Demoralisierung*“<sup>265</sup> missbraucht. Er wird durch seine Funktionalisierung auf eine Quelle möglicher Informationen beschränkt und fortan nicht mehr als Träger von Rechten angesehen.<sup>266</sup>

Durch die Würdeverletzung des Beschuldigten sei zugleich die eigene Würde der Folterer verletzt und der Staat würde den Anspruch auf die Achtung jener fundamentalen und hochangesehenen Menschenwürde rigoros freigeben.<sup>267</sup> *Bielefeldt* sieht in dem Schutz und der Achtung des Art. 1 I GG mehr als nur eine Norm. Für ihn bildet die Menschenwürde das Fundament rechtlicher und moralischer Normen überhaupt und somit das Grundgerüst des Staates. Durch den Wegfall des Folterverbots käme es zu einem „*Dammbruch*“<sup>268</sup> und der Erschaffung eines „*rechtsstaatlichen Niemandslandes*“<sup>269</sup>, in welchem es schwer würde, staatlicher Willkür im Ganzen entgegenzutreten, wo doch durch die Missachtung der Menschenwürde der Basis rechtsstaatlicher Prinzipien ihr wichtigster Pfeiler entzogen würde.

Zudem ist nach Auffassung von *Reemtsma* die Rechtsfähigkeit des Bürgers überhaupt erst eine der Voraussetzungen für die Bildung und den Erhalt eines Rechtsstaates. Wenn der Bürger fortan nicht mehr als Rechtssubjekt gesehen wird, kann im Ausnahmefall das autonome Individuum ganz oder teilweise zerstört werden. Auch wenn der Rechtsstaat den Bürger in seinen Rechten mehr oder minder stark einschränken darf, so muss für den Einzelnen dennoch ein Rest an Handlungsspielraum offen und die Garantie erhalten bleiben, seitens des Staates keinerlei Handlungen unterjocht zu werden, die den individuellen Willen brechen, und den mündigen Bürger zum Objekt degradie-

---

<sup>264</sup> *Bielefeldt*, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, S. 59 (63).

<sup>265</sup> *Bielefeldt*, a. a. O.

<sup>266</sup> Vgl. *Hassemer*, in: Rechtsstaat und Menschenwürde – FS Maihofer, S. 183 (202).

<sup>267</sup> Vgl. *Bielefeldt*, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, S. 59 (63).

<sup>268</sup> *Bielefeldt*, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, S. 59 (64).

<sup>269</sup> *Bielefeldt*, a. a. O.

ren.<sup>270</sup>

In den Augen des Verfassers der zugrundeliegenden Arbeit hat der Staat keine andere Möglichkeit, als am absoluten Folterverbot festzuhalten. Bei einer Lockerung des Verbots in Ausnahmesituationen der Gefahrenabwehr wäre ein solches Szenario aus menschlicher und ethischer Sicht zwar denkbar und auch vertretbar, Leidtragende wären hier aber ganz eindeutig der Staat und die Verfassung an sich. Der Staat würde an Glaubwürdigkeit verlieren, da er seine im Grundgesetz manifestierten Wertvorstellungen und Prinzipien bewusst missachten würde. Zudem wäre Deutschland in einer äußerst ungünstigen Lage, um Missstände und Folterpraktiken anderer Staaten anzuprangern, wenn die Bundesrepublik sich nicht einmal selbst an ihre eigenen Gesetze halten und gegen geltendes (internationales) Recht verstoßen würde. Das Vertrauen dahingehend, sich für Menschenrechte einzusetzen, den Schutz dieser an oberster Stelle zu platzieren und sich politische Leitlinien des deutschen Staates anzueignen, würde durch die inkonsequente Art einer Lockerung des absoluten Folterverbots möglicherweise verloren gehen.

Es mag außergewöhnliche Fallkonstellationen geben, in denen sich der Staat unter Umständen gegen die strikte Einhaltung seiner Gesetze stellt und zugunsten eines höheren Gutes im Sinne der Allgemeinheit entscheiden *muss*. In dem Fall einer solchen Staatsräson, wo sich der Staat selbst nicht mehr treu zu sein scheint und zuvor anerkannte Normen und Werte offensichtlich ihre Gültigkeit verloren haben, wäre die partielle Aufhebung des Folterverbots zumindest eine denkbare Option. Da es sich jedoch meist um Einzelschicksale wie im „*Fall Daschner*“ handelt und ein „*ticking bomb*“-Szenario bis dato lediglich fiktiver Natur ist, wäre der Zustand einer Staatsräson bei Weitem nicht erreicht. Hier läge die Gefahr für den Staat nämlich geradezu darin, den Verstoß gegen das absolute Folterverbot und die Missachtung verfassungsrechtlicher Maxime in die Tat umzusetzen, auf die „*schiefe Ebene*“<sup>271</sup> zu gelangen und dadurch den Erhalt des Ganzen auf einen Schlag zu gefährden.

---

<sup>270</sup> Vgl. *Reemtsma*, Folter im Rechtsstaat?, S. 125 f.; *Hetzer*, in: *Kriminalistik* 2006, S. 148 (158).

<sup>271</sup> *Gebauer*, NVwZ 2004, S. 1405 (1409).

Die Menschenwürdegarantie muss unter allen Umständen gewahrt bleiben, um den Erhalt des demokratischen Rechtsstaates nicht zu gefährden.

*„Haben diejenigen, die die Terroristen unterstützen, überhaupt noch nicht begriffen, was eine demokratische Lebensordnung ist, so haben diejenigen, die auf der menschlichen Würde auch des Terroristen bestehen, die Demokratie zu Ende gedacht.“<sup>272</sup>*

Dies waren die Worte des ehemaligen Bundespräsidenten *Walter Scheel* anlässlich einer Gedenkrede für den 1977 von RAF-Terroristen ermordeten *Hans Martin Schleyer*.<sup>273</sup>

Durch diesen Gedanken wird einmal mehr deutlich, dass, wie grauenvoll und verwerflich eine Tat auch sein mag, man stets an seinen Prinzipien festhalten und ungeachtet des Strafmaßes die Würde des Täters unter allen Umständen aufrechterhalten sollte, um am Ende nicht selbst als „Täter“ dazustehen.

---

<sup>272</sup> *Prantl*, „Staat oder Leben“, S. 4.

<sup>273</sup> Vgl. *BVerfG*, Urt. v. 16.10.1977 – 1 BvQ 5/77 (JZ 1977, S. 750 f.).



## 5. Die Verhütung von Folter

Verstöße gegen das Folterverbot sowie die Verletzung gleichgelagerter Menschenrechte *ex post facto* zu sanktionieren, ist eine Sache. Diese jedoch in ihrer beginnenden Entwicklung geradewegs zu stören und gar nicht erst entstehen zu lassen, beschreibt ein völlig anderes Aufgabenfeld, welches jedoch auf nationaler sowie internationaler Ebene zunehmend an Bedeutung gewinnt. Angesichts des weltweiten und fortwährenden Bestehens von Folterhandlungen und Missständen in Bezug auf menschenunwürdige Behandlung haben es sich vielen Staaten(-gemeinschaften) zum Ziel gesetzt, konsequent und wirkungsvoll auf dem Sektor der Folterprävention ihre Arbeit aufzunehmen und dort nachhaltig Fuß zu fassen.

Mit der bereits in der Einleitung näher erläuterten *UN-Antifolterkonvention* von 1984 (CAT), dem dazugehörigen und ergänzenden *Fakultativprotokoll* aus dem Jahre 2002 (OPCAT) sowie dem im Jahre 1987 auf europäischer Ebene verabschiedeten *Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe* (ECPT) wurden die Grundsteine für eine internationale Antifolter-Strategie gelegt.<sup>274</sup> Auf der Basis des erwähnten *UN-Zusatzprotokolls* wurde im Jahre 2008 auch auf Bundesebene, nach erfolgter Ratifizierung durch die Regierung, ein *nationaler Präventionsmechanismus* (NPM) in Form der *Bundesstelle zur Verhütung von Folter* eingerichtet. Der deutsche NPM hat wiederum ein Jahr später eine weitere nationale Organisation, die *Länderkommission zur Verhütung von Folter*, per Staatsvertrag ins Leben gerufen, welche gemeinsam mit der Bundesstelle die *Nationale Stelle zur Verhütung von Folter* bildet. Beide Stellen arbeiten eng zusammen, unterstützen sich gegenseitig und stimmen ihre geplanten Haftbesuche bestmöglich aufeinander ab.<sup>275</sup>

---

<sup>274</sup> Vgl. S. 12 f.

<sup>275</sup> Vgl. Zimmermann, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 9 (10); Geiger, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 121 (123 f.).



## 5.1 Organisationen im Kampf gegen die Folter

Konventionen, Übereinkommen oder ähnliche Staatsverträge über die Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung bilden zwar die rechtliche Grundlage einer internationalen Antifolter-Politik, können aber aufgrund ihrer meist fehlenden Sanktionsmöglichkeiten und der oft nicht vorhandenen und direkten Unterstützung der freiheitsentziehenden Institutionen nicht aktiv an der Verbesserung der misslichen Umstände mitwirken. Demzufolge ist es unerlässlich, auf der Grundlage solcher Konventionen ein Besuchssystem zu entwickeln, welches in Gestalt einer ausgewählten Kommission die entsprechenden Haftorte in Bezug auf mögliche unmenschliche Umstände persönlich untersucht und bei entsprechenden Kritikpunkten gegenüber der jeweiligen Institution, ihrem Personal oder den örtlichen Gegebenheiten unmittelbare Verbesserungsvorschläge aufzeigt und unkomplizierte Hilfe bei der Umsetzung der geforderten Projekte leistet.<sup>276</sup>

### 5.1.1 APT

Auf europäischer Ebene hat die mit Hauptsitz in Genf und bereits seit Ende der 1970er Jahre agierende und durch *Jean-Jacques Gautier* gegründete *schweizerische Vereinigung für die Verhütung der Folter*, kurz *APT*<sup>277</sup>, die Basis für die Arbeit der internationalen Folterprävention geschaffen. Im Gegensatz zu anderen NGOs<sup>278</sup> hat sich die regierungsunabhängige *APT* rein auf die Prävention der Folter beschränkt. Sie möchte nicht wie vergleichbare Institutionen denunzieren und Missstände pressewirksam aufdecken, sondern nutzt ihre Ressourcen einzig und allein zur Kooperation mit anderen Regierungen, den Vereinten Nationen oder entsprechenden Einrichtungen und Institutionen auf dem Folterpräventionssektor.<sup>279</sup> Die *APT* hat es sich zum Ziel gemacht, mög-

---

<sup>276</sup> Vgl. Art. 1 OPCAT.

<sup>277</sup> „Association for the prevention of torture“ (*APT*), früher auch als „Schweizerisches Komitee gegen die Folter“ bezeichnet, vgl. *APT.ch*, History of the APT.

<sup>278</sup> „Non-governmental organization“ (*NGO*) – Nichtregierungsorganisation, vgl. *Bank /Kashgar*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 29 (35).

<sup>279</sup> *APT.ch*, Why does the APT not denounce states that practice torture?

lichst viele Staaten zur Ratifizierung des UN-Zusatzprotokolls zu bewegen und in diesem Zusammenhang den besagten Staaten beim Aufbau nationaler Präventionsmechanismen, wie sie das *OPCAT* zwingend fordert, beratend zur Seite zu stehen.<sup>280</sup>

Zudem unterstützt die schweizerische Vereinigung das Subkomitee der Vereinten Nationen (*SPT*) bei ihrer Arbeit im Kampf gegen die Folter.<sup>281</sup> Darüber hinaus war die *APT* jene Organisation, welche sich als erste ihrer Art für ein globales Komitee kontinuierlicher Haftbesuche einsetzte und nach vielen Bemühungen schließlich den Grundstein für die im Jahr 1987 von allen damaligen Mitgliedern des Europarates ratifizierte *ECPT* legte, welche wiederum mit dem *europäischen Komitee zur Verhütung von Folter (CPT)* ein solch gleichgelagertes System gründete.<sup>282</sup>

### 5.1.2 CPT

Auf der Grundlage der *europäischen Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung (ECPT)*<sup>283</sup> wurde ein Komitee gegründet, welches sich zur Aufgabe gemacht hat, in gewissen Abständen solche Orte aufzusuchen, an denen Personen die Freiheit entzogen wurde und Gefahr laufen, einer menschenunwürdigen Behandlung ausgesetzt zu sein.<sup>284</sup> Das System zielt nicht auf eine Sanktionierung der betroffenen Einrichtung ab, sondern soll in erster Linie die Kooperation zwischen dem Komitee und der besuchten Haftstelle fördern und die jeweiligen Inhaftierten vor Folter schützen.<sup>285</sup>

Das *Komitee zur Verhütung von Folter (CPT)*<sup>286</sup> besteht aus einem Team unabhängiger Fachkräfte verschiedenster Branchen. Das *CPT*, welches vom Ministerkomitee des Europarates für die Amtsdauer von vier Jahren gewählt

---

<sup>280</sup> Vgl. *APT.ch*, What we do.

<sup>281</sup> Vgl. *APT.ch*, What does the SPT do?

<sup>282</sup> Vgl. *APT.ch*, History of the APT.

<sup>283</sup> Vgl. S. 12.

<sup>284</sup> Vgl. *Feest /Wolters*, Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, S. 11; *Morgan /Evans*, Bekämpfung der Folter in Europa, S. 6.

<sup>285</sup> Vgl. *Alleweldt*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 17 (24).

<sup>286</sup> Vgl. S. 12.

wird, setzt sich sowohl aus Juristen als auch aus Teilen der Polizei, Justiz sowie der Medizin zusammen.<sup>287</sup>

Neben „klassischen“ Gefängnissen werden vom Komitee auch Gewahrsams- und Haftbereiche der Polizei, psychiatrische Kliniken, sowie Asylbewerberheime, Flüchtlingsunterkünfte, Jugendstrafanstalten oder neuerdings auch Seniorenheime inspiziert.<sup>288</sup> Jeder der annähernd 50 Vertragsstaaten der *ECPT* sollte bestenfalls und periodisch ca. alle vier Jahre besucht werden. Neben den regelmäßigen und im Vorfeld angekündigten Delegationsreisen kann es optional zu sog. unangemeldeten „Ad-hoc“-Besuchen kommen, um einen zuvor erkannten Missstand und die damit einhergehende empfohlene Beseitigung im Nachgang zu „kontrollieren“.<sup>289</sup> Auch hier scheint es in Anlehnung an *Alleweldts* Vorbemerkungen<sup>290</sup> seitens des *CPT* nicht beabsichtigt zu sein, die bemängelte Institution an den Pranger zu stellen, sondern dieser vielmehr im Falle einer Nichtbefolgung der vom Komitee ausgesprochenen Empfehlung erneut ins Gewissen zu reden und den beklagten Zustand zu beseitigen.

Im Rahmen der Besuche haben sich die Vertragsstaaten darauf geeinigt, dass dem *CPT* freien und uneingeschränkten Zugang zu allen Haftorten gewährt wird und die Mitglieder des Komitees ungehindert mit dem Personal sowie den Inhaftierten sprechen können.<sup>291</sup> Hier besteht jedoch teilweise die Gefahr, dass klagende Insassen nach Beendigung des Besuches des *CPT* unter Umständen mit schweren Folgen und Sanktionen seitens der Einrichtung zu rechnen haben.<sup>292</sup> Auch wenn es vertraglich festgehalten ist, dass die besuchten Institutionen den inhaftierten Personen nach Gesprächen mit dem *CPT* keinerlei Repressalien auferlegen dürfen, kontrolliert das Komitee auf die gleiche Weise wie bei der Kontrolle bezüglich der empfohlenen und abzustellenden Missstände auch in Fällen des vermuteten Insassenmissbrauchs unmittelbar nach dem ersten Besuch durch einen in kurzem Abstand folgenden zweiten Besuch, ob es zu solch einem menschenverachtenden Verstoß gegen die Konvention gekom-

---

<sup>287</sup> Vgl. *Heinz*, in: *Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem*, S. 81 (85 f.).

<sup>288</sup> Vgl. *Heinz*, in: *Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem*, S. 81 (86).

<sup>289</sup> Vgl. *Heinz*, in: *Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem*, S. 81 (87 f.); *Evans /Morgan*, *Preventing Torture*, S. 166 f.

<sup>290</sup> Vgl. *Alleweldt*, in: *Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem*, S. 17 (24).

<sup>291</sup> Vgl. *Heinz*, in: *Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem*, S. 81 (88).

<sup>292</sup> Vgl. *Nowak*, in: *Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem*, S. 71 (74 ff.).

men ist.<sup>293</sup>

Im Nachgang an die durchgeführten Besuche stehen Gespräche mit dem führenden Personal der entsprechenden Einrichtung sowie den zuständigen Ministerien an, in denen es primär darum geht, Empfehlungen und Verbesserungsvorschläge auszusprechen.<sup>294</sup> Neben den obligatorischen Kontrollen der Haftorte können aufgrund der Besuche durch die Kommissionen auch etwaige strukturelle Schwächen der jeweiligen Einrichtung ans Licht gebracht werden (Gefängnisüberbelegung, Überbelastung des Personals etc.), die eine menschenunwürdige Unterbringung auf Dauer begünstigen würden.<sup>295</sup> All dies wird von den Mitgliedern des *CPT* zusammenfassend in einem vertraulichen Bericht an die betroffene Stelle niedergeschrieben und bei Zustimmung der besuchten Einrichtung in Kombination mit deren Stellungnahme veröffentlicht.<sup>296</sup>

Kommt es jedoch trotz wiederholter Besuche und dringlicher Empfehlungen seitens des *CPT* zu keiner erkennbaren Verbesserung der beklagten Umstände und werden mögliche Hilfestellungen nicht angenommen oder umgesetzt, so sieht sich das *CPT* dazu verpflichtet, öffentliche Erklärungen über derartige Missstände abzugeben.<sup>297</sup> Dies kann nach Ansicht von *Alleweldt* unweigerlich zu einer Missgunst im eigenen Land sowie auf internationaler Ebene zu einem gestörten politischen Verhältnis zu anderen Staaten führen. Aus diesem Grund spricht *Alleweldt* den Präventionsmechanismen ein ungeheures Druckpotential zu, was es seiner Ansicht nach viel öfter und bewusster durch das *CPT* einzusetzen gilt.<sup>298</sup> Von der Möglichkeit einer Berichtsveröffentlichung wurde jedoch erst wenige Male Gebrauch gemacht. Wie *Alleweldt* es erwähntermäßen umschrieben hat, ist der politische Druck für den betroffenen Staat meist so groß, dass die kritisierten Einrichtungen bereits im Vorfeld das Gespräch mit

---

<sup>293</sup> Vgl. *Nowak*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 71 (74 ff.).

<sup>294</sup> Vgl. *Heinz*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 81 (88).

<sup>295</sup> Vgl. *Zimmermann*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 9 (13).

<sup>296</sup> Vgl. *Heinz*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 81 (88); *Morgan /Evans*, Bekämpfung der Folter in Europa, S. 31; Besuchsberichte des *CPT* sind einzusehen unter: [www.cpt.coe.int](http://www.cpt.coe.int) (vgl. *Heinz*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 81 [82]).

<sup>297</sup> Voraussetzung der öffentlichen Erklärung ist eine den jeweiligen Missstand nicht tolerierende Zweidrittelmehrheit der *CPT*-Mitglieder. Vgl. *Heinz*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 81 (96).

<sup>298</sup> Vgl. *Alleweldt*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 17 (26 f.).

dem *CPT* suchen und dessen Empfehlungen befolgen.<sup>299</sup>

### 5.1.3 *SPT* und *NPM*

So wie auf europäischer Ebene das *CPT* gegründet würde, wollte die *UN* für ihre Organisation ein vergleichbares Komitee zur Verhinderung von Folter schaffen. Mit Inkrafttreten des *UN-Zusatzprotokolls* im Jahre 2006 (Ratifizierung durch erste Mitgliedsstaaten bereits Ende des Jahres 2002), sah das *OPCAT* in Art. 2 vor, dass ein Unterausschuss für Prävention gebildet wird, der im Folgenden als *Subkomitee für die Verhinderung von Folter (SPT)*<sup>300</sup> bezeichnet wird. Das *SPT* hat im Wesentlichen die gleichen Aufgaben wie das *CPT* und besucht in regelmäßigen Abständen die Orte, an denen Personen von staatlicher Seite aus festgehalten und ihrer Freiheit beraubt wurden. Bei den 25 Mitgliedern des Unterausschusses sollen zudem die geografische Verteilung der Herkunftsländer, ein ausgewogenes Verhältnis beider Geschlechter, die unterschiedlichen Kulturen sowie die Repräsentativität der verschiedenen Rechtssysteme berücksichtigt werden.<sup>301</sup>

Eines der größten Probleme im Zusammenhang mit jenen Delegationsbesuchen mag die Umsetzung der empfohlenen Verbesserungsvorschläge sein. Viele der besuchten Staaten verfügen bei Weitem nicht über die nötigen finanziellen Mittel, um den Forderungen des Unterausschusses nachzukommen. An Orten wo Armut und Hunger vorherrschend sind, wird notgedrungen ermaßen kaum Geld für die erforderlichen Umbauten der Haftanstalten vorhanden sein, sodass an dieser Stelle ein von der *UN* finanzierter Spezialfonds eingerichtet wurde, welcher die betroffenen Staaten bei ihren Projekten unterstützen soll.<sup>302</sup>

Neben der Initiierung des genannten *SPT* hat das Zusatzprotokoll gleicher-

<sup>299</sup> Vgl. *Heinz*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 81 (96).

<sup>300</sup> „*Subcommittee on prevention of torture (SPT)*“. Vgl. *Geiger*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 121 (123); *Bank /Kashgar*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 29 (61); siehe auch: *OHCHR.org*, Optional protocol to the prevention of torture (OPCAT) – Subcommittee on prevention of torture.

<sup>301</sup> Vgl. *Bank /Kashgar*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 29 (61 f.).

<sup>302</sup> Vgl. *APT.ch*, OPCAT Special Fund.

maßen dafür gesorgt, dass jeder Staat, welcher das *OPCAT* ratifiziert hat, sich ebenfalls zur Bildung nationaler Präventionsmechanismen (*NPM*) verpflichtet und auf innerstaatlicher Ebene die Arbeit des *SPT* fortsetzt und ergänzt.<sup>303</sup> Das *SPT* hat dabei wiederum die Aufgabe, allen als Vertragspartner anzusehenden Staaten bei der Einrichtung jener nationalen Mechanismen unterstützend zur Seite zu stehen. Im Zuge dieser Beratertätigkeit soll der unmittelbare Kontakt des *SPT* zu den *NPM* dauerhaft gehalten und den jeweiligen Staaten konstruktive Verbesserungsvorschläge /Empfehlungen in Bezug auf die Gestaltung und Strukturierung ihrer nationalen Präventionseinrichtungen ausgesprochen werden<sup>304</sup>. Durch dieses neuartige Instrument des „doppelten Besuchsmechanismus“ (international sowie national) wird das Bestreben der flächendeckenden Besuche von Haftorten seit dem Jahre 2008 ständig vervielfältigt und ausgedehnt.<sup>305</sup> In welcher Form (Ombudsmann, *NGO* etc.) die einzelnen Staaten ihre *NPMs* gestalten, bleibt ihnen selbst überlassen, sodass die verschiedenen Regierungen entweder auf bereits bestehende und bewährte Präventionsstrukturen zurückgreifen oder aber neu geschaffene Einrichtungen gegründet werden.<sup>306</sup>

In Deutschland ist der nationale Präventionsmechanismus zweigeteilt.<sup>307</sup> Zum einen gibt es die seit dem Jahre 2008 eingerichtete *Bundesstelle zur Verhütung von Folter* mit Sitz in Wiesbaden, zum anderen existiert die ein Jahr später gegründete *Länderkommission zur Verhütung von Folter*, die im Jahr 2010 schließlich ihre Arbeit aufgenommen hat.<sup>308</sup> Alle Hafteinrichtungen, die in den Zuständigkeitsbereich der Bundesbehörde fallen (Bundespolizei, Bundeswehr und Zoll), werden demnach durch letztere betreut und inspiziert, wobei die Gewahrsamseinrichtungen der Länder (Landespolizei, Justizanstalten, psychiatrische Heilanstalten etc.) folglich der Kompetenz der Länderkommission

<sup>303</sup> Vgl. *Bank /Kashgar*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 29 (61); *Hof /Mohsen*, MschrKrim 2012, S. 294; Art. 3 *OPCAT*.

<sup>304</sup> Vgl. *Bank /Kashgar*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 29 (62).

<sup>305</sup> Vgl. *Geiger*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 121 (123).

<sup>306</sup> Vgl. *Mona*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 103.

<sup>307</sup> Organisatorisch angegliedert an die Kriminologische Zentralstelle e. V. (KrimZ) in Wiesbaden, eine Forschungs- und Dokumentationsstelle des Bundes und der Länder. Vgl. *Lange-Lehngut*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 113 (114); *Nationale Stelle zur Verhütung von Folter*, Jahresbericht 2010 /2011, S. 12.

<sup>308</sup> Vgl. *Lange-Lehngut*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 113; *Hof /Mohsen*, MschrKrim 2012, S. 294 f.; auch: <http://www.nationale-stelle.de/>.

unterstellt sind.<sup>309</sup> Da Bundesstelle und Länderkommission nicht einmal über eine Handvoll Mitarbeiter verfügen (wovon ein Teil sogar ausschließlich ehrenamtlich tätig ist) und die bestehenden Haushaltsmittel sehr beschränkt sind, ist eine zufriedenstellende Anzahl an Besuchen aller in Deutschland bestehenden Orte der Freiheitsentziehung nahezu unmöglich.<sup>310</sup> Nachdem das *CPT* bereits seine Kritik an der Umsetzung des deutschen *NPM* kundgetan hat, räumte die Bundesstelle in ihrem Jahresbericht 2010 /2011 ebenfalls ein, dass der gesetzliche Auftrag im Sinne des *OPCAT* mit den derzeitigen personellen und finanziellen Mitteln nicht erfüllt werden kann.<sup>311</sup> Neben dem Aufgabengebiet der reinen Folterprophylaxe merkt der seit der Gründung im Jahre 2008 als ehrenamtlicher Leiter der Bundesstelle zur Verhütung von Folter eingesetzte *Lange-Lehngut* an, dass die Nationale Stelle trotz ihrer defizitären Haushaltslage durchaus auch als Vorbildfunktion dienen und zum angestrebten Standard für andere Staaten in Bezug auf eine menschenrechtskonforme Gestaltung ihres Umgangs mit inhaftierten Personen werden kann.<sup>312</sup>

## 5.2 Präventionsmechanismen und ihre Wirkung

Angesichts der Vielzahl der auf unterschiedlichsten Ebenen neu ins Leben gerufenen Präventionsmechanismen kommt es zwangsläufig auch zu Überschneidungen der besuchten Haftorte durch nationale und internationale Komitees. In solchen Fällen sollten sich die involvierten Instanzen jedoch untereinander besser austauschen, um nicht Gefahr zu laufen, der betroffenen Institution verschiedenartige Empfehlungen und Handlungsanweisungen auszusprechen.<sup>313</sup> Dies könnte zur Verwirrung aller Beteiligten beitragen und

---

<sup>309</sup> Vgl. *Lange-Lehngut*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 113 f.; *Hof /Mohsen*, MschrKrim 2012, S. 294 (295 f.).

<sup>310</sup> Im Zeitraum von August 2009 bis zum August des darauffolgenden Jahres konnten lediglich 13 offizielle Besuche durch die Bundesstelle durchgeführt werden. Vgl. *Lange-Lehngut*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 113 (118); *Hof /Mohsen*, MschrKrim 2012, S. 294 (296 ff.).

<sup>311</sup> Vgl. *Nationale Stelle zur Verhütung von Folter*, Jahresbericht 2010 /2011, S. 13.

<sup>312</sup> Vgl. *Lange-Lehngut*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 113 (116 f.); *Geiger*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 121 (122).

<sup>313</sup> Vgl. *Bank /Kashgar*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 29 (69); *Heinz*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 81 (94).



den Präventionsmechanismen ihre Glaubwürdigkeit und Professionalität rauben.

Fakt, dass sich ein Staat einem externen Überwachungsorgan hingibt und seine „geheimsten“ Orte der Freiheitsentziehung von den kritischen Blicken eines zum Teil außerstaatlichen Kontrollausschusses beäugen lässt, wird zunächst einmal die Legitimität des besuchten Staates explosionsartig in die Höhe schnellen lassen und die eigenen Anstrengungen des Besuchsstaates bezüglich aufzudeckender, unmenschlicher und erniedrigender Behandlungen zum Nachteil inhaftierter Personen weiterer der Antifolterkonvention beigetretener Länder fördern.<sup>314</sup>

Trotz der steigenden Anzahl an Folterpräventionssystemen ist eine weltweite Überwachung und Kontrolle aller Haftanstalten jedoch nahezu aussichtslos. Somit bleibt auch kein Insasse am Ort einer Freiheitsentziehung vor Übergriffen in Form der Folter bzw. vor menschenwürdiger Unterbringung gefeit. Kommt es schließlich doch zu einem derartigen Akt der Unmenschlichkeit, so werden viele Beschwerdeverfahren gegen erfolgte Folter- und Menschenrechtsverstöße ihre Wirkung bei Weitem verfehlen. Entweder überleben die Opfer diese grauenvolle Prozedur nicht oder sie scheuen sich aus Angst vor erneuter Misshandlung und staatlicher Sanktion, gerichtlich gegen ihre Peiniger vorzugehen. Es stellt kein seltenes Phänomen dar, dass eine angeklagte Regierung zum Gegenschlag ausholt und die Foltervorwürfe mit Widerstands- und Verleumdungsanzeigen beantwortet. In diesen Fällen fehlen den von der Grausamkeit gezeichneten Opfern in der Regel die physische und mentale Kraft sowie oftmals auch die finanziellen Mittel, um die gegen Völkerrecht verstoßende Staatsmacht juristisch anzuprangern. Sollte es dennoch gelingen, ein beweisträchtiges Verfahren gegen das angeklagte System zu bestreiten, wird ein Schuldspruch den entstandenen Schaden mit Sicherheit nicht egalisieren, kompensieren oder gar vergessen machen können.<sup>315</sup>

Somit ist es umso wichtiger, die Arbeit auf dem Präventionssektor kontinuierlich zu verstärken und auch gleichermaßen finanzielle Mittel in die Verhütung von

---

<sup>314</sup> Vgl. *Zimmermann*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 9 (13).

<sup>315</sup> Vgl. *Alleweldt*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 17 (19 f.).



Folter zu investieren, als sie vorwiegend den exekutiven und judikativen Einrichtungen zukommen zu lassen.

Die meisten Fälle von Misshandlungen festgehaltener bzw. festgenommener Personen ereignen sich gewöhnlich in den ersten Stunden nach der Ingewahrsamnahme durch die Polizeikräfte bzw. gleichgelagerte Exekutivorgane /Soldaten.<sup>316</sup> In diesem Zeitfenster ist der Betroffene der Staatsgewalt oftmals wehrlos ausgeliefert und kann demzufolge nur an die Rechtstreue der Beamten appellieren, um einen Übergriff zu vermeiden. Einem besonders hohen Gefährdungsgrad der Viktimisierung sind meist diejenigen Personengruppen ausgesetzt, denen die entsprechenden Sprachkenntnisse fehlen (z. B. ausländische Gefangene /Abschiebehäftlinge; aber auch geistig Behinderte oder psychisch Kranke) und die sich folglich nur unzureichend verteidigen, verständigen oder beschweren können, sowie beispielsweise in Pflegeheimen untergebrachte und von den Angehörigen /Verwandten getrennt und alleingelassene Senioren. Diesen Personen fehlt die nötige Beschwerdemacht, um möglichen Übergriffen wirksam entgegenzutreten.<sup>317</sup>

Dem Inhaftierten jedoch unmittelbar zu Beginn der Maßnahme die Möglichkeit zu geben, seine ihm zustehenden Rechte zu verwirklichen (Person des Vertrauens kontaktieren, Rechtsanwalt in Kenntnis setzen, Arzt freier Wahl hinzuziehen etc.)<sup>318</sup> und ihn ebenso über selbige zu belehren, würde nach Einschätzung von *Alleweldt* das Risiko einer unmenschlichen Behandlung des Betroffenen bereits merklich herabsetzen. Zwar steht die Gewährleistung genannter Rechte nicht in direktem Zusammenhang mit der Folter und wird jedwede unmenschliche Behandlung auch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht ausnahmslos durch die bestehende Rechtsgarantie verhindert, so weiß sich die inhaftierte Person jedoch wenigstens nicht alleine, die Maßnahme erfolgt nicht ausschließlich hinter verschlossenen Türen und unter völliger Abschirmung von der „Außenwelt“, und die Entstehungsbedingungen von Folterakten werden durch die Involvierung hinzugezogener Dritter

---

<sup>316</sup> Vgl. *Nowak*, in: *Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem*, S. 71 (78).

<sup>317</sup> Vgl. *Krasmann*, *KrimJ* 2008, S. 67 (68); *Feest /Wolters*, *Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe*, S. 36 ff.

<sup>318</sup> Das *CPT* spricht hier von den grundlegenden Garantien für polizeilich Festgenommene zur Verhinderung von Misshandlung. Vgl. *Feest /Wolters*, *Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe*, S. 46 f.

deutlich erschwert.<sup>319</sup> Selbst durch die „Kontrolle“ der sog. „internen Öffentlichkeit“ in Gefängnissen, welche aus Besuchern, externen Beschäftigten /Dienstleistern (z. B. Handwerker, Reinigungsfirmen, Vertreter etc.) oder aber Mitgefangenen besteht, kann die Gefahr eines Machtmissbrauchs bereits deutlich reduziert werden.<sup>320</sup>

Neben den direkten Folterakten zu Beginn der Haft klagen nach Ansicht von *Nowak* jedoch die meisten Insassen über die grundlegenden und über viele Jahre hinweg zu ertragenden unmenschlichen Haftbedingungen der polizeilichen Einrichtungen. Auch wenn die Polizeihaft in der Regel einen Zeitraum von 48 Stunden nicht überschreiten sollte, sind *Nowak* etliche Fälle zu Ohren gekommen, bei denen die Untersuchungshäftlinge oft Jahre in „überfüllten, dunklen, stickigen und völlig unhygienischen Polizeiverliesen“<sup>321</sup> ausharren mussten. Zur Verhinderung solcher unwürdigen Missstände hat *Nowak* inständig an die *UN* appelliert, eine Konvention mit bindenden internationalen Mindeststandards in Bezug auf vertretbare und annehmbare Haftbedingungen zu schaffen. Im Zusammenhang mit dem völkerrechtlichen Verbot der Folter gibt es bereits seit längerer Zeit solche weltweit anerkannten Normen und Verpflichtungen, die es aus Sicht der beigetretenen Staaten zu beachten gilt, welche jedoch keineswegs von jeder Regierung befolgt werden. Demnach scheinen die Normen und Standards nach Ansicht von *Nowak* fast schon obsolet, da ihre Existenz nicht das Problem verkörpert, sondern es vielmehr an dem Bestreben der Staaten mangelt, die jeweiligen Konventionen in die Tat umzusetzen.<sup>322</sup>

Folterverstöße im Ansatz zu verhindern, lautet die Prämisse. Dies stellt einhellig zwar kein leichtes Unterfangen dar, ist jedoch bei entsprechender Unterstützung seitens staatlicher Stellen eine lohnenswerte und motivierende Herausforderung, die es in naher Zukunft zu meistern und auf lange Sicht gesehen formstark zu etablieren gilt.

---

<sup>319</sup> Vgl. *Alleweldt*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 17 (25 f.).

<sup>320</sup> Vgl. *Feest /Wolters*, Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, S. 33.

<sup>321</sup> *Nowak*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 71 (78 f.).

<sup>322</sup> Vgl. *Nowak*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 71 (79).

## 6. Fazit

*Friedrich der II.*, König von Preußen, erklärte vor mehr als 250 Jahren als erster Herrscher seiner Klasse die Folter auf deutschem Grund und Boden für rechtswidrig. Die blutigen und grausamen Folterakte des Mittelalters wurden somit zunehmend zurückgedrängt und der Strafprozess bediente sich anderer, zu dieser Zeit als weitaus tauglicher angesehenen und die Würde des Menschen deutlich mehr respektierender Methoden, einem Beschuldigten ein Geständnis zu entlocken bzw. die prozessuale Wahrheit zu ermitteln.<sup>323</sup>

Aufgrund des durch den Nationalsozialismus erfahrenen Rückschlages des bis dato geltenden Folterverbots wurden nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges mit Verabschiedung der AEMR die internationale Basis für die Achtung der Menschenwürde und des nationenübergreifenden Verbots der Folteranwendung durch staatliche Organe geschaffen. Trotz der durch Gesetze und Konventionen vertraglich festgelegten und die den jeweiligen Gemeinschaften (*UN*, *EU* etc.) beigetretenen Nationen zu beachtenden Standards kommt es jedoch bis zum heutigen Tage immer wieder zu Verstößen gegen diverse Anti-Folterkonventionen und die Menschenrechte schützenden internationalen Erklärungen.<sup>324</sup>

Diese Verstöße oder Missstände werden meist durch regierungsunabhängige und autark agierende Vereinigungen zum Schutz der Menschenrechte und zur Verhinderung der Folter (*APT*, *CPT*, *SPT* etc.) aufgedeckt und bei besonderer Schwere oder aufgrund einer Aufrechterhaltung der beklagten Umstände durch die jeweiligen Institutionen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und demzufolge medienwirksam angeprangert, um schlussendlich eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation zu erzielen und die Betroffenen vor Folter sowie unmenschlicher Behandlung und Strafe zu schützen.<sup>325</sup>

Wäre die Folter damals tatsächlich und endgültig abgeschafft worden, so müssten derartige Präventionsmechanismen prinzipiell als obsolet betrachtet

---

<sup>323</sup> Vgl. S. 32 ff.

<sup>324</sup> Vgl. S. 66.

<sup>325</sup> Vgl. S. 71 ff.

werden. Auch wenn mehrere Staaten und Regierungen an der strafprozessualen Folter immer noch festhalten<sup>326</sup>, so wurde in den letzten Jahren vermehrt die Diskussion angestoßen, der Legalisierung einer gefahrenabwehrenden Folter von Rechts wegen stattzugeben. Diese Art der Folter, welche oftmals euphemistisch als Aussageerzwingung oder Rettungsbefragung umschrieben wird, zielt nicht auf die Erlangung eines gerichtsverwertbaren Geständnisses zur Strafverfolgung ab, sondern legt ihren Fokus auf die Abwendung einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr für Leib oder Leben eines Dritten.<sup>327</sup>

Es lässt sich mit Sicherheit darüber diskutieren, ob die Aussageerzwingung durch Folter unter bestimmten Bedingungen und rein der Gefahrenabwehr dienend legalisiert werden darf. Fest steht jedoch, dass jegliche den freien Willen beeinträchtigende und auf eine Schmerzzufügung oder die Drohung mit selbiger abzielende Maßnahme gegen die Unverletzlichkeit der Würde aus Art. 1 I GG verstößt. Einen Eingriff in die Menschenwürde lässt die Verfassung unter keinen Umständen zu, sodass eine Abwägung mit kollidierendem Verfassungsrecht ebenfalls untersagt bleibt.<sup>328</sup> Eine Aufweichung des absoluten Folterverbots würde mit der Änderung des Art. 1 GG einhergehen und ist an die strengen Bestimmungen des Art. 79 GG gebunden, welcher die Änderung der verfassungsrechtlichen Grundsätze für unzulässig erklärt.<sup>329</sup> Zudem könnte die Lockerung des Folterverbots den Rechtsstaat der Bundesrepublik ganzheitlich gefährden. Die Tore für staatliches Willkürhandeln und die Objektivierung des menschlichen Individuums wären geöffnet. Von diesem Zeitpunkt an wären die möglichen folgenden Risiken für den Zerfall der Ideologie eines Rechtsstaates nicht mehr abzuschätzen. Der Staat würde Gefahr laufen, seine nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges niedergeschriebenen und den Bürger schützenden Verfassungsprinzipien zu verletzen. Das Verbot der Folter ist zweifelsfrei dem „Kernbestand des liberal-rechtsstaatlichen Modells der BRD“<sup>330</sup> zuzuordnen, sodass eine Legalisierung der Aussageerzwingung, sei diese auch präventiv und auf die Rettung des Lebens eines Dritten ausgerichtet, unter allen Umständen zu unterbleiben hat.

---

<sup>326</sup> Vgl. S. 6.

<sup>327</sup> Vgl. S. 44.

<sup>328</sup> Vgl. *Wittreck*, DÖV 2003, S. 873 (874); S. 19 ff.

<sup>329</sup> Vgl. S. 19.

<sup>330</sup> *Hecker*, KJ 2003, S. 210 (211).

Die Diskussion um die Relativierung des Folterverbots und das damit einhergehende Thema von Sicherheit und Freiheit kam deutschlandweit erst mit den Geschehnissen um den Entführungsfall *Jakob von Metzler* im Jahre 2003 richtig ins Rollen.<sup>331</sup> Trotz zahlreicher und bereits in vielfältiger Weise dargelegter Verbote einer Aussageerzwingung durch Folter sollte sich der Bürger nach Ansicht von *Miehe* einmal mehr Gedanken darüber machen, ob man die Ablehnung einer Lockerung des absoluten Folterverbots und den inneren Wunsch vieler Menschen, mit „solchen Dingen“<sup>332</sup> nicht in Kontakt zu gelangen, vor dem Hintergrund rechtfertigen kann, dass durch diese unnachgiebige und engstirnige Haltung unter Umständen ein Menschenleben geopfert wird, obgleich dieses durch die aktive (und zumindest körperlich meist folgenlose bzw. geringe) Einwirkung auf den Täter hätte gerettet werden können. Auch wenn die Schmerzzufügung oder gar nur die reine Androhung einer Gewaltanwendung zum Nachteil des Täters mit dem potentiellen Verlust eines Menschenlebens auf der Seite des Opfers aus moralischen Gesichtspunkten betrachtet in einem krassen Missverhältnis steht, so geht es hier um das festgeschriebene Prinzip der Unantastbarkeit der menschlichen Würde und das Einhalten rechtsstaatlicher Grundsätze, bei denen das Schicksal eines Einzelnen keine Beachtung findet. Die schreckliche Tat des Kindermörders *Magnus Gäfgen* bleibt wohl unumstritten ein abscheulicher Akt der Grausamkeit und ist keineswegs zu entschuldigen. Trotz alledem wird selbst dem niederträchtigsten Verbrecher die Unverletzlichkeit seiner Würde nicht abgesprochen. Der Rechtsstaat thront über allem, so dass selbst *Gäfgen* aufgrund der polizeilichen Folterandrohungen gerichtlich eine beachtliche Summe an Schmerzensgeld zugesprochen wurde.<sup>333</sup>

Bei der Diskussion um den auf der einen Seite unter bestimmten Voraussetzungen als legal einzustufenden „*finalen Rettungsschuss*“ sowie die auf der anderen Seite bislang verbotene „*Rettungsfolter*“ darf nicht vergessen werden, dass es sich hierbei trotz eventuell anzunehmender Gemeinsamkeiten um zwei grundsätzlich andersartige Maßnahmen handelt. Im Falle des gefahrenabwehrenden Rettungsschusses soll der Täter durch die Polizei an der Auf-

---

<sup>331</sup> Vgl. *Hecker*, KJ 2003, S. 210 (211).

<sup>332</sup> *Miehe*, NJW 2003, S. 1219 (1220).

<sup>333</sup> Vgl. *von Bebenburg*, Mordfall Metzler - Kindermörder Gäfgen bekommt Geld.

rechterhaltung oder dem Fortgang einer Gefahr gehindert werden, wohingegen bei der präventiv ausgerichteten Aussageerzwingung die staatlichen Behörden dem Betroffenen eine gewisse aktive Handlung abverlangen.<sup>334</sup> Aus diesem Grund können die beiden Maßnahmen nur schwerlich miteinander verglichen werden, sodass der Rettungsschuss folglich nicht als Grundlage für die Legalisierung einer lebensrettenden Folter angesehen werden kann.

Nach Aussage des UN-Sonderberichterstatters über Folter wurde auch nach der Jahrtausendwende noch in über 90 % der von ihm besuchten Staaten, trotz internationaler und völkerrechtlicher Bestimmungen zum absoluten Verbot, die Folter als Mittel zur Geständnis- und Informationserzwingung systematisch angewandt.<sup>335</sup> Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu manch anderen Nationen ein durchweg funktionierender Rechtsstaat ist, bedeutet dies jedoch im Umkehrschluss nicht, dass Folter hierzulande ein Fremdwort darstellt und sich die Regierung von solchen Akten freisprechen kann.

„No state is free from the risk of such acts.“<sup>336</sup>

Auch Deutschland ist somit vor potentiellen Übergriffen unmenschlicher und grausamer Behandlung durch Staatsorgane grundsätzlich gefährdet, sodass Präventionsmechanismen nicht nur für außerdeutsche Staaten von großer Bedeutung sind.<sup>337</sup> Durch die Schaffung eines nationalen, ergänzenden und auf der Grundlage des *OPCAT* basierenden Besuchssystems durch die *NPMs* leistet die Bundesrepublik einen nicht zu unterschätzenden Beitrag in der Gesamtheit des „internationalen Monitoring-Systems“<sup>338</sup> auf dem Sektor der Folterprävention.

Da sich wie im „*Fall Daschner*“ sogar Amtsträger über die Absolutheit des Folterverbots nicht einig zu sein scheinen, besteht nach *Hecker* eindeutig der Bedarf, sich (auch in der Ausbildung der Polizeivollzugsbeamten)<sup>339</sup> intensiv mit

---

<sup>334</sup> Vgl. *Hecker*, KJ 2003, S. 210 (217); S. 10 f.

<sup>335</sup> Vgl. *Nowak*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 71 (77).

<sup>336</sup> *CPT – Council of Europe*, Report to the German Government on the visit to Germany, S. 22 (Nr. 40).

<sup>337</sup> Vgl. *Geiger*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 121 (122).

<sup>338</sup> Vgl. *Bank /Kashgar*, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, S. 29 (70).

<sup>339</sup> Vgl. *Fiechtner*, Folter: Angriff auf die Menschenwürde, S. 103.

dem System und den Eckpfeilern eines demokratischen Rechtsstaates ausführlich auseinanderzusetzen.<sup>340</sup>

Resümierend betrachtet, bleibt nun die Frage, ob die Anwendung von Folter oder unmenschlicher Behandlung ein angemessenes Mittel im Zuge einer polizeilichen Vernehmung darstellt. Trotz der Überlegung, eine mögliche Aussageerzwingung lediglich auf dem Gebiet der Gefahrenabwehr und unter strengen Voraussetzungen des jeweiligen Einzelfalles zu legalisieren, ist ein Verstoß gegen die Unverletzlichkeit der Würde keineswegs von der Hand zu weisen. Einen polizeilichen Störer bzw. Beschuldigten infolge einer Gewaltanwendung oder Drohung dazu bewegen zu wollen, eine Aussage zu tätigen, mag mit Sicherheit unter gewissen Bedingungen eine geeignete Maßnahme zur Rettung eines Drittlebens sein. Zumindest bestünde hier die reine Möglichkeit, dass der von der Maßnahme Betroffene aufgrund einer erfolgten Willensbeugung sein Schweigen bricht und den Beamten die nötigen Informationen zur Abwendung der Gefahr offen legt. Ob der Befragte jedoch tatsächlich die Wahrheit sagt und dessen Aussage für die Beamten den erhofften Erfolg (Abwehr der Gefahr) herbeiführt, kann im Vorfeld nur schwer gesagt werden und unterliegt der reinen Spekulation.

Auch wenn die Erzwingung einer Aussage im Polizeirecht eine geeignete Methode sein kann, so wird diese Möglichkeit spätestens an der Angemessenheit des gewählten Mittels scheitern. Die mit der Folter(-androhung) einhergehende Verletzung des elementarsten Grundrechts unserer Verfassung steht in keinem Verhältnis zur potentiellen Rettung eines Lebens. Lediglich aufgrund einer möglichen Abwehr der bevorstehenden Gefahr<sup>341</sup>, die seit mehr als 60 Jahren im Grundgesetz niedergeschriebenen Staatsprinzipien und Maximen infrage zu stellen oder gar zu durchbrechen, wäre (auch angesichts der geschichtlichen deutschen Vergangenheit) als grobe Verfehlung zu bewerten, auch wenn die moralische Sichtweise und der Naturverstand des Menschen die Rettung eines Lebens durchaus einer strikten Beibehaltung politisch-juristischer Leitlinien vorziehen würde.

Die Würde des Menschen im Konkurrenzfall mit anderen Grundrechten abzu-

---

<sup>340</sup> Vgl. *Hecker*, KJ 2003, S. 210 (217 f.).

<sup>341</sup> Eine Erfolgsgarantie kann aus *Ex-ante*-Sicht niemals gewährt werden. Vgl. S. 63.



wägen, stellt keine Alternative dar. Die Unverletzlichkeit der menschlichen Würde ist und bleibt abwägungsfest.<sup>342</sup> Demzufolge lässt sich zwar über mögliche Konstellationen einer Rechtsgüterkollision diskutieren, im Ergebnis bleibt Art. 1 GG jedoch unantastbar. Ob es sich nun um verbotene Vernehmungsmethoden im Rahmen der Beweisführung oder aber zum Zwecke der Gefahrenabwehr handelt, ist aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht entscheidend. Einer in amtlichem Gewahrsam befindlichen Person die Freiheit ihrer individuellen Willensbetätigung zu rauben und diese durch Anwendung oder Drohung mit Gewalt einer unmenschlichen Behandlung zu unterziehen, verstößt konsequenterweise immer gegen nationale Gesetze sowie internationale Menschenrechtsbestimmungen, sodass selbst die Alternative der „*Rettungsfolter*“ unter das absolute Folterverbot fällt.

Der Mensch ist stets bestrebt, sich weiterzuentwickeln und sein Denken und Handeln zu revolutionieren. Mit der Einführung der nationenübergreifenden Menschenrechtserklärungen, dem Inkrafttreten des deutschen Grundgesetzes und den nachfolgenden Konventionen und Einrichtungen zum Schutz des menschlichen und selbstbestimmenden Individuums ist der neuzeitliche *homo sapiens* auf dem besten Wege, sich von der zum Teil grauenvollen und menschenunwürdigen Geschichte seines historischen Daseins zu distanzieren. Abgesehen davon, dass in vielen Nationen dieser Erde das Thema Menschenrechte gar nicht oder im besten Falle lediglich stiefmütterlich behandelt wurde und immer noch so behandelt wird, muss man die in industrialisierten und vergleichsweise höher entwickelten Ländern zu beobachtende Aufweichung von den zuvor als weitestgehend verfestigt angesehenen Grundrechten als herben Rückschlag des jeweiligen politischen „*State of Art*“ bewerten. Die von der amtlichen Maßnahme betroffene Person unter Umständen in ihrer körperlichen Integrität zu verletzen, stellt für den Staat, aber auch für die jeweilige Person selbst nicht das Groß des erfahrenen Übels dar. Vielmehr sind es die Hilflosigkeit und die fehlende Verteidigungsmöglichkeit gegenüber der staatlichen Macht sowie die zwanghafte Auferlegung eines nicht selbstbestimmten Willens. Der angerichtete Schaden betrifft hierbei nicht nur die *in natura* misshandelte Person, sondern gefährdet durch das Antasten der Menschenwürde den Staat und seine jeweiligen Verfassungsprinzipien in gleichem Maße.

---

<sup>342</sup> Vgl. S. 19 f.



## 7. Literaturverzeichnis

*Alleweldt, Ralf*

*„Universelle, europäische und nationale Mechanismen zum Schutz vor Folter: ein Überblick“, in: Zimmermann, Andreas (Hrsg.), Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, Studien zu Grund- und Menschenrechten, Bd. 16, Potsdam 2011, S. 17-27*

*Amnesty International*

*„Für eine Welt ohne Folter!“, [http://www.amnesty.de/themenbericht/fuer-eine-welt-ohne-folter?topic=217&node\\_type=ai\\_report&from\\_month=0&from\\_year=&to\\_month=0&to\\_year=&result\\_limit=10&form\\_id=ai\\_core\\_search\\_form&submit.x=72&submit.y=5](http://www.amnesty.de/themenbericht/fuer-eine-welt-ohne-folter?topic=217&node_type=ai_report&from_month=0&from_year=&to_month=0&to_year=&result_limit=10&form_id=ai_core_search_form&submit.x=72&submit.y=5), (letzter Zugriff: 03.01.2014)*

*„„Daschner-Prozess“: Es bleibt dabei: Der Staat darf nicht foltern oder misshandeln!“, 20.12.2004, <http://www.amnesty.de/umleitung/2004/deu01/097?lang=de%26mimetype%3dtext%2fhtml>, (letzter Zugriff: 04.01.2014)*

*APT.ch (Association for the prevention of torture)* *“History of the APT”,*  
<http://www.apr.ch/en/history/>, (letzter Zugriff: 05.01.2014)

*“Why does the APT not denounce states that practice torture?”,*  
<http://www.apr.ch/en/faq/#denounce>,  
(letzter Zugriff: 05.01.2014)

*“What we do”,*  
<http://www.apr.ch/en/what-we-do/>,  
(letzter Zugriff: 05.01.2014)

*„What does the SPT do?“,*  
<http://www.apr.ch/en/what-does-the-spt-do-1/>, (letzter Zugriff: 05.01.2014)

*“OPCAT Special Fund”,*  
<http://www.apr.ch/en/opcat-special-fund-1/>, (letzter Zugriff: 05.01.2014)

*Baldauf, Dieter*

*„Die Folter – Eine deutsche Rechtsgeschichte“, Köln 2004*

*Bank, Roland /Kashgar, Maral*

*„Zur Arbeit des Committee against Torture and other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment und des Subcommittee on Prevention of Torture“, in: Zimmermann, Andreas (Hrsg.), Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, Studien zu Grund- und Menschenrechten, Bd. 16, Potsdam 2011, S. 29-70*

- Baumann, Susanne* „Der Fall Daschner“, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, Frankfurt a. M. 2005, S. 322-324
- von Bebenburg, Pitt* „Mordfall Metzler - Kindermörder Gäfigen bekommt Geld“, Frankfurter Rundschau vom 03.09.2013, <http://www.fr-online.de/politik/mordfall-metzler-kindermoerder-gaefgen-bekommt-geld,1472596,24194360.html>, (letzter Zugriff: 05.01.2014)
- Beccaria, Cesare* „Über Verbrechen und Strafen“ – Nach der Ausgabe von 1766 übersetzt und herausgegeben von Wilhelm Alff, Frankfurt a. M. 1966
- Beulke, Werner* „Strafprozessrecht“, 11. Auflage, Heidelberg u. a. 2010
- Bielefeldt, Heiner* „Die Absolutheit des Folterverbots - Über die Unabwägbarkeit der Menschenwürde“, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, Frankfurt a. M. 2005, S. 59-65
- Breuer, Clemens* „Das Foltern von Menschen“ - Die Differenz zwischen dem Anspruch eines weltweiten Verbots und dessen praktischer Missachtung und die Frage nach der möglichen Zulassung von „Rettungsfolter“, in: Beestermöller, Gerhard /Brunkhorst Hauke

(Hrsg.): Rückkehr der Folter – Der Rechtsstaat im Zwielficht?, München 2006, S. 11-23

*Brugger, Winfried*

*„Freiheit und Sicherheit – Eine staatsrechtliche Skizze mit praktischen Beispielen“, Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 33, Baden-Baden 2004*

*„Vom unbedingten Verbot der Folter zum bedingten Recht auf Folter?“, in: JZ 55 (2000), S. 165-173*

*CPT – Council of Europe*

*“Report to the German Government on the visit to Germany carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 3 to 15 December 2000”, S. 22 (Nr. 40), <http://www.cpt.coe.int/documents/deu/2003-20-inf-eng.htm>, (letzter Zugriff: 05.01.2014)*

*Dohr, Helmut*

*„Staat - Verfassung - Politik, Grundlagen für Studium und Praxis“, 17. Auflage, Hilden /Rhld. 2006*

*Dreier, Horst (Hrsg.)*

*„Grundgesetz - Kommentar, Bd. I (Art. 1-19)“, 2. Auflage, Tübingen 2004.*

- Dürig, Günter „Der Grundrechtssatz von der Menschenwürde“, in: AöR 81 (1956), S. 125-157
- Evans, Malcom D. /Morgan, Rod *“Preventing Torture – A Study of the European Convention for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment”*, New York 1998
- Feest, Johannes /Wolters, Christine *„Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe - Ergebnisse einer Bestandsaufnahme und zugleich Einschätzung des Berichtes des CPT über seinen ersten Besuch in Deutschland und der dazu vorliegenden Stellungnahme der deutschen Bundesregierung“*, Materialien zur Kriminalpolitik, Bd. 4, Bremen 1994
- Fiechtner, Urs *„Folter: Angriff auf die Menschenwürde“*, Bad Honnef 2008
- Focus Online – N.N. *„Anti-Terror-Folter in den USA – So grausam durfte die CIA Gefangene quälen“*, Focus Online vom 17.04.2013, [http://www.focus.de/politik/ausland/usa/anti-terror-folter-in-den-usa-so-grausam-durfte-die-cia-gefangene-quaelen\\_aid\\_962315.html](http://www.focus.de/politik/ausland/usa/anti-terror-folter-in-den-usa-so-grausam-durfte-die-cia-gefangene-quaelen_aid_962315.html), (letzter Zugriff: 03.01.2014)

*Folter.org – N.N.*

*„Traurige Realität – Foltermethoden heute“, <http://folter.org/traurige-realitaet-foltermethoden-heute/>,  
(letzter Zugriff: 06.01.2014)*

*Gebauer, Peer*

*„Zur Grundlage des absoluten Folterverbots.“, in: NVwZ 23 (2004), Heft Nr. 12, S. 1405-1409*

*Geiger, Hansjörg*

*„Vorstellung der Länderkommission zur Verhütung von Folter“, in: Zimmermann, Andreas (Hrsg.): Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, Studien zu Grund- und Menschenrechten, Bd. 16, Potsdam 2011, S. 121-126*

*Götz, Heinrich*

*„Das Urteil gegen Daschner im Lichte der Werteordnung des Grundgesetzes“, in: NJW 58 (2005), Heft Nr. 14, S. 953-957*

*Grayling, A. C. (Anthony Clifford)*

*„Freiheit, die wir meinen – Wie die Menschenrechte erkämpft wurden und warum der Westen heute seine Grundwerte gefährdet“. Aus dem Englischen von Yvonne Badal, München 2008 (Originalausgabe: „Towards the Light. The Story of the Struggles for Liberty and Rights that Made the Modern West“, 2007 bei Bloomsbury, London)*

*Günther, Klaus*

*„Darf der Staat foltern, um Menschenleben zu retten“, in: Beestermöller, Gerhard /Brunkhorst Hauke (Hrsg.): Rückkehr der Folter – Der Rechtsstaat im Zwielficht?, München 2006, S. 101-108*

*Hartmann, Arthur /Schmidt, Rolf*

*„Strafprozessrecht - Grundzüge des Strafverfahrens“, Grasberg bei Bremen 2007*

*Hassemer, Winfried*

*„Unverfügbares im Strafprozeß [sic!]“, in: Kaufmann, Arthur /Mestmäcker, Ernst-Joachim /Zacher, Hans F. (Hrsg.): Rechtsstaat und Menschenwürde - Festschrift für Werner Maihofer zum 70. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1988, S. 183-204*

*Hecker, Wolfgang*

*„Relativierung des Folterverbots in der BRD?“, in: KJ 36 (2003), Vierteljahresschrift, Heft Nr. 2, S. 210-218*

*Heinz, Wolfgang S.*

*„Zur Arbeit des Europäischen Antifolterausschusses des Europarats“, in: Zimmermann, Andreas (Hrsg.), Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, Studien zu Grund- und Menschenrechten, Bd. 16, Potsdam 2011, S. 81-99*

- Heinz, Wolfgang S. „Der Folterskandal in Abu Ghraib ein Jahr später. Eine Zwischenbilanz“, in: Jahrbuch Menschenrechte 2006, Frankfurt a. M. 2005, S. 138-150
- Herbst, Catarina Cristina „Die lebensrettende Aussageerzwingung“, Schriften des Hellmuth-Loening-Zentrums für Staatswissenschaften e. V. Jena, Bd. 20, Berlin 2011
- Hetzer, Wolfgang „Verschleppung und Folter. Staatsraison oder Regierungskriminalität“, in: Kriminalistik 59 (2006), S. 148-159
- Hilgendorf, Eric „Folter im Rechtsstaat?“, in: JZ 59 (2004), S. 331-339
- „Die missbrauchte Menschenwürde – Probleme des Menschenwürdetopos am Beispiel der bioethischen Diskussion“, in: Jahrbuch für Recht und Ethik, Bd. 7, Berlin 1999, S. 137-158
- Hof, Christina /Mohsen, Sarah „Folterprävention in Deutschland – Eine erste Bilanz der Arbeit der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter“, in: MschrKrim 95 (2012), Heft 4, S. 294-299
- Hofmann, Hans (Hrsg.) „Schmidt-Bleibtreu, Bruno /Hofmann, Hans /Hopfauf, Axel (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz“, 11. Auflage, Köln, München 2008



Hong, Mathias

„Das grundgesetzliche Folterverbot und der Menschenwürdegehalt der Grundrechte – eine verfassungsjuristische Betrachtung“, in: Beestermöller, Gerhard /Brunkhorst Hauke (Hrsg.): Rückkehr der Folter – Der Rechtsstaat im Zwielficht?, München 2006, S. 24-35

Hübner, Felix

„Zulässigkeit des finalen Rettungsschusses und des ‚finalen Rettungsfolterns‘“, Gotha 2008

Humanistische Union

„Mildes Urteil im Fall Daschner ist falsches Signal“, Pressemitteilung vom 20.12.2004, [http://www.humanistische-union.de/nc/presse/2004/pressedetail\\_2004/back/2004-1/article/mildes-urteil-im-fall-daschner-ist-falsches-signal/](http://www.humanistische-union.de/nc/presse/2004/pressedetail_2004/back/2004-1/article/mildes-urteil-im-fall-daschner-ist-falsches-signal/), (letzter Zugriff: 04.01.2014)

Humanrights.ch /MERS (Menschenrechte Schweiz)

„Internationale Instrumente des Menschenrechtsschutzes: Übersicht“, <http://www.humanrights.ch/de/Instrumente/index.html>, (letzter Zugriff: 06.01.2014)

Jarass, Hans D. (Hrsg.)

„Jarass, Hans D. /Pieroth, Bodo (Hrsg.), Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - Kommentar“, 10. Auflage, München 2009

- Jerouschek, Günter* „Gefahrenabwehrungsfolter - Rechtsstaatliches Tabu oder polizeirechtlich legitimer Zwangseinsatz?“, in: JuS 45 (2005), Heft Nr. 04, S. 296-302
- Jerouschek, Günter /Kölbel, Ralf* „Folter von Staats wegen?“, in: JZ 58 (2003), Heft Nr. 12, S. 613-620
- Kiesow, Rainer Maria* „Das Experiment mit der Wahrheit - Folter im Vorzimmer des Rechts“, in: Marie-Theres Fögen (Hrsg.): Rechtsgeschichte (Rg) 3 – Zeitschrift des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte, Bd. 3, 2003, S. 98-110 [online abrufbar unter: [http://data.rg.mpg.de/rechtsgeschichte/rg03\\_recherche\\_kiesow.pdf](http://data.rg.mpg.de/rechtsgeschichte/rg03_recherche_kiesow.pdf), (letzter Zugriff: 06.01.2014)]
- Kramer, Sven* „Die Folter in der Literatur – Ihre Darstellung in der deutschsprachigen Erzählprosa von 1740 bis ‚nach Auschwitz‘“, München 2004
- Krasmann, Susanne* „Prävention von Folter und Misshandlung in Deutschland – Deutsches Institut für Menschenrechte“, in: KrimJ 40 (2008), Heft Nr. 1, S. 67-70
- Kunig, Philip (Hrsg.)* „von Münch, Ingo /Kunig, Philip (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar“, Bd. 1, 5. Auflage, München 2000

*Lamprecht, Florian*

*„Darf der Staat foltern, um Leben zu retten? - Folter im Rechtsstaat zwischen Recht und Moral“, Paderborn 2009*

*Lange-Lehngut, Klaus*

*„Aufgaben und Arbeitsweise der Bundesstelle zur Verhütung von Folter im nationalen Präventionsmechanismus Deutschlands“, in: Zimmermann, Andreas (Hrsg.): Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, Studien zu Grund- und Menschenrechten, Bd. 16, Potsdam 2011, S. 113-120*

*Lübke, Wolfram*

*„Strafrecht – Strafverfahrensrecht – Ordnungswidrigkeitenrecht“, 23. Auflage, Hilden /Rhld. 2005*

*Maio, Giovanni*

*“What Can History Tell Us about Torture? – The Function of Torture in Antiquity and in the Age of Enlightenment“, in: Oehmichen, Manfred (Hrsg.): Maltreatment and Torture, Lübeck 1998, S. 31-43*

*Merten, Jan O.*

*„Folterverbot und Grundrechtsdogmatik – Zugleich ein Beitrag zur aktuellen Grundrechtsdiskussion um die Menschenwürde“, in: JR (2003), Heft Nr. 10, S. 404-408*

Miehe, Olaf

„Nochmals: Die Debatte über Ausnahmen vom Folterverbot“, in: NJW 56 (2003), Heft Nr. 15, S. 1219-1220

Mona, Marco

„Der nationale Präventionsmechanismus in der Schweiz“, in: Zimmermann, Andreas (Hrsg.): Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, Studien zu Grund- und Menschenrechten, Bd. 16, Potsdam 2011, S. 103-106

Morgan, Rod /Evans, Malcom

„Bekämpfung der Folter in Europa – Die Tätigkeit und Standards des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter“, Berlin u.a. 2003

Nationale Stelle zur Verhütung von Folter

„Jahresbericht 2010 /2011“, <http://www.nationale-stelle.de/fileadmin/dateiablage/Dokumente/Berichte/Jahresberichte/Jahresbericht2010-11.pdf>, (letzter Zugriff: 05.01.2014)

Nowak, Manfred

„Zur Arbeit des UN-Sonderberichterstatters über Folter“, in: Zimmermann, Andreas (Hrsg.): Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, Studien zu Grund- und Menschenrechten, Bd. 16, Potsdam 2011, S. 71-79

OHCHR.org (Office of the High Commissioner for Human Rights) *“Optional protocol to the prevention of torture (OPCAT) – Subcommittee on prevention of torture”,*  
<http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/OPCAT/Pages/OPCATIndex.aspx>,  
(letzter Zugriff: 05.01.2014)

*Peters, Edward*

*„Folter – Geschichte der Peinlichen Befragung“, Übers. aus dem Amerikan. von J.-Christian Rojahn. Mit einem Vorw. von Kurt Groenewold (Original: New York 1985), Hamburg 1991*

*Prantl, Heribert*

*„„Staat oder Leben“ – Terroristische Erpressung: Wie hart muss die Regierung bleiben? Wie wendig darf sie sein?“, Süddeutsche Zeitung (Nr. 279) vom 3. /4.12.2005, S. 4,*  
online abrufbar und öffentlich zugänglich nur nach vorheriger kostenloser Registrierung ([www.sz-archiv.de](http://www.sz-archiv.de)),  
[http://www.sspdz.apa.at/sitesearchplus/restricted/Fulltext.act?doc=EGTPOGWPPSOWPEGWACHACCA&back=Search\\_showSearch&search\\_Category=0](http://www.sspdz.apa.at/sitesearchplus/restricted/Fulltext.act?doc=EGTPOGWPPSOWPEGWACHACCA&back=Search_showSearch&search_Category=0), (letzter Zugriff: 02.01.2014)

*Prosenjak, Dominik*

*„Der Folterbegriff nach Art. 3 EMRK“, Studien zum Völker- und Europarecht, Bd. 86, Hamburg 2011*

*Reemtsma, Jan Philipp*

*„Folter im Rechtsstaat?“, Hamburg 2005*

- Roxin, Claus /Schünemann, Bernd „Strafverfahrensrecht“, 26. Auflage, München 2009
- Schild, Wolfgang „Folter einst und jetzt“, in: Nitschke, Peter (Hrsg.): Rettungsfolter im modernen Rechtsstaat? Eine Verurteilung, Bochum 2005, S. 69-94
- Schlenzka, Jasmin „Die Rettungsfolter in Deutschland und Israel – ein Rechtsvergleich“, Neue Juristische Beiträge, Bd. 81, Köln 2011
- Schnieders, Steffen „Foltermethoden im Mittelalter – Auflistung der Foltermethoden“, [http://www.deutschland-im-mittelalter.de/foltermethoden.php#foltermethode\\_n](http://www.deutschland-im-mittelalter.de/foltermethoden.php#foltermethode_n), (letzter Zugriff: 06.01.2014)
- Spiegel Online - N.N. „Guantanamo“, [http://www.spiegel.de/thema/gefangenenlager\\_guantanamo/](http://www.spiegel.de/thema/gefangenenlager_guantanamo/), (letzter Zugriff: 04.01.2014)
- „Daschner-Prozess: Ehrenwerte Motive, mildes Urteil“, Spiegel Online vom 20.12.2004, <http://www.spiegel.de/panorama/daschner-prozess-ehrenwerte-motive-mildes-urteil-a-333706.html>, (letzter Zugriff: 03.01.2014)

*Süddeutsche – N.N.*

*„Unruhen in Syrien – Amnesty befürchtet Einsatz von Folter“, Süddeutsche Zeitung vom 20.07.2011, <http://www.sueddeutsche.de/politik/unruhen-in-syrien-amnesty-befuerchtet-einsatz-vom-folter-1.1122360>, (letzter Zugriff: 04.01.2014)*

*Tetsch, Lambert Josef /  
Baldarelli, Marcello*

*„Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – Kommentar“, Hilden /Rhld. 2011*

*Thomasius, Christian*

*„Über die Folter - Untersuchungen zur Geschichte der Folter“, übersetzt und herausgegeben von Rolf Lieberwirth, Weimar 1960*

*Trapp, Rainer*

*„Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?“, Paderborn 2006*

*Trapp, Rainer (Werner)*

*„Individualrecht ernst – aber nicht unangemessen ernst genommen“, in: Nida-Rümelin, Julian /Vossenkuhl, Wilhelm (Hrsg.): Ethische und politische Freiheit, Berlin u. a. 1998, S. 447-475*

*Vestring, Bettina*

*„Der Vize-Polizeichef Daschner ist verurteilt, aber nicht bestraft worden – Ein sehr, sehr mildes Urteil“, Berliner Zeitung vom 21.12.2004, <http://www.berliner->*

[zeitung.de/archiv/der-vize-polizeichef-daschner-ist-verurteilt--aber-nicht-bestaft-worden-ein-sehr--sehr-mildes-urteil,10810590,10242114.html](http://www.sueddeutsche-zeitung.de/archiv/der-vize-polizeichef-daschner-ist-verurteilt--aber-nicht-bestaft-worden-ein-sehr--sehr-mildes-urteil,10810590,10242114.html),  
(letzter Zugriff: 04.01.2014)

*Wagenländer, Georg*

*„Zur strafrechtlichen Beurteilung der Rettungsfolter“, Schriften zum Strafrecht, Heft Nr. 173, Berlin 2006*

*Wilhelm, Jens Philipp*

*„Folter – verboten, erlaubt oder gar geboten? – Rechtliche Anmerkung zu dem Fall ‚Wolfgang Daschner‘“, Universität Mannheim 2003, [online abrufbar unter: <http://www.jwilhelm.de/folter.pdf>, (letzter Zugriff: 06.01.2014)]*

*Wittreck, Fabian*

*„Menschenwürde als Foltererlaubnis? - Zum Dogma von der ausnahmslosen Unabwägbarkeit des Art. 1 Abs. 1 GG“, in: Gehl, Günter (Hrsg.): Folter – zulässiges Instrument im Strafrecht? Ein internationaler Vergleich, Weimar 2005, S. 37-57*

*„Menschenwürde und Folterverbot - Zum Dogma von der ausnahmslosen Unabwägbarkeit des Art. 1 Abs. 1 GG“, in: DÖV 56 (2003), Heft Nr. 13, S. 873-882*



Wittrock, Philip

„Abu-Ghureib-Folterskandal: Archiv des Grauens geöffnet“, Spiegel Online vom 15.03.2006, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/abu-ghureib-folterskandal-archiv-des-grauens-geoeffnet-a-406163.html>, (letzter Zugriff: 03.01.2014)

Zagolla, Peter

„Folter“, in: Gersmann, Gudrun /Moeller, Katrin /Schmidt, Jürgen-Michael (Hrsg.): Lexikon zur Geschichte der Hexenverfolgung, aus: [historicum.net](http://www.historicum.net), (erstellt: 27.06. 2006), [http://www.historicum.net/no\\_cache/persistent/artikel/4012/](http://www.historicum.net/no_cache/persistent/artikel/4012/) (letzter Zugriff: 03.01.2014)

Zimmermann, Andreas (Hrsg.)

„Einführung: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem“, in: Folterprävention im völkerrechtlichen Mehrebenensystem, Studien zu Grund- und Menschenrechten, Bd. 16, Potsdam 2011, S. 9-13

Gebraucht werden die üblichen Abkürzungen (soweit nicht im Abkürzungsverzeichnis enthalten), vgl. *Kirchner, Hildebert*: „Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache“, 7. Aufl., Berlin u. a. 2012

## **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit, dass ich diese Masterarbeit selbstständig ohne Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfasst habe. Alle den benutzten Quellen wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen sind als solche einzeln kenntlich gemacht.

Diese Arbeit ist bislang keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht worden.

---

Neunkirchen, im Januar 2014